

DIW-Konjunkturprognose Frühjahr 2026

151 Bericht von Marcel Fratzscher

154 Bericht von den DIW-Konjunkturforscher*innen

Deutsche Wirtschaft im Aufschwung – Weltwirtschaft wächst moderat weiter



155

Deutsche Wirtschaft: Energiepreisanstiege durch
Iran-Krieg dämpfen Aufschwung nur leicht



167

Zwischen US-Zöllen und Iran-Krieg:
Weltwirtschaft bleibt widerstandsfähig

173 Interview mit Geraldine Dany-Knedlik

174 Anhang

180 Bericht von Geraldine Dany-Knedlik, Martin Gornig, Angelina Hackmann
und Teresa Schildmann

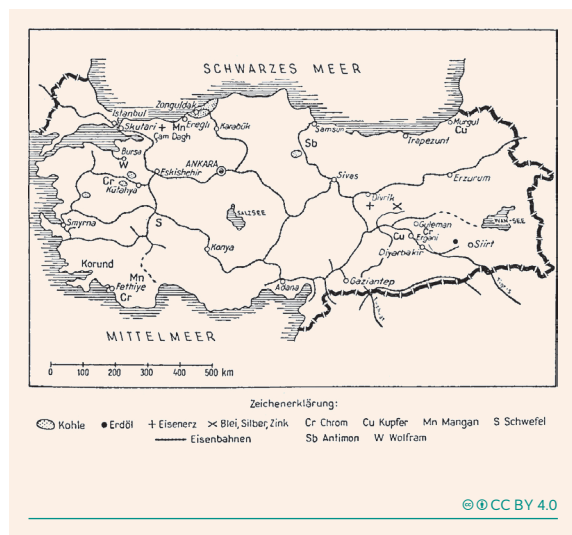
Kommunale Investitionen: Potenzial und Grenzen des Sondervermögens Infrastruktur und Klimaneutralität

192 Kommentar von Tomaso Duso und Martin Peitz

Die alte Leier der Telekomriesen und die Fakten



Aussichten und Aufgaben für den Bergbau der Türkei



Die Türkei gehört nicht zu denjenigen Ländern, die von der Natur mit besonders reichen und mannigfaltigen mineralischen Bodenschätzen ausgestattet sind; manche wichtigen Lagerstätten, namentlich von Gold und Silber, sind auch schon längst, in der Regel bereits im Altertum mit der damaligen billigen Sklavenarbeit, so vollständig ausgebeutet worden, daß nennenswerte Reste heute nicht mehr zur Verfügung stehen. Das gilt insbesondere für die goldführenden Flußsande am Paktolos, dem heutigen Sarttschai, denen die sagenhaften Schätze der Könige Midas und Kroesus entstammten; auch der reiche Goldschmuck, den die Hethiter hinterlassen haben, deutet auf den alten Goldbergbau Kleinasiens hin. Noch heute erleichtern die Reste des alten Bergbaus, namentlich diejenigen auf Blei und Silber, die in der Form von Halden und Pingen in vielen Teilen Kleinasiens anzutreffen sind, die Feststellung von Bodenschätzen, zumal der Bergbau des Altertums erstaunlich gründlich und geschickt zu arbeiten pflegte.

Aus dem Wochenbericht Nr. 11 vom 16. März 1956

IMPRESSUM



DIW Berlin — Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V.
Anton-Wilhelm-Amo-Straße 58, 10117 Berlin

www.diw.de

Telefon: +49 30 897 89-0 E-Mail: kundenservice@diw.de

93. Jahrgang 13. März 2026

Herausgeber*innen

Prof. Anna Bindler, Ph.D.; Prof. Dr. Tomaso Duso; Sabine Fiedler; Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.; Prof. Dr. Peter Haan; Prof. Dr. Claudia Kemfert; Prof. Dr. Alexander S. Kritikos; Prof. Dr. Alexander Kriwoluzky; Prof. Karsten Neuhoﬀ, Ph.D.; Prof. Dr. Sabine Zinn

Chefredaktion

Prof. Dr. Pio Baake; Claudia Cohnen-Beck; Sebastian Kollmann; Kristina van Deuverden

Lektorat

Prof. Dr. Martin Gornig; Dr. Alexander Schiersch

Redaktion

Dr. Hella Engerer; Petra Jasper; Adam Mark Lederer; Frederik Schulz-Greve; Sandra Tubik

Gestaltung

Roman Wilhelm; Stefanie Reeg; Eva Kretschmer, DIW Berlin

Umschlagmotiv

© imageBROKER / Steffen Diemer

Satz

Satz-Rechen-Zentrum Hartmann + Heenemann GmbH & Co. KG, Berlin

Der DIW Wochenbericht ist kostenfrei unter www.diw.de/wochenbericht abrufbar. Abonnieren Sie auch unseren Wochenberichts-Newsletter unter www.diw.de/wb-anmeldung

ISSN 1860-8787

Erholung trotz vielversprechender Anzeichen erneut gefährdet

Von Marcel Fratzscher

Die deutsche Wirtschaft hat nach einer langen Phase der Stagnation vorsichtig den Erholungskurs eingeschlagen. Das DIW Berlin sieht sich in seinen früheren Einschätzungen bestätigt: Nach einem Wachstum von lediglich 0,2 Prozent im Jahr 2025 erwarten wir 1,0 Prozent für das Jahr 2026 und 1,4 Prozent für 2027. Diese Entwicklung ist jedoch mit außergewöhnlich hoher Unsicherheit verbunden, da mehrere globale Schocks die Konjunktur belasten und sich besonders stark auf Deutschland auswirken. Vor allem eine weitere Eskalation des Iran-Kriegs könnte die Erholung erneut zur Entgleisung bringen. Die zentrale Aussage dieser Prognose lautet daher: Erstens mehren sich die Hinweise, dass die binnenwirtschaftlichen Triebkräfte wieder an Bedeutung gewinnen. Zweitens ist die Bandbreite möglicher Entwicklungen so groß wie seit Langem nicht.

Im Mittelpunkt der aktuellen Risikolage steht der Krieg im Iran. Er erhöht die Unsicherheit an den Rohstoff- und Energiemärkten, treibt insbesondere die Gaspreise deutlich nach oben und gefährdet zugleich globale Lieferketten. In unserer Prognose unterstellen wir, dass es in den kommenden Wochen und Monaten zu keiner weiteren Eskalation kommt. Selbst unter dieser Annahme erwarten wir im Vergleich zu einem Verlauf ohne diesen Konflikt einen Anstieg der Inflation um rund 0,4 Prozentpunkte sowie ein um 0,1 bis 0,2 Prozentpunkte niedrigeres Wirtschaftswachstum in Deutschland im Jahr 2026. Diese Zahlen verdeutlichen: Bereits ein anhaltend erhöhtes Unsicherheits- und Preisniveau kann die beginnende Erholung dämpfen.

Gleichzeitig sprechen mehrere Faktoren dafür, dass sich die Konjunktur in Deutschland derzeit stabilisiert und schrittweise verbessert. Besonders relevant ist die Entwicklung des privaten Konsums. Die Kaufkraft der privaten Haushalte wird zunehmend durch die Entwicklung der Realeinkommen und eine robuste Beschäftigung gestützt. Zudem hat sich die Konsumstimmung verbessert.

Im Außenhandel bleibt die Lage dagegen angespannt. Die Exportschwäche dürfte zwar im Prognosezeitraum nachlassen, bleibt jedoch ein Unsicherheitsfaktor. Dies liegt nicht zuletzt an zunehmenden Handelskonflikten mit den USA und China, die die Planbarkeit des Welthandels reduzieren und Investitions- sowie Lieferentscheidungen erschweren. Zugleich zeigen sich Anpassungsprozesse: Vielen deutschen Unternehmen gelingt es, Absatz stärker in andere europäische Märkte zu verlagern. Das wirkt stabilisierend, kann das Ausbleiben einer nachhaltigen Belebung der globalen Nachfrage und die handelspolitischen Risiken jedoch nicht kompensieren.

Auch bei den Bruttoanlageinvestitionen der Unternehmen zeichnet sich eine moderate Verbesserung ab. Nach einer Phase ausgeprägter Zurückhaltung sprechen mehrere Indikatoren dafür, dass sich die Investitionstätigkeit wieder belebt. Der leichte Anstieg der Investitionen ist ein wichtiger Hinweis auf eine graduell verbesserte Erwartungslage. Damit steigt die Wahrscheinlichkeit, dass sich die Situation in Teilen der Industrie stabilisiert. Gleichzeitig bleiben die strukturellen Herausforderungen erheblich: Innovationsfähigkeit, Transformation hin zu klimaneutralen Produktionsweisen, Diversifikation von Absatz- und Beschaffungsmärkten sowie die Fachkräftesituation werden weiterhin darüber entscheiden, ob aus einer konjunkturellen Stabilisierung auch ein höheres Potenzialwachstum entsteht.

Eine zentrale Stütze der Prognose ist die Entwicklung der Staatsausgaben. Sie bleiben in diesem und im kommenden Jahr der wichtigste Treiber der gesamtwirtschaftlichen Expansion und dürften nahezu die Hälfte des Wirtschaftswachstums erklären. Dieser Beitrag stabilisiert kurzfristig, verweist aber zugleich auf weiterhin begrenzte Dynamik bei Unternehmen und privaten Haushalten. Entscheidend ist zudem die Verwendung zusätzlicher fiskalischer Spielräume: Die Bundesregierung muss sicherstellen, dass die

in Aussicht gestellten Mittel – auch, soweit Ausnahmen von der Schuldenbremse genutzt werden – tatsächlich zu zusätzlichen öffentlichen Investitionen führen und nicht überwiegend konsumtiv oder für bereits geplante und finanzierte Projekte verwendet werden. Nur investive Ausgaben erhöhen die Produktionskapazitäten und verbessern das mittelfristige Potenzialwachstum.

Zudem mehren sich Hinweise, dass die Rüstungsausgaben deutlich zugenommen haben und bereits in diesem Jahr einen Wachstumsbeitrag leisten. Dieser Effekt kann konjunkturell relevant sein, ersetzt jedoch keine breit angelegte Strategie zur Stärkung von Produktivität und Potenzialwachstum. Die langfristige wirtschaftliche Stabilität hängt vor allem von Investitionen in Bildung, Digitalisierung, Energieinfrastruktur, Wohnungsbau und Forschung ab.

Das größte unmittelbare Risiko für den wirtschaftlichen Ausblick in Deutschland und Europa bleibt derzeit der Krieg im Iran. Deutschland ist besonders stark exponiert, weil es weiterhin in hohem Maße von Energieimporten abhängig ist und die Gaspreise sich in den vergangenen Wochen nahezu verdoppelt haben. Dies belastet vor allem energieintensive Unternehmen, verschlechtert die Wettbewerbsbedingungen und kann die Investitionstätigkeit erneut bremsen.

In unserer Szenarioanalyse untersuchen wir, welche konjunkturellen Folgen eine Eskalation des Konflikts hätte. Der Übertragungsmechanismus ist klar: Ein stärkerer Preisanstieg würde die Inflation weiter erhöhen. Dies könnte die Zentralbanken zu einer strafferen Geldpolitik zwingen oder zumindest Zinssenkungen verzögern. Gleichzeitig würden Risikoaufschläge steigen, die Finanzierungsbedingungen sich verschlechtern und Investitionsentscheidungen weiter hinausgeschoben. Unter solchen Bedingungen wäre es plausibel, dass der erwartete Aufschwung ausbleibt und sich die Konjunktur erneut deutlich eintrübt. Eine Aufwertung des US-Dollar könnte die Inflation zudem noch stärker befeuern.

Von zentraler Bedeutung sind dabei auch die Verteilungswirkungen. Steigende Energie- und Verbraucherpreise treffen Haushalte mit geringen Einkommen besonders stark, weil sie einen größeren Anteil ihres Budgets für den Grundbedarf aufwenden und geringere finanzielle Puffer haben. Sollte der Preisschock anhalten oder sich verstärken, wäre die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung erneut gefordert, die sozialen Kosten abzufedern. Erforderlich wären dabei vor allem zielgenaue Entlastungen für niedrige und mittlere Einkommen, die wirksam unterstützen, ohne die fiskalischen Spielräume unnötig zu belasten. Ein Tankrabatt beispielsweise wäre der falsche Weg, eine temporäre Senkung der Mehrwertsteuer auf Lebensmittel dagegen eine deutlich zielgenauere Entlastung.

Dies erhöht zugleich den Druck auf die Finanzpolitik. Bereits heute zeichnet sich ein erhebliches Finanzierungsdefizit für die Jahre 2027 bis 2029 ab. Zusätzliche Krisenmaßnahmen oder dauerhaft höhere Ausgaben würden die Konsolidierungsaufgabe vergrößern. Ausgabenkürzungen und Steuererhöhungen sind dringend notwendig, um das Defizit zu begrenzen und die Schuldenbremse sowie die europäischen Defizitregeln einzuhalten. Vor diesem Hintergrund gewinnt die Priorisierung an Bedeutung: Fiskalische Spielräume sollten möglichst dort eingesetzt werden, wo sie die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit erhöhen und die Widerstandskraft gegenüber künftigen Schocks verbessern.

Als Fazit lässt sich festhalten: Die Erholung in Deutschland wird in diesem Jahr an Dynamik gewinnen. Gleichzeitig bleibt der Ausblick von außergewöhnlich hoher Unsicherheit geprägt. Die wirtschaftspolitische Aufgabe besteht darin, die beginnende Erholung durch investive Impulse zu verstärken, Abhängigkeiten – insbesondere im Energiebereich – weiter zu reduzieren und die sozialen Belastungen möglicher Preisschocks abzufedern. Nur unter diesen Bedingungen kann aus der konjunkturellen Stabilisierung eine tragfähige Erholung werden.

Marcel Fratzscher ist Präsident des DIW Berlin | mfratzscher@diw.de

© © Der Artikel ist gemäß der Creative-Commons-Lizenz CC BY 4.0 nachnutzbar: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

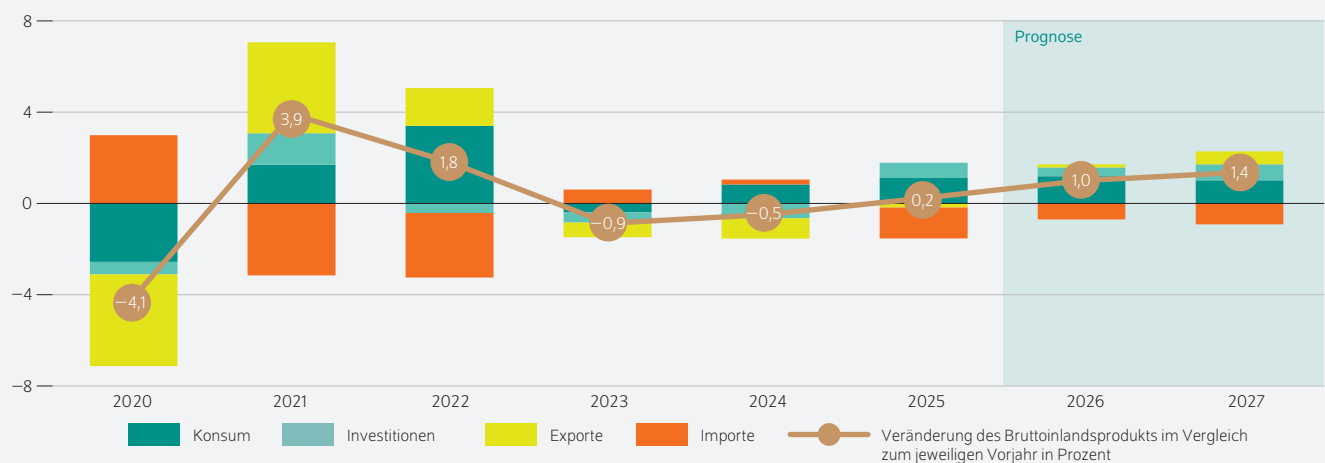
Deutsche Wirtschaft im Aufschwung – Weltwirtschaft wächst moderat weiter

Von den DIW-Konjunkturforscher*innen

- Deutsche Wirtschaft nach drei schwachen Jahren auf Erholungskurs – Belastungen durch Iran-Krieg und erratische US-Handelspolitik bremsen nur leicht
- Aufschwung wird weiterhin von Binnenwirtschaft getragen, während exportorientierte Industrie angesichts struktureller Schwächen und globaler Unsicherheit erst langsam Tritt fasst
- Staatsinvestitionen ziehen allmählich an, zunächst bei Verteidigung, später auch bei Infrastruktur – Arbeitsmarkt bleibt robust
- DIW Berlin prognostiziert Wachstum der deutschen Wirtschaft von 1,0 Prozent in diesem und 1,4 Prozent im nächsten Jahr – etwas weniger als noch im Winter erwartet
- Weltwirtschaft dürfte weiter moderat expandieren und 2026 und 2027 um jeweils 3,3 Prozent wachsen

Deutsche Wirtschaft ist auf Erholungskurs – Iran-Krieg und Handelskonflikte dämpfen Wachstum nur leicht

Wachstumsbeiträge der einzelnen Komponenten des Bruttoinlandsprodukts in Prozentpunkten



ZITAT

„Öl- und Gaspreise werden in den kommenden Monaten wegen des Iran-Kriegs wohl auf einem höheren Niveau liegen, danach aber graduell wieder sinken. Die Inflation dürfte ungefähr 0,4 Prozentpunkte höher ausfallen und das Wirtschaftswachstum um 0,1 bis 0,2 Prozentpunkte gedämpft werden. Insgesamt wird sich der Aufschwung vom Iran-Krieg aber nicht aufhalten lassen.“ — Geraldine Dany-Knedlik —

MEDIATHEK



Audio-Interview mit Geraldine Dany-Knedlik
www.diw.de/mediathek

Deutsche Wirtschaft im Aufschwung – Weltwirtschaft wächst moderat weiter

Von Geraldine Dany-Knedlik, Guido Baldi, Nina Maria Brehl, Angelina Hackmann, Konstantin Kholodilin, Laura Pagenhardt, Jan-Christopher Scherer, Teresa Schildmann, Hannah Magdalena Seidl, Ruben Staffa, Kristin Trautmann und Jana Wittich

EXECUTIVE SUMMARY

Die deutsche Wirtschaft ist nach drei schwachen Jahren auf Erholungskurs. Belastungen durch den Iran-Krieg und die erratische US-Handelspolitik bremsen die Dynamik zwar, jedoch nur moderat. Der Oberste Gerichtshof in den USA hat zwar die Rechtswidrigkeit der US-Zölle festgestellt – das ändert aber aufgrund des annahmegoßen Fortbestehens des Abkommens mit der Europäischen Union nichts an den Zollsätzen, mit denen deutsche Ausfuhren belegt werden. Auch der jüngste Anstieg der Energiepreise infolge der Eskalation im Nahen Osten fällt deutlich geringer aus als während der Energiepreiskrise 2022/23. Deutschland ist heute weniger von fossiler Energie aus der Golfregion abhängig als damals von Gas und Öl aus Russland. Unter der Annahme, dass der stärkste Preisschub bereits erfolgt ist und sich Öl- und Gaspreise nur noch moderat entwickeln, dürften sie die Inflation in diesem Jahr um 0,4 Prozentpunkte erhöhen und das Wachstum um 0,1 bis 0,2 Prozentpunkte dämpfen. Insgesamt wird die Erholung der deutschen Wirtschaft damit zwar gebremst, aber nicht gestoppt: Der Aufschwung wird weiterhin von der Binnenwirtschaft getragen, während die exportorientierte Industrie angesichts struktureller Schwächen und globaler Unsicherheit nur langsam wieder Tritt fasst.

Die deutsche Wirtschaft wuchs 2025 um 0,2 Prozent, gestützt vor allem durch einen starken privaten und öffentlichen Konsum. Zum Jahresende zog die Konjunktur spürbar an. Anfang 2026 setzt sich der Aufschwung fort, wenn auch mit weniger Tempo. Dennoch dürfte er sich weiter festigen, vor allem wegen der sehr expansiven Finanzpolitik: Der öffentliche Konsum bleibt

kräftig, und die Staatsinvestitionen ziehen allmählich an – zunächst bei Verteidigung, später bei Infrastruktur. Der private Verbrauch profitiert weiter vom robusten Arbeitsmarkt, während der Außenhandel wegen sinkender Wettbewerbsfähigkeit, Belastung durch die US-Zölle und globaler Unsicherheit schwach bleibt. Die höheren Energiepreise bremsen das Wachstum vorübergehend leicht.

Das DIW Berlin erwartet für 2026 ein Wachstum von 1,0 Prozent und für 2027 von 1,4 Prozent. Die Inflationsrate dürfte 2026 bei 2,4 und 2027 bei 2,3 Prozent liegen; weitere Zinsschritte der Europäischen Zentralbank sind nicht absehbar. Entscheidend bleibt ein zügiger Einsatz öffentlicher Mittel. Die Risiken wirken in beide Richtungen: Schnellere Projektrealisierungen könnten das Wachstum stärken, während Verzögerungen und Kapazitätsengpässe bremsen würden. Außenwirtschaftlich bleiben US-Zölle und geopolitische Spannungen zentrale Unsicherheitsfaktoren, während eine Deeskalation im Nahen Osten Entlastung in Form fallender Energiepreise bringen könnte.

Die Weltwirtschaft wird im Prognosezeitraum wohl weiterhin moderat expandieren und in diesem und im nächsten Jahr um jeweils rund 3,3 Prozent zulegen. Während eine vielerorts leicht expansive Finanzpolitik die Nachfrage stützt, bremsen die protektionistische US-Handelspolitik und der Iran-Krieg die Dynamik, vor allem ab dem zweiten Quartal 2026. Besonders betroffen sind dabei Regionen mit hoher Abhängigkeit von Energieimporten.

Deutsche Wirtschaft: Energiepreisanstiege durch Iran-Krieg dämpfen Aufschwung nur leicht

Die deutsche Wirtschaft hat nach langer Wartezeit den Erholungskurs eingeschlagen: Nach drei schwachen Jahren mehrten sich die Anzeichen für eine dynamischere konjunkturelle Belebung. Die Auswirkungen des Iran-Kriegs und die jüngsten handelspolitischen Entwicklungen dürften den Aufschwung insgesamt nur leicht bremsen.¹

Die vom Obersten Gerichtshof der USA festgestellte Rechtswidrigkeit der US-Zölle dürfte für deutsche Exporte nur begrenzte Auswirkungen haben. Zwar ist die handelspolitische Unsicherheit durch das Urteil wieder gestiegen, es wird jedoch angenommen, dass zuvor erzielte Abkommen – wie die Handelsvereinbarung mit der Europäischen Union (EU) – fortbestehen und die Zollbelastung für deutsche Exporte nahezu unverändert bleibt. Der Ende Februar ausgebrochene Iran-Krieg ließ zwar die Preise für Erdöl und Erdgas steigen und sorgte für Unruhe an den Finanzmärkten. Die Preisanstiege fallen jedoch bislang geringer aus als während der Energiepreiskrise infolge des Ukraine-Kriegs. Zudem ist die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern aus dem Nahen Osten heute spürbar geringer als die frühere Abhängigkeit von russischem Gas und Öl.

Die Erholung der deutschen Wirtschaft wird vor allem durch starke binnenwirtschaftliche Impulse getragen. Die expansive Ausgabenpolitik der öffentlichen Hand wirkt stützend, auch wenn sie bislang kaum die Investitionsfreude der Unternehmen anregt. Der private Konsum bleibt eine verlässliche Stütze: Die privaten Haushalte haben ihre Ausgaben merklich ausgeweitet und stabilisieren so die Binnenkonjunktur. Die exportorientierte deutsche Industrie erholt sich hingegen nur langsam und bremst das gesamtwirtschaftliche Expansionstempo. Zugleich bleibt das außenwirtschaftliche Umfeld von erheblicher Unsicherheit geprägt, was die Exporterholung dämpft.

2025: Zaghafter Beginn eines Aufschwungs

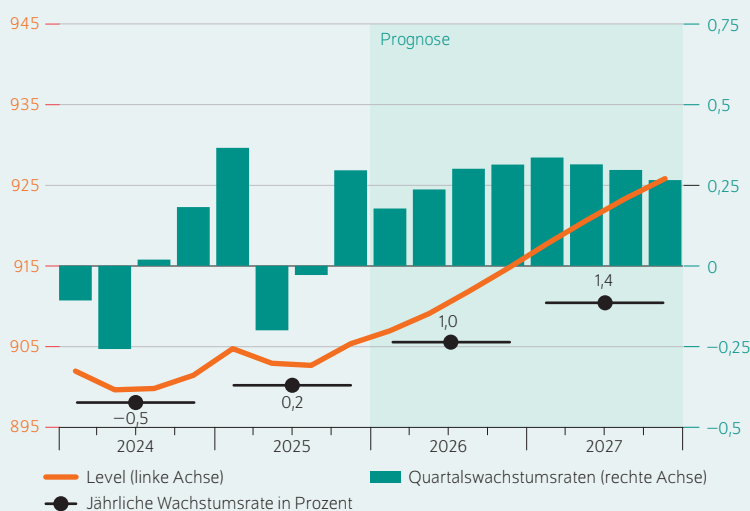
Die bisher vorliegenden Daten zeigen, dass die deutsche Wirtschaft im Jahr 2025 eine verhaltene Erholung eingeleitet hat und – wie in der DIW-Winterprognose erwartet – um 0,2 Prozent gewachsen ist (Abbildung 1). Damit hat sich die Wirtschaftsleistung nach den Rezessionsjahren 2023 und 2024 stabilisiert. Haupttreiber war der private Konsum, der dank robuster Kaufkraftgewinne und eines verhältnismäßig stabilen Arbeitsmarkts kräftig zulegte. Auch der öffentliche Konsum expandierte weiter spürbar.

Deutlich schwächer entwickelte sich dagegen die Investitionstätigkeit, vor allem im privaten Bereich. Vom Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität (SVIK) gin-

Abbildung 1

Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts in Deutschland

In Milliarden Euro (linke Achse) beziehungsweise in Prozent zum Vorquartal (rechte Achse)



Anmerkung: Prognose ab dem ersten Quartal 2026, preis-, saison- und kalenderbereinigt.

Quellen: Statistisches Bundesamt; DIW-Konjunkturprognose Frühjahr 2026.

© CC BY 4.0

Die deutsche Wirtschaft befindet sich im Aufschwung.

gen 2025 noch keine nennenswerten Impulse aus. Auch der Außenhandel enttäuschte; die Auswirkungen der US-Zollpolitik fielen jedoch geringer aus als zunächst befürchtet.² Nachhaltig belastend wirken strukturelle Probleme wie die sinkende Wettbewerbsfähigkeit und der Fachkräftemangel, sodass die Industrie auch 2025 noch nicht vollständig Tritt gefasst hat.

Viertes Quartal 2025: Expansion läutet dynamische Erholung ein

Nach einer schwächeren Konjunktur in der Jahresmitte ist das Bruttoinlandsprodukt im vierten Quartal 2025 deutlich um 0,3 Prozent gestiegen. Der Zuwachs wurde vor allem von der Binnenwirtschaft getragen, insbesondere vom Konsum. Der Staatskonsum stieg erneut kräftig, vor allem wegen höherer sozialer Sachleistungen in den Bereichen Gesundheit und Pflege und gestiegener Arbeitnehmerentgelte. Aber

² Da auf die USA weniger als ein Zehntel der deutschen Warenexporte entfallen, konnten kräftige Zuwächse bei den Ausfuhren ins europäische Ausland die hohen Verluste – insbesondere bei Kraftwagen und Kraftwagenteilen – kompensieren. Zudem stiegen die Exporte von Pharmazeutika in die USA weiterhin stabil, da diese aufgrund ihres hohen Spezialisierungsgrades und Patentschutzes (zumindest kurzfristig) schwer substituierbar sind.

¹ Stichtag dieser Prognose ist der 20. Februar 2026, bei den Rohstoffpreisen der 3. März 2026.

Tabelle 1

Quartalsdaten zur Entwicklung der Verwendungs- und Entstehungskomponenten des realen Bruttoinlandsprodukts in Deutschland

In Prozent (jeweils gegenüber dem Vorquartal, saison- und kalenderbereinigt)

	2025				2026				2027			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Privater Verbrauch	0,8	0,4	0,0	0,5	0,2	0,2	0,2	0,3	0,3	0,2	0,2	0,2
Öffentliche Konsumausgaben	-0,8	0,3	0,6	1,1	0,7	0,4	0,4	0,5	0,6	0,4	0,5	0,4
Bruttoanlageinvestitionen	0,5	-0,9	0,3	1,0	-0,8	0,7	0,8	0,9	0,9	0,8	0,7	0,7
Bauten	0,5	-1,0	-0,7	1,6	-0,8	0,7	0,8	0,9	0,8	0,7	0,6	0,7
Ausrüstungen	0,3	-2,1	1,7	0,1	-2,1	0,6	0,8	1,0	1,0	0,9	0,7	0,6
Sonstige Investitionen	0,6	1,2	0,9	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	0,9
Lagerveränderung ¹	-0,5	0,2	0,5	-0,3	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Inländische Verwendung	-0,1	0,2	0,8	0,4	0,1	0,3	0,4	0,5	0,5	0,4	0,4	0,3
Außenbeitrag	0,4	-0,4	-0,8	-0,1	0,1	-0,1	-0,1	-0,1	-0,1	-0,1	-0,1	-0,1
Export	2,5	0,2	-0,9	-0,6	0,3	0,1	0,2	0,2	0,3	0,3	0,3	0,4
Import	1,5	1,4	1,0	-0,3	0,1	0,4	0,5	0,6	0,6	0,5	0,5	0,5
Bruttoinlandsprodukt	0,4	-0,2	0,0	0,3	0,2	0,2	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3
Bruttowertschöpfung	0,6	-0,1	0,0	0,4	0,2	0,2	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3
Verarbeitendes Gewerbe	1,6	-0,3	-0,9	0,0	0,1	0,1	0,1	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2
Baugewerbe	1,4	-2,2	-0,8	1,7	-0,8	0,7	0,8	0,8	0,8	0,7	0,6	0,7
Handel, Gastgewerbe, Verkehr	1,4	-0,4	0,4	0,0	0,2	0,2	0,2	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3
Unternehmensdienstleister	-0,3	0,4	0,0	0,2	0,2	0,1	0,2	0,3	0,3	0,3	0,2	0,2
Öffentliche Dienstleistungen, Erziehung, Gesundheit	0,1	0,5	0,3	0,8	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,4	0,4	0,3

¹ Wachstumsbeitrag in Prozentpunkten.

Anmerkung: Prognose ab dem ersten Quartal 2026.

Quellen: Statistisches Bundesamt; DIW-Konjunkturprognose Frühjahr 2026.

© CC BY 4.0

auch die privaten Konsumausgaben nahmen spürbar zu (Tabelle 1).³

Der weiterhin robuste Arbeitsmarkt dürfte dabei stabilisierend gewirkt haben: Zwar sank die Erwerbstätigkeit leicht, dennoch stagnierte die Arbeitslosigkeit insgesamt. Die konjunkturelle Arbeitslosigkeit ist nicht mehr so schnell gestiegen wie in den Vorquartalen, was die Sorgen der privaten Haushalte vor einem Arbeitsplatzverlust gemildert haben dürfte. Zugleich legten die verfügbaren Einkommen erneut zu, und zwar stärker als die auf rund zwei Prozent gesunkene Inflation. Somit ist die reale Kaufkraft gestiegen. Besonders stark nahmen die Ausgaben für Dienstleistungen im Gastgewerbe und für Versicherungen und Wohnen zu. Die saisonbereinigte Sparquote fiel nach einem vorübergehenden Anstieg wieder auf ihren vorpandemischen Durchschnitt von 10,3 Prozent.

Auch die Investitionstätigkeit hat die inländische Nachfrage im vierten Quartal gestützt – die Bruttoanlageinvestitionen legten insgesamt zu. Dazu trugen vor allem die Bauinvestitionen bei, die über alle Sparten hinweg deutlich ausgeweitet wurden. Neben Zuwächsen bei den Nichtwohnbauten – insbesondere im Tiefbausegment, wo sich wohl zunehmend Infrastrukturmaßnahmen für digitale Netze, Energiewende

und Schienennetze niederschlugen – gab es auch im Wohnungsbau erste Signale einer Trendwende. Stabilere Preise und Zinsen hatten im Jahresverlauf für bessere Planbarkeit und folglich verstärkte Auftragseingänge und Baugenehmigungen gesorgt, die ab dem Jahresende wohl vermehrt umgesetzt wurden. Dass die Raten besonders kräftig ausfielen, dürfte darüber hinaus auch an den milden Temperaturen zu Beginn des Winters gelegen haben. Die Ausrüstungsinvestitionen nahmen derweil nur leicht zu. Dabei wurde ein Einbruch der privaten Investitionstätigkeit durch einen massiven Zuwachs bei den öffentlichen Anschaffungen wettgemacht. Hier dürfte ein Einmaleffekt, beispielsweise in Form einer Großlieferung von Rüstungsgütern aus dem Sondervermögen Bundeswehr, zu Buche geschlagen haben.

Im Gegensatz dazu entwickelte sich der Außenhandel im Schlussquartal 2025 schwach. Trotz einer vorübergehenden Entspannung im transatlantischen Zollkonflikt stiegen Export- und Importpreise deutlich und das Handelsvolumen ging zurück. Besonders im Dienstleistungsbereich gab es merkliche Einbrüche bei Aus- und Einfuhren. Im Warenhandel gingen die Exporte in die USA und nach China zurück, während sich die Nachfrage aus Europa als stabilisierender Faktor erwies. Die Warenimporte nahmen leicht zu, vor allem aus China und dem Euroraum. Da die Importe weniger stark zurückgingen als die Exporte, resultierte daraus insgesamt ein leicht negativer Außenbeitrag.

³ Revidierte Daten des Statistischen Bundesamtes zeigen, dass der private Konsum im Jahresverlauf 2025 deutlich stärker ausgeweitet wurde als zunächst veröffentlicht.

Die Entwicklung der Verwendungskomponenten spiegelte sich auch auf der Entstehungsseite wider. Während die Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe stagnierte und damit die anhaltende Industrieschwäche bestätigte, legte das Baugewerbe deutlich zu. Auch die Dienstleistungen expandierten, insbesondere der öffentliche Bereich (etwa Erziehung und Gesundheit) sowie konsumnahe Dienstleistungen. Das Gastgewerbe verzeichnete ebenfalls kräftige Zuwächse. Insgesamt stieg die Bruttowertschöpfung im vierten Quartal um 0,4 Prozent.

US-Handelspolitik und Iran-Krieg – was ist zu erwarten?

Das Urteil des Obersten Gerichtshofs zur gesetzlichen Grundlage der von US-Präsident Trump auf Basis des International Emergency Economic Powers Act (IEEPA) eingeführten Zölle hat die Unsicherheit über die weitere Ausrichtung der US-Handelspolitik erneut erhöht. Trotz der festgestellten Rechtswidrigkeit dieser Maßnahmen ist nicht zu erwarten, dass sich das Zollumfeld für deutsche Exporte merklich verbessert (Kasten 1).

Ende Februar kamen Belastungen durch den Iran-Krieg hinzu. Die Angriffe und die rasche Eskalation führten in der Golfregion zu Blockaden von Seewegen wie der Straße von Hormus, die für den Transport von Öl und Gas zentral ist. Einige Staaten drosselten ihre Energieproduktion. In der Folge stiegen die Energiepreise an den Weltmärkten deutlich.

Für diese Prognose wird angenommen, dass die Energiepreise kurzfristig erhöht bleiben und allmählich zurückgehen, dabei aber klar unter den Niveaus der Energiepreiskrise 2022/23 bleiben. Obwohl Verbraucher*innen wohl etwas mehr für Energie zahlen müssen als zuvor erwartet, bleibt der Einfluss auf die Gesamtinflation voraussichtlich moderat. Die Inflationsrate sollte daher mittelfristig nahe dem Stabilitätsziel der Europäischen Zentralbank (EZB) von zwei Prozent liegen, sodass keine weiteren Zins Schritte zu erwarten sind (Kasten 2). Da die Energiepreise erst ab Anfang März gestiegen sind, dürfte sich ein Großteil der Effekte ab dem zweiten Quartal zeigen.

Erstes Quartal 2026: Aufschwung setzt sich fort

Kurzfristige Indikatoren, die ohne Ausnahme vor dem Kriegsausbruch im Nahen Osten erfasst wurden, zeichnen ein vorsichtig optimistisches Bild. So ist der ifo-Geschäftsklimaindex jüngst gestiegen. Vor allem die Lageeinschätzung der Unternehmen hat sich aufgehellt, und auch die Geschäftserwartungen waren optimistischer. Der Anstieg zeigte sich dabei nicht nur punktuell, sondern bereichsübergreifend – sowohl im Verarbeitenden Gewerbe und im Bau als auch in den Dienstleistungsbereichen waren die Unternehmen zuversichtlicher gestimmt. Lediglich im Handelssektor gab der Index leicht nach. Der Einkaufsmanagerindex spiegelte die insgesamt positive Entwicklung: Im Verarbeitenden Gewerbe kletterte der Index erstmals seit Juni 2022

Kasten 1

Annahmen zur Entwicklung der Außenhandelszölle

Dieser Prognose liegen spezifische Annahmen zur künftigen Ausgestaltung der US-Handelspolitik zugrunde. Diese ist nach dem Urteil des Obersten Gerichtshofs der Vereinigten Staaten erneut mit erheblicher Unsicherheit behaftet. Demnach waren die zuletzt auf Basis des International Emergency Economic Powers Act (IEEPA) von 1977 verhängten Einfuhrzölle rechtswidrig.

Das Urteil stellt zweifellos eine politische und rechtliche Begrenzung der bisherigen Zollstrategie des Präsidenten dar, die stark auf kurzfristigen Ankündigungen und einer weiten Auslegung exekutiver Kompetenzen beruhte. In diesem Sinne ist die Entscheidung als institutionelle Stärkung der Gewaltenteilung zu werten. Das DIW Berlin geht jedoch nicht davon aus, dass sich die protektionistische Ausrichtung der US-Handelspolitik dadurch grundsätzlich verändern wird. Der politische Anreiz, Handelsinstrumente zur Durchsetzung industri- und sicherheitspolitischer Ziele einzusetzen, bleibt bestehen. Zölle dürften daher weiterhin ein zentrales Instrument darstellen – allerdings voraussichtlich stärker eingebettet in formalisierte Untersuchungs- und Prüfverfahren sowie klarere gesetzliche Grundlagen.

Gleichwohl bleibt die handelspolitische Unsicherheit hoch, da alternative gesetzliche Grundlagen für neue Maßnahmen zur Verfügung stehen. Konkret wird in dieser Prognose davon ausgegangen, dass bilaterale Handelsabkommen fortbestehen und ein allgemeiner Basiszollsatz von zehn Prozent über den gesamten Prognosehorizont hinweg gelten wird. Güterspezifische Zölle waren von dem Urteil unberührt und werden ebenfalls fortbestehen.

Diese Annahmen sind mit erheblicher Unsicherheit behaftet. So bedarf der derzeit geltende Zehn-Prozent-Basiszollsatz nach 150 Tagen der parlamentarischen Zustimmung, die nicht selbstverständlich ist. Zudem ist nicht klar, ob das Niveau des Basiszollsatzes – wie von US-Präsident Trump angekündigt – auf 15 Prozent steigen wird: Solch ein allgemeiner Zollsatz würde vor allem jene Länder treffen, die auf Forderungen der US-Regierung eingegangen sind, etwa die EU, Japan oder das Vereinigte Königreich. Gleichzeitig haben Handelsvertreter*innen der USA das Fortbestehen bilateraler Abkommen grundsätzlich in Aussicht gestellt, was die Annahme relativ stabiler Rahmenbedingungen stützt. Darüber hinaus dürfte mit Blick auf die im Herbst anstehenden Midterm-Wahlen in den USA auch der politische Wille eine Rolle spielen, deutliche Preisanstiege für US-Konsument*innen zu vermeiden. Sollte der universelle Zollsatz dennoch auf 15 Prozent angehoben werden, würde dies zumindest für die folgenden 150 Tage – bis zu einer erforderlichen parlamentarischen Bestätigung oder möglichen Korrektur – eine spürbare Verschlechterung der handelspolitischen Bedingungen bedeuten.

Kasten 2

Annahmen und Rahmenbedingungen

Der Prognose liegen Annahmen zum Verlauf der Leitzinsen, Wechselkurse und Rohstoffpreise zugrunde (Tabelle). Diese Annahmen basieren auf bisherigen Entwicklungen, den Preisen an Terminmärkten sowie Schlusständen zum Stichtag der Prognose am 20. Februar 2026. Für die Rohstoffpreise gilt mit dem 3. März 2026 ein gesonderter Stichtag.

Die Inflation im Euroraum liegt derzeit mit 1,7 Prozent etwas unter dem Inflationsziel der Europäischen Zentralbank (EZB) von zwei Prozent und damit im Einklang mit deren Erwartungen. So beließ die EZB die Leitzinsen zuletzt unverändert. In dieser Prognose wird angenommen, dass die Zinsen über den gesamten Prognosehorizont hinweg konstant bleiben: Bei einem Einlagesatz – dieser ist derzeit maßgeblich für die Geldpolitik – von zwei Prozent ist die Geldpolitik somit weiter neutral ausgerichtet.

Im Einklang mit den Leitzinsen haben sich auch die Geldmarktzinsen auf ihr bestehendes Niveau eingependelt und dürften bei knapp zwei Prozent verharren. Diese Normalisierung zeichnete sich auch in sinkenden Refinanzierungskosten für Unternehmen und Kreditkosten für Haushalte ab. Für die Prognose wird unterstellt, dass die Kreditzinsen nach dem Ende der geldpolitischen Lockerung nun nicht weiter fallen werden. Es wird zudem angenommen, dass die Kapitalmarktzinsen über den Prognosehorizont weitestgehend unverändert bleiben und bei 2,9 Prozent für Deutschland und 3,2 Prozent für den Euroraum liegen werden. Damit haben sich die Kapitalmarktzinsen im Vergleich zur Winterprognose nicht verändert.

Der Euro hat zum Jahresbeginn deutlich gegenüber dem US-Dollar aufgewertet und kurzzeitig die Marke von 1,20 US-Dollar pro Euro überschritten. Unter anderem robustere US-Konjunkturdaten haben den Dollar jedoch wieder etwas gestützt. In der Folge stabilisierte sich der Wechselkurs und bewegt sich derzeit um 1,18 US-Dollar pro Euro. Es wird angenommen, dass der Wechselkurs des Euro auf diesem zum Datenschluss erreichten Niveau verbleibt – leicht höher als noch im Winter unterstellt.

Die Eskalation im Iran-Krieg hat zu sprunghaften Preisanstiegen auf den Energiemärkten geführt. Preise für Rohöl legten am 2. und 3. März 2026 um durchschnittlich zwölf Prozent gegenüber der Vorwoche zu, während Großhandelspreise für Gas im Durchschnitt um 59 und zeitweise sogar um bis zu 90 Prozent nach oben schossen.¹ Grund hierfür war die Sperrung der Straße von Hormus² als Antwort Irans auf Angriffe der USA und Israels. Zudem stellten Katar und stellenweise auch Saudi-Arabien nach Angriffen auf die Energieinfrastruktur die Produktion von Gas ein, was einen weiteren Anstieg der Gaspreise nach sich zog. Dieser Prognose liegt die Annahme zugrunde, dass die Preise über den Prognosehorizont wieder fallen werden.

Basierend auf Future-Preisen wird daher angenommen, dass der Preis von Rohöl im Laufe der kommenden Monate wieder leicht sinken und bei rund 75 US-Dollar pro Barrel im laufenden Jahr und bei rund 68 US-Dollar pro Barrel im kommenden Jahr liegen wird. Damit ist im Vergleich zum Winter ein um 18 Prozent für das laufende Jahr beziehungsweise um sieben Prozent für das kommende Jahr höherer Rohölpreis unterstellt. Die Großhandelspreise für Gas dürften in diesem Jahr im Schnitt 46 Euro je Megawattstunde betragen, bevor sie im Jahr 2027 auf rund 32 Euro je Megawattstunde sinken. Damit werden die Gaspreisannahmen für das laufende Jahr um 48 Prozent und für das kommende Jahr um 14 Prozent im Vergleich zum Winter erhöht. Es wird davon ausgegangen, dass sich die Öl- und Gaspreise im zweiten Quartal noch auf einem höheren Niveau befinden und ab Mitte des Jahres dann graduell sinken.

Dieser Prognose liegen zudem handelspolitische Annahmen zugrunde (Kasten 1).

¹ Siehe dazu Abbildung 4 in diesem Bericht.

² Die Straße von Hormus ist für die globale Rohöl- und Gasnachfrage von großer Bedeutung. Jeweils rund 20 Prozent der weltweiten Nachfrage für Rohöl und Gas wird über die Meerenge transportiert.

über die Expansionsschwelle von 50 Punkten. Im Dienstleistungsbereich, wo sich der Wert schon seit längerem im Expansionsbereich befindet, ging es ebenfalls weiter nach oben.

So dürfte die deutsche Wirtschaft zum Jahresauftakt moderat um 0,2 Prozent expandieren. Wie in den vergangenen Quartalen wird ein Großteil der Dynamik voraussichtlich aus den Dienstleistungsbereichen kommen, während das Verarbeitende Gewerbe wohl erst langsam an Fahrt gewinnen wird. Angesichts der in weiten Teilen Deutschlands im Januar und Februar eisigen Temperaturen dürfte die Bauproduktion im ersten Vierteljahr gehemmt gewesen sein und – trotz Zuwächsen im Ausbaugewerbe zu Jahresbeginn – negativ zur Wirtschaftsleistung beitragen.

Insgesamt fällt der Anstieg des Bruttoinlandsprodukts damit etwas schwächer aus als im vergangenen Quartal. Grund dafür ist eine Abschwächung der binnenwirtschaftlichen Komponenten, die im Schlussquartal 2025 außergewöhnlich starke Zuwächse verzeichnet hatten. So werden die privaten Konsumausgaben wohl nur moderat und nicht in gleichem Tempo wie zum Jahresende zulegen: Die Umsätze im Einzelhandel sind zum Jahresauftakt merklich zurückgegangen, und auch die Lageeinschätzung der Einzelhandelsunternehmen hat sich etwas verschlechtert. Zudem zeigen die Konsumgüterhersteller nur eine leichte Verbesserung an. Die Neuzulassungen für Pkw sind im Januar regelrecht eingebrochen und liegen in den ersten beiden Monaten des Jahres deutlich unter dem Niveau des Schlussquartals. Gleichzeitig bleiben die Indikatoren für die Konsumstimmung

Tabelle

Annahmen dieser Prognose

		2024	2025	2026	2027
EZB-Einlagefazilität ¹ (Jahresende)	Prozent	3,0	2,0	2,0	2,0
EZB-Leitzins (Jahresende)	Prozent	3,15	2,15	2,15	2,15
Geldmarktzins	EURIBOR-Dreimonatsgeld in Prozent	3,6	2,2	2,0	2,1
Kapitalmarktzins	Rendite für Staatsanleihen im Euroraum mit zehnjähriger Restlaufzeit	3,0	3,1	3,2	3,2
Kapitalmarktzins	Rendite für Staatsanleihen in Deutschland mit zehnjähriger Restlaufzeit	2,4	2,7	2,9	2,9
Wechselkurs	US-Dollar/Euro	1,08	1,15	1,18	1,18
Erdölpreis	US-Dollar/Barrel	79,7	68,0	74,9	67,9
Gaspreis	Euro/Megawattstunde	34,4	36,3	45,9	31,9

1 Die EZB steuert die Wirtschaft aktuell über die Einlagefazilität, nicht den Hauptrefinanzierungssatz (Leitzins).

Anmerkung: Jahresdurchschnittswerte; EZB-Einlagefazilitätswerte zum Jahresende.

Quellen: Europäische Zentralbank; European Money Markets Institute (EMMI); Eurex Exchange; Deutsche Bundesbank; Federal Reserve; Energy Information Administration (EIA); Intercontinental Exchange (ICE); CME Group; DIW-Konjunkturprognose Frühjahr 2026.

© CC BY 4.0

weiterhin schwach und deuten kaum eine anziehende Zuversicht der Verbraucher*innen an. Stützend dürfte die Erhöhung des Mindestlohns zum 1. Januar 2026 wirken und auch dazu beitragen, dass die Arbeitseinkommensungleichheit auf niedrigem Niveau bleibt (Kasten 3). Darüber hinaus wird sich der Arbeitsmarkt wohl nicht weiter verschlechtern: Die Arbeitskräftenachfrage – gemessen an den offenen Stellen – ist in den vergangenen Monaten leicht gestiegen. Die Arbeitslosigkeit dürfte nicht weiter zunehmen.

Zwei Sondereffekte prägen die erwartbar rückläufigen Investitionen im laufenden Quartal (Abbildung 2): Erstens haben eisige Temperaturen zu Jahresbeginn die Bautätigkeit ausgebremst – knapp 30 Prozent der Bauunternehmen, und damit zehn Prozentpunkte mehr als im langjährigen Monatsdurchschnitt, klagten im Februar über Behinderungen durch das Wetter. Besonders betroffen war der Tiefbau, wo die Kapazitätsauslastung von gut 70 auf unter 60 Prozent abstürzte. Zwar sorgte ein starker Zuwachs im weniger wetteranfälligen Ausbaugewerbe für einen Anstieg der Bauproduktion im Januar. Insgesamt dürften die Bauinvestitionen im ersten Quartal dennoch einen Rücksetzer erfahren. Zweitens wird wohl auch bei den Ausrüstungsinvestitionen ein Minus zu Buche stehen, bedingt durch eine Gegenbuchung im öffentlichen Bereich: Das außerordentliche Plus im Schlussquartal dürfte nur temporär gewirkt haben und sich zunächst nicht wiederholen. Trotz erwartbarer Zuwächse der privaten Ausrüstungsinvestitionen aufgrund steigender Auftragseingänge ergibt sich somit eine negative Rate für das erste Quartal.

Im Außenhandel zeichnet sich dagegen eine leichte Verbesserung im Vergleich zum Vorquartal ab. So haben sich die ifo-Exporterwartungen im Februar merklich verbessert und notieren erstmals seit dem Herbst 2025 wieder im positiven Bereich. Die Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe aus dem Ausland sind zwar – nach zwei Anstiegen zum Jahresende 2025 – zuletzt gesunken; im weniger volatilen

Dreimonatsvergleich zeichnet sich aber eine leichte Aufwärtstendenz ab. Gleichzeitig belasten weiterhin die erratische Handelspolitik der US-Regierung und abnehmende Weltmarktanteile ehemals wichtiger Exportgüter „Made in Germany“ den Außenhandel. Insbesondere die Automobilindustrie bleibt, auch aufgrund des schwächelnden Absatzes in China, unter Druck. Insgesamt ergibt sich für die Exporte im ersten Quartal somit nur ein moderater Zuwachs. Die Importe dürften – gestützt durch Einfuhren von Militärgütern und den für Importeure günstigen Wechselkurs – ebenfalls ausgeweitet werden, wenngleich etwas schwächer als die Exporte.

2026 und 2027: Iran-Krieg und US-Handelspolitik halten Aufschwung nicht auf

Unter der Annahme, dass die Energiepreise nicht weiter stark steigen, dürfte die deutsche Wirtschaft in diesem und im kommenden Jahr robust wachsen und den Aufschwung weiter festigen. Haupttreiber bleibt die sehr expansive Finanzpolitik, die die Binnenkonjunktur deutlich stützt. Besonders der öffentliche Konsum und – zunehmend – die öffentlichen Investitionen sorgen für Impulse, wobei Verteidigungsausgaben schneller wirksam werden dürften als Infrastrukturprojekte. Auch der private Verbrauch legt dank eines stabilen Arbeitsmarkts und leichter Kaufkraftgewinne wohl weiter zu.

Der Außenhandel dürfte sich hingegen nur verhalten entwickeln. Strukturelle Probleme wie die sinkende Wettbewerbsfähigkeit und hohe Produktionskosten belasten das Verarbeitende Gewerbe, während Handelshemmnisse und globale Unsicherheiten zusätzlich dämpfen.

Leichte Belastungen ergeben sich zudem durch die Folgen des Iran-Kriegs. Höhere Energiepreise lassen die Inflation im laufenden Jahr voraussichtlich um 0,4 Prozentpunkte stärker steigen als zuvor angenommen und bremsen das Wachstum moderat – um etwa 0,1 bis 0,2 Prozentpunkte.

Kasten 3

Nowcast der Arbeitseinkommensungleichheit

Das DIW Berlin hat ein Modell entwickelt, das die Arbeitseinkommensungleichheit bis an den aktuellen Rand prognostizieren kann (sogenannter Nowcast). Es kombiniert jährlich vorliegende mikroökonomische Daten aus dem Sozio-ökonomischen Panel (SOEP) mit einer Vielzahl höherfrequenter gesamtwirtschaftlicher Indikatoren und Arbeitsmarktindikatoren sowie den aktuellen Ergebnissen der DIW-Konjunkturprognose in einem makroökonomischen Modell. So lassen sich die durchschnittlichen

Arbeitseinkommen verschiedener Einkommensgruppen fort-schreiben. Auf Basis der Modellergebnisse kann unter bestimmten Verteilungsannahmen eine Arbeitseinkommensverteilung für die Gesamtbevölkerung erstellt werden.

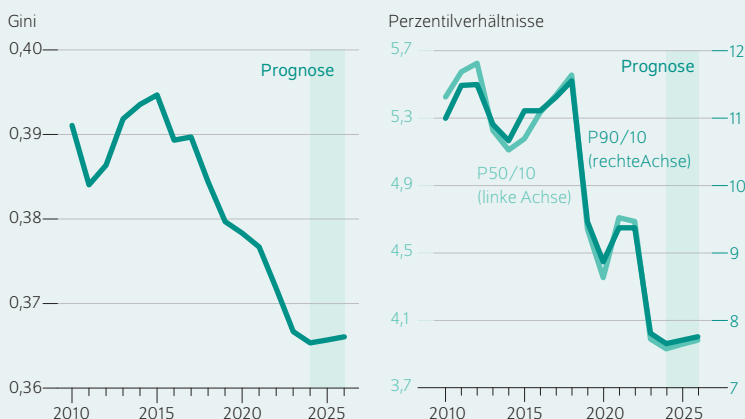
Die SOEP-Daten liegen aktuell bis zum Jahr 2023 (Welle v40) vor. Somit wird das Modell genutzt, um die Entwicklung der Ungleichheit für die Jahre 2024, 2025 und 2026 zu schätzen. Dabei beruht die Schätzung für 2024 und 2025 ausschließlich auf makroökonomischen Daten aus der öffentlichen Statistik, während der Nowcast für das aktuelle Jahr auch die Konjunkturprognose des DIW Berlin beinhaltet.

Nachdem die Arbeitseinkommensungleichheit bis 2023 deutlich gesunken war, verändert sie sich in den Folgejahren nur noch geringfügig. Der Gini-Koeffizient fiel im Jahr 2023 um rund 0,05 Punkte auf 0,367 und dürfte seitdem in etwa dort verharren (Abbildung). Ein Rückgang der Ungleichheit ist für Rezessionsjahre typisch, da Mehrverdienende in solchen Phasen oft stärkere Verluste verzeichnen als untere Einkommensgruppen.¹ Der Verlauf suggeriert außerdem, dass die fiskalpolitischen Maßnahmen im Rahmen der Energiekrise und darüber hinaus die unteren Einkommen stabilisieren konnten. In diesem Jahr dürfte die Ungleichheit – unter anderem aufgrund stabiler Einkommenszuwächse Niedrigverdienender dank der Anhebung des Mindestlohns – nur leicht ansteigen. Dies spiegelt sich auch in den Einkommensverhältnissen zwischen Spitzen- und Niedrigverdienenden (P90/10) sowie zwischen der Mitte und dem unteren Ende der Verteilung (P50/10) wider.

Abbildung

Nowcast der Arbeitseinkommensungleichheit: Gini-Koeffizient und ausgewählte Perzentilverhältnisse

Indexpunkte (linke Grafik), Prozent (rechte Grafik)



Quellen: Sozio-ökonomisches Panel (SOEP); Statistisches Bundesamt; DIW-Konjunkturprognose Frühjahr 2026.

© CC BY 4.0

Die Ungleichheit der Arbeitseinkommen ist bis 2023 zurückgegangen und seitdem in etwa konstant.

¹ Vgl. zum Beispiel Geraldine Dany-Knedlik und Alexander Kriwoluzky (2021): Einkommensungleichheit in Deutschland sinkt in Krisenzeiten temporär. DIW Wochenbericht Nr. 46, 755–761 (online verfügbar).

Schleppende Abflüsse aus Sondervermögen schieben Investitionen nur allmählich an

Für die Jahre 2026 und 2027 werden staatliche Mehrausgaben von nominal 39,9 beziehungsweise 37,3 Milliarden Euro unterstellt (Kasten 4).⁴ Ein großer Anteil entfällt auf das Fiskalpaket: etwa 17 und 14 Milliarden Euro auf das Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität (SVIK) ohne Berücksichtigung der Aufstockung des Klima- und Transformationsfonds (KTF) sowie rund 17 beziehungsweise 14 Milliarden Euro auf zusätzliche Verteidigungsausgaben. Vor diesem Hintergrund dürften sich die gesamtstaatlichen Fehlbeträge von 2,7 Prozent in Relation zur Wirtschaftsleistung

im Jahr 2025 auf 3,4 Prozent im Jahr 2026 und 3,6 Prozent im Jahr 2027 ausweiten. Bereinigt um die Konjunkturkomponente und Zinszahlungen ergibt sich ein strukturelles Primärdefizit in Relation zum potenziellen Bruttoinlandsprodukt von 1,7 Prozent im laufenden Jahr und 2,2 Prozent im Jahr 2027, ausgehend von 0,7 Prozent im Jahr 2025 (Abbildung 3).

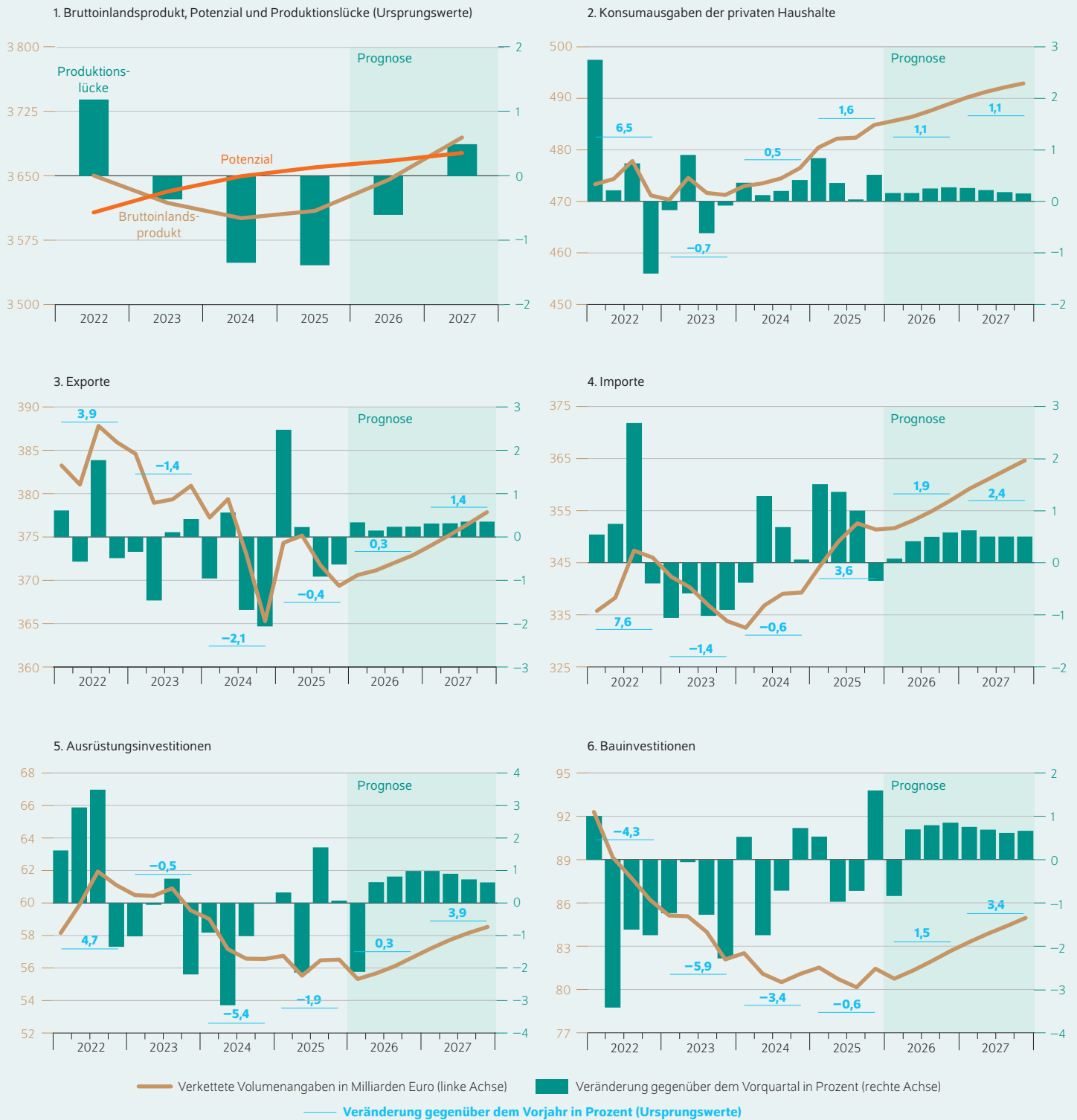
Die expansive Finanzpolitik dürfte sich überwiegend direkt in Form steigender Staatsausgaben sowie in geringerem Maße über Vermögenstransfers an privatwirtschaftliche Unternehmen auf das Wirtschaftswachstum auswirken. So werden sich die im SVIK angelegten Maßnahmen wohl in einer robusten Ausweitung der öffentlichen Bauinvestitionen – insbesondere in Tiefbauten wie Straßen und Schienen – niederschlagen. Gleichzeitig sorgen zunehmende Verteidigungsausgaben dafür, dass die staatlichen Ausrüstungsinvestitionen sowie Vorleistungskäufe und auch die

⁴ Wie in den vergangenen Prognosen werden geringere Mittelabflüsse unterstellt als in den Bundeshaushalten vorgesehen, vgl. zuletzt Geraldine Dany-Knedlik et al. (2025): Deutsche Wirtschaft in den Startlöchern – Weltwirtschaft behauptet sich. DIW Wochenbericht Nr. 50, 805–839 (online verfügbar; abgerufen am 9. März 2026). Dies gilt auch für alle anderen Onlinequellen dieses Berichts, sofern nicht anders vermerkt.

Abbildung 2

Bruttoinlandsprodukt und wichtige Komponenten

Saison-, kalender- und preisbereinigter Verlauf



Anmerkung: Prognose ab dem ersten Quartal 2026, preis-, saison- und kalenderbereinigt.

Quellen: Statistisches Bundesamt; DIW-Konjunkturprognose Frühjahr 2026.

Kasten 4

Annahmen zu den finanzpolitischen Maßnahmen

Die Finanzpolitik ist im laufenden und kommenden Jahr expansiv ausgerichtet (Tabelle). Hierzu tragen Steuererleichterungen für Haushalte und Unternehmen bei, die sich im laufenden Jahr allerdings die Waage halten mit Mehreinnahmen auf Seiten der Sozialversicherungen. Die Ausgabenseite sendet in beiden Jahren deutliche expansive Impulse durch die Inanspruchnahme der erweiterten Verschuldungsspielräume für Infrastruktur und Verteidigung.

Einnahmenseitig tragen Anpassungen des Einkommensteuertarifs zum Ausgleich der kalten Progression in beiden Jahren des Prognosehorizonts zu einer Entlastung der privaten Haushalte bei. Insbesondere im laufenden Jahr gibt es weitere Steuererleichterungen durch die Erhöhung der Entfernungspauschale und die sogenannte Aktivrente. Die Mindereinnahmen aufgrund höherer Grund- und Kinderfreibeträge zur steuerlichen Freistellung des Existenzminimums fallen hingegen geringer aus als im Jahr 2025, wodurch an dieser Stelle ein dämpfender Impuls entsteht.

Unternehmen profitieren in beiden Jahren des Prognosehorizonts von steuerlichen Entlastungen im Rahmen des Wachstumschancengesetzes und des Investitionssofortprogramms. Dazu zählen die Fortführung und Ausweitung der steuerlichen Begünstigung von Investitionen und Forschungsausgaben sowie weitere Steuererleichterungen, zum Beispiel für die Anschaffung von Elektroautos. Die Gastronomiebranche wird durch die dauerhafte Umsatzsteuersenkung auf sieben Prozent entlastet, und landwirtschaftliche Betriebe können im laufenden Jahr von einer Wiedereinführung der Agrardiesel-Rückvergütung profitieren. Die Verstetigung der Absenkung der Stromsteuer für Betriebe des Produzierenden Gewerbes aus dem vergangenen Jahr fällt im laufenden Jahr geringer aus. Von ihr gehen damit ebenso geringe restriktive Impulse aus wie von den im Jahr 2024 ausgeweiteten Lkw-Maut-Gewichtsklassen.

Die seit dem Jahreswechsel erhöhte CO₂-Abgabe in den Bereichen Wärme und Verkehr trägt im laufenden Jahr zu deutlichen Mehreinnahmen bei. Es wird unterstellt, dass der CO₂-Preis die aktuell geltende gesetzliche Obergrenze von 65 Euro erreicht und sich somit im Vergleich zum Vorjahr um zehn Euro je Tonne verteuert. Die Einbettung der Emissionen im Zusammenhang mit Heizen und Verkehr in den Europäischen Emissionshandel wurde vom 1. Januar 2027 auf das Folgejahr verschoben. Daher hat sich die Koalition darauf geeinigt, den nationalen CO₂-Preis in diesen Bereichen im Jahr 2027 konstant zu halten, sodass vom Emissionshandel kein finanzpolitischer Impuls zu erwarten ist. Weitere restriktive Impulse

gehen im laufenden Jahr von der stufenweisen Erhöhung der Tabaksteuer aus. Zudem wurden eine globale Mindestbesteuerung und eine Plastikabgabe eingeführt, die erstmalig für Einnahmen sorgen.

Der durchschnittliche Zusatzbeitrag zur gesetzlichen Krankenversicherung liegt im laufenden Jahr 0,4 Prozentpunkte über dem Vorjahr. Unterstellt wird, dass er im kommenden Jahr nochmals um 0,3 Prozentpunkte zulegen wird. Ein Darlehen des Bundes an die gesetzliche Pflegeversicherung verhindert im laufenden Jahr einen Anstieg des Beitragssatzes. Für das Jahr 2027 wird ein Anstieg des Beitragssatzes um 0,1 Prozentpunkte unterstellt. Insgesamt ist die Finanzpolitik auf der Einnahmenseite im laufenden Jahr neutral und im Jahr 2027 leicht expansiv ausgerichtet.

Die finanzpolitische Gestaltung der Ausgabenseite des Staates zeigt im Prognosehorizont durchgehend expansiven Charakter. Zwar gehen von der Wohngeldreform und Kürzungen beim Elterngeld für Spitzenverdienende leicht ausgabenmindernde Impulse aus und der im vorherigen Jahr vollzogene einmalige Ausgleich der Gasspeicherumlage wird nun als restriktiver Impuls verbucht. Auf der anderen Seite entstehen durch das Startchancenprogramm und die Weiterführung des Deutschlandtickets Mehrausgaben, auch wenn bei Letzterem zum Jahreswechsel 2026 eine Preissteigerung um fünf Euro erfolgt ist und auch 2027 mit einer Preisanhebung zu rechnen ist. Aus dem Rentenpaket wurde die Frühstartrente auf den Weg gebracht – allerdings zunächst nur für den Geburtsjahrgang 2020, sodass von dieser Maßnahme nur geringe expansive Impulse ausgehen.

Die weitaus größten expansiven Impulse senden die erweiterten Verschuldungsspielräume für Infrastruktur, Klimaneutralität und Verteidigung. Aus dem aufgestockten Klima- und Transformationsfonds (KTF) werden im laufenden Jahr unter anderem der Wegfall der Netzentgelte finanziert und im Jahr 2027 die von der EU-Kommission unter Investitionsauflagen gebilligte Senkung des Industriestrompreises für ausgewählte energieintensive Wirtschaftszweige. Neben diesen Subventionen dürften die weiteren Programmausgaben des KTF im Prognosehorizont stabil bleiben. Stattdessen werden sich die Ausgaben aus dem Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität (SVIK) ohne Berücksichtigung der KTF-Aufstockung beschleunigen. Insbesondere aus dem Bundesanteil werden für den Erhalt und die Modernisierung der Schienenwege und Straßen gewichtige Mittel abfließen. Im Rahmen des Sondervermögens Bundeswehr bestellte Ausrüstungsgüter werden im Prognosehorizont nach und nach geliefert. Zusätzlich unterstellt diese Prognose in beiden Jahren zusätzliche

Tabelle

Finanzpolitische Maßnahmen: Be- (–) und Entlastungen (+) des gesamtstaatlichen Haushalts

In Milliarden Euro (gegenüber dem Vorjahr)

	2026	2027
Einnahmen der Gebietskörperschaften		
Jahressteuergesetz 2022	–0,2	–0,2
Inflationsausgleichsgesetz (Anpassung Einkommenssteuertarif)	–0,6	–0,5
Abbau kalte Progression 2027	0,0	–4,0
Anpassungen zur steuerlichen Freistellung des Existenzminimums	1,3	0,0
Erhöhung Entfernungspauschale	–1,1	–0,2
Steuerfortentwicklungsgesetz	–5,5	–0,9
Jahressteuergesetz 2024	0,3	–0,1
Aktivrente (Rentenpaket)	–0,7	–0,2
Zweites Betriebsrentenstärkungsgesetz (Rentenpaket)	–0,1	–0,1
Änderungen bei Agrardiesel-Rückvergütung	–0,4	0,0
Absenkung der Stromsteuer	0,1	0,3
Dauerhafte Umsatzsteuersenkung in der Gastronomie	–3,5	–0,1
Erlöse Brennstoffemissionshandel (BEHG)	3,0	0,0
Degressive AfA (Zweites und Viertes Corona-Steuerhilfegesetz)	3,8	1,5
Investitionssofortprogramm (Degressive AfA, steuerliche Begünstigung Elektro-Autos, Ausweitung Forschungszulage)	–3,4	–5,2
Anhebung Lkw-Maut	0,2	0,0
Wachstumschancengesetz	–0,7	0,1
Anhebung der Tabaksteuer	0,8	0,0
Zukunftsfinanzierungsgesetz	–0,1	0,0
Globale Mindestbesteuerung (Säule 2)	1,0	–0,3
Plastikabgabe	1,4	0,0
Sonstige steuerliche Maßnahmen	–2,0	–1,9

	2026	2027
Einnahmen der Sozialversicherungen		
Erhöhung durchschnittlicher Zusatzbeitrag zur gesetzlichen Krankenversicherung	5,3	4,0
Erhöhung Beitragssatz in der gesetzlichen Pflegeversicherung	0,0	1,3
Ausgaben der Gebietskörperschaften		
Wohngeldreform	0,4	0,0
Neue Grundsicherung	–0,1	0,0
Deutschlandticket	–0,2	–0,2
Kürzungen beim Bürgergeld und Elterngeld für Spitzenverdienende	0,1	0,0
Startchancenprogramm für Schulen	–0,5	–0,3
Frühstartrente (Rentenpaket)	–0,1	0,0
Leistungsrechtsanpassungsgesetz	–0,1	0,0
Subvention Netzentgelte	–6,5	0,0
Industriestrompreis	0,0	–1,5
Abschaffung Gasspeicherumlage	2,8	0,6
Sondervermögen KTF (ohne Netzentgelte/Industriestrompreis)	–0,5	–0,8
Mehrausgaben für Infrastruktur und Klimaneutralität (ohne KTF)	–17,0	–14,2
Mehrausgaben für Verteidigung (inkl. Sondervermögen Bundeswehr)	–16,7	–14,3
Ausgaben der Sozialversicherungen		
Grundrente	–0,1	–0,1
Zuschlag Erwerbsminderungsrente	0,0	0,2
Krankenhausreform	–0,2	–0,2
Pflegeunterstützungs- und -entlastungsgesetz	–0,2	–0,3
Verlängerung Bezugsdauer Kurzarbeitergeld	0,0	0,3
Insgesamt	–39,9	–37,3
In Relation zum Bruttoinlandsprodukt in Prozent	–0,9	–0,8

Anmerkung: Ohne makroökonomische Rückwirkungen. Sonstige steuerliche Maßnahmen beinhalten das Jahressteuergesetz 2020, das Gesetz zur Modernisierung des Körperschaftsteuerrechts, das Behinderten-Pauschbetragsgesetz, das Vierte Bürokratienteilungsgesetz, das Kreditzweitmarktförderungsgesetz und die Erhöhung der Luftverkehrsabgabe.

Quellen: Bundesregierung (Haushaltsplan, Gesetzesentwürfe, Monatsberichte des Bundesfinanzministeriums, Datensammlung zur Steuerpolitik); DIW-Konjunkturprognose Frühjahr 2026.

© CC BY 4.0

Ausgaben im Rahmen des erweiterten Verteidigungsbegriffs, mithilfe derer und des Sondervermögens Bundeswehr bis zum Jahr 2027 voraussichtlich eine NATO-Quote von etwa 2,9 Prozent des Bruttoinlandsprodukts erreicht wird.

Auf der Ausgabenseite der Sozialversicherungen gehen im laufenden und kommenden Jahr von der Grundrente und dem Pflegeunterstützungs- und -entlastungsgesetz geringe expansive Impulse aus. Auch die Krankenhausreform schlägt sich noch nicht in Minderausgaben nieder. Durch das Auslaufen der verlängerten Bezugsdauer des Kurzarbeitergeldes zum Jahresende 2026 und sinkende Mehrausgaben für die Erwerbsminderungsrente kommen im Jahr 2027 auch restriktive Impulse zum Tragen. Insgesamt

sind die finanzpolitischen Maßnahmen auf der Ausgabenseite der Sozialversicherungen im Prognosehorizont neutral ausgerichtet.

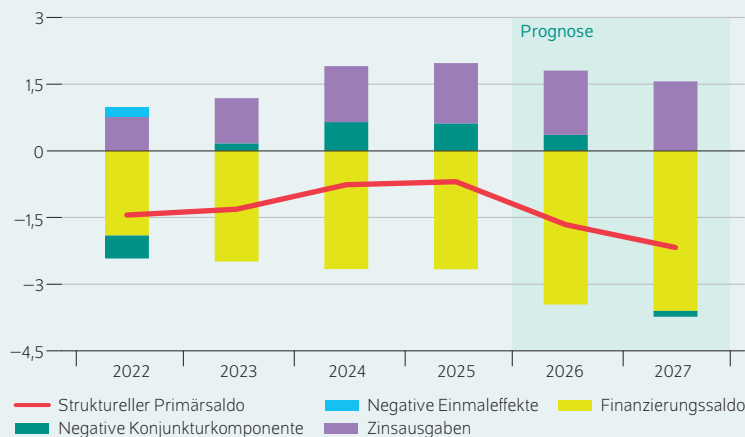
Dieser Prognose sind keine potenziellen Entlastungsmaßnahmen für Unternehmen oder Haushalte im Zuge des Energiepreisschocks durch den Iran-Krieg unterstellt.

Alles in allem beläuft sich die Budgetwirkung der finanzpolitischen Maßnahmen im laufenden Jahr auf –39,9 Milliarden Euro (–0,9 Prozent in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt) und im Jahr 2027 auf –37,3 Milliarden Euro (–0,8 Prozent).

Abbildung 3

Struktureller Primärsaldo

In Prozent (in Relation zum nominalen Produktionspotenzial)



Anmerkung: Der strukturelle Primärsaldo ergibt sich als Summe der Balken. Prognose ab dem Jahr 2026.

Quellen: Statistisches Bundesamt; DIW-Konjunkturprognose Frühjahr 2026.

© CC BY 4.0

Das strukturelle Primärdefizit wird im Prognosezeitraum größer.

Beschäftigung im Verteidigungsbereich – und damit der Staatskonsum – robust steigen. Die demografische Alterung wird darüber hinaus zu weiteren Zuwächsen bei der Beschäftigung in anderen öffentlichen Dienstleistungsbereichen – wie Gesundheit und Pflege – sowie bei den sozialen Sachleistungen führen und die öffentlichen Konsumausgaben zusätzlich anschieben.

Robuster Arbeitsmarkt stützt private Kauflaune

Der Arbeitsmarkt dürfte sich mit der konjunkturellen Erholung weiter stabilisieren; die Löhne werden voraussichtlich erneut zulegen. Zwar hat sich das Tariflohnwachstum nach Auslaufen der Inflationsausgleichsprämie etwas abgeschwächt und die jüngsten Tarifabschlüsse fielen moderater aus als in den vergangenen Jahren, doch dürften die Effektivverdienste im Prognosezeitraum insgesamt robust steigen.

Trotz eines leichten zusätzlichen Inflationsdrucks (Tabelle 2) durch höhere Energiepreise und umfangreiche staatliche Ausgaben sind damit weiter spürbare reale Einkommenszuwächse zu erwarten. Die Kaufkraft der privaten Haushalte nimmt also weiter zu, was den privaten Konsum stärken dürfte. Die Sparquote wird wohl in etwa auf ihrem langjährigen Durchschnitt verbleiben. Auch im Wohnungsbau deuten steigende Auftrags- und Genehmigungszahlen auf eine allmählich positive Dynamik hin.

Derweil bleibt die deutsche Industrie von strukturellen Umbrüchen geprägt und dürfte sich erst langsam erholen. Zwar profitiert der Rüstungssektor von den enormen Verteidigungsausgaben, er macht jedoch nur einen sehr kleinen Teil – nach letzten Schätzungen etwa vier Prozent – der deutschen Wirtschaftsleistung aus.⁵ Hinzu kommen Unternehmen im sogenannten Dual-Use-Bereich.⁶ Insgesamt wird der fiskalische Impuls auf die Unternehmensinvestitionen wohl moderat ausfallen. Anreizprogramme wie der „Investitionsbooster“ wirken bislang kaum auf die Investitionsvorhaben der Unternehmen, sodass von ihnen ebenfalls nur leicht belebende Effekte auf die Ausrüstungs- und Wirtschaftsbauinvestitionen zu erwarten sind. Darüber hinaus dürfte der Energiepreisanstieg dort bremsend wirken.

Auch der Außenhandel wird angesichts der strukturellen Herausforderungen wohl schwach bleiben. Zwar ist bei den Exporten dank der stabilen Nachfrage europäischer Handelspartner eine leichte Ausweitung zu erwarten. Die Ausfuhren in Drittländer – allen voran in die USA und nach China – dürften sich jedoch kaum erholen. Die Importe werden aufgrund der verstärkten Rüstungskäufe und der Erholung des privaten Verbrauchs wohl weiter robust expandieren. So ergibt sich im Prognoseverlauf rechnerisch ein

Tabelle 2

Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung in Deutschland

	2025	2026	2027
Bruttoinlandsprodukt ¹	0,2	1,0	1,4
Erwerbstätige ² (1 000 Personen)	45 982	45 974	46 152
Arbeitslose (1 000 Personen)	2 948	2 929	2 716
Arbeitslosenquote BA ³ (in Prozent)	6,3	6,2	5,8
Verbraucherpreise ⁴	2,2	2,4	2,3
Lohnstückkosten ⁵	4,5	2,3	2,5
Finanzierungssaldo des Staates ⁶			
in Milliarden Euro	-119,1	-157,9	-170,4
in Prozent des nominalen BIP	-2,7	-3,4	-3,6
Leistungsbilanzsaldo			
in Milliarden Euro	197,4	162,0	145,8
in Prozent des nominalen BIP	4,4	3,5	3,0

1 Preisbereinigt. Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent.

2 Inlandskonzept.

3 Arbeitslose in Prozent der zivilen Erwerbspersonen (Definition gemäß der Bundesagentur für Arbeit).

4 Veränderung gegenüber dem Vorjahr.

5 Im Inland entstandene Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde bezogen auf das reale BIP je Erwerbstätigenstunde.

6 In Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG).

Anmerkung: Prognose ab dem Jahr 2026.

Quellen: Statistisches Bundesamt; DIW-Konjunkturprognose Frühjahr 2026.

© CC BY 4.0

⁵ Vgl. Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2025): Expansive Finanzpolitik kaschiert Wachstumsschwäche. Gemeinschaftsdiagnose 2/2025 (online verfügbar).

⁶ Beim Dual-Use-Bereich handelt es sich um Güter und Technologien, die sowohl zivil als auch militärisch genutzt werden können – etwa bestimmte Maschinen, Elektronikkomponenten, Software oder Materialien.

negativer Beitrag des Außenhandels zum Wirtschaftswachstum (Tabelle 3).

DIW Berlin erwartet Expansion von einem Prozent und mehr

Insgesamt ist für das Jahr 2026 mit einem Anstieg des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts in Deutschland um 1,0 Prozent zu rechnen. Kommendes Jahr dürfte ein kräftigerer Zuwachs von 1,4 Prozent zu Buche stehen. Für das laufende und das kommende Jahr senkt das DIW Berlin seine Wachstumsprognose damit um 0,3 beziehungsweise 0,2 Prozentpunkte. Maßgeblich für diese Prognoserevision sind die dämpfenden Effekte des Energiepreisanstiegs infolge des Iran-Kriegs und ein schleppendes Anlaufen der privaten Ausrüstungsinvestitionstätigkeit, die insbesondere im laufenden Jahr für ein schwächeres Wirtschaftswachstum sorgen dürften als noch im Winter erwartet.

Das potenzielle Wachstum des Bruttoinlandsprodukts wird im Durchschnitt bei voraussichtlich rund 0,2 Prozent liegen (Tabelle 4). Aufgrund der demografischen Alterung wird das Arbeitsvolumen voraussichtlich weiter sinken. Vor dem Hintergrund der nur moderaten wirtschaftlichen Erholung im Jahr 2025 hat sich die Produktionslücke lediglich leicht verringert und lag im Jahresdurchschnitt bei –1,2 Prozent des potenziellen Bruttoinlandsprodukts. Mit der weiteren konjunkturellen Belebung im Prognosezeitraum schließt sich die Lücke bis 2027; im Jahresdurchschnitt dürfte die Wirtschaft dann sogar leicht überausgelastet sein. Angesichts steigender öffentlicher Ausgaben ist auch darüber hinaus mit einer moderaten Überauslastung zu rechnen.⁷

Die Verbraucherpreisinflation wird im laufenden Jahr wohl über dem Zwei-Prozent-Ziel der EZB liegen. Während sich der Preisauftrieb bei Nahrungsmitteln zuletzt abschwächte, dürften steigende Energiepreise insbesondere in der zweiten Jahreshälfte vermehrt an Konsument*innen weitergegeben werden und zusätzlichen Preisdruck erzeugen. Gleichzeitig bleiben die Dienstleistungspreise wohl auf erhöhtem Niveau und tragen zum Gesamtanstieg bei. Ab Mitte des Jahres dürfte die expansive Fiskalpolitik leichte zusätzliche Preisimpulse setzen. Insgesamt wird die Inflationsrate 2026 bei voraussichtlich 2,4 Prozent und 2027 bei 2,3 Prozent liegen. Damit hebt das DIW Berlin seine Prognose aufgrund der höheren Energiepreise um 0,3 beziehungsweise 0,1 Prozentpunkte gegenüber der Winterprognose an.

Die Risiken für diese Prognose bleiben erheblich. So kommt es bei den öffentlichen Ausgaben entscheidend auf die tatsächliche Umsetzungsgeschwindigkeit an – und auch darauf, dass die Mittel wirklich zusätzlich ausgegeben werden.⁸ In

⁷ Gegenüber der Winterprognose haben sich die Annahmen über den Kapitalstock, die Bevölkerung und die Nettozuwanderung geändert. Einerseits sind aktuelle Statistiken über das Bruttoanlagevermögen sowie eine neue Bevölkerungsvorausrechnung erschienen. Andererseits wurde der Wanderungssaldo im Jahr 2025 von 200 000 auf 216 000 Personen erhöht.

⁸ Vgl. dazu in dieser Wochenberichts Ausgabe Geraldine Dany-Knedlik, Martin Gornig, Angelina Hackmann und Teresa Schildmann (2026): Kommunale Investitionen: Potenzial und Grenzen des Sondervermögens Infrastruktur und Klimaneutralität. DIW Wochenbericht Nr. 11, 180–189.

Tabelle 3

Beiträge zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts in Deutschland

In Prozentpunkten (preisbereinigt)

	Veränderungsbeiträge ¹		
	2025	2026	2027
Konsumausgaben	1,1	1,2	1,0
Private Haushalte	0,8	0,6	0,6
Staat	0,3	0,6	0,4
Bruttoanlageinvestitionen	0,0	0,3	0,7
Bauten	–0,1	0,2	0,4
Ausrüstungen	–0,1	0,0	0,2
Sonstige Anlagen	0,1	0,2	0,2
Vorratsveränderungen	0,7	0,0	0,0
Inländische Verwendung	1,8	1,6	1,7
Außenbeitrag	–1,5	–0,6	–0,3
Exporte	–0,2	0,1	0,6
Importe	–1,4	–0,7	–0,9
Bruttoinlandsprodukt²	0,2	1,0	1,4

¹ Verwendungsaggregate abzüglich ihres Importgehalts.

² Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent; Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Anmerkung: Prognose ab dem Jahr 2026.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen der Institute; DIW-Konjunkturprognose Frühjahr 2026.

© CC BY 4.0

Tabelle 4

Wachstum des realen Produktionspotenzials

Jahresdurchschnittliche Veränderung in Prozent¹

	2020–2025	2025–2030
Produktionspotenzial	0,5	0,2
Wachstumsbeiträge		
Arbeitsvolumen	0,1	–0,2
Kapitalvolumen	0,3	0,3
Totale Faktorproduktivität	0,1	0,2

¹ Differenzen bei der Aggregation entstehen durch Rundungseffekte.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Europäische Kommission; DIW-Konjunkturprognose Frühjahr 2026.

© CC BY 4.0

dieser Prognose wird von einem graduellen Mittelabfluss ausgegangen. Sollten Planungs- und Genehmigungsverfahren schneller greifen oder Projekte früher realisiert werden, könnten die fiskalischen Impulse kurzfristig kräftiger ausfallen als unterstellt. Umgekehrt würde ein verzögerter Mittelabfluss die konjunkturelle Wirkung zeitlich nach hinten verschieben und die Expansion zunächst dämpfen.

Besonders unsicher ist aktuell die außenwirtschaftliche Entwicklung. Einerseits herrscht nach dem Urteil des Obersten Gerichtshofs in den USA weiter Unklarheit über die dortige

Kasten 5

Szenarioanalysen zu Energiepreisschocks infolge des Iran-Kriegs

Infolge des Ende Februar begonnenen Kriegs im Iran sind die geopolitischen Risiken auf den globalen Energiemärkten sprunghaft gestiegen. Die Straße von Hormus – über die im Normalbetrieb rund 20 Millionen Barrel Öl pro Tag sowie rund ein Fünftel des weltweit gehandelten Flüssiggases (LNG) transportiert werden – gilt als zentraler Seeweg für Energielieferungen. Bereits die derzeitigen Störungen des Transits führten zu deutlichen Preisreaktionen: Der Ölpreis der Sorte Brent überschritt zeitweise die Marke von 100 US-Dollar pro Barrel, der wichtigste Referenzpreis für Erdgas in Europa (TTF) stieg auf etwa 60 Euro je Megawattstunde – deutlich über dem Niveau der Vorjahre, aber weiterhin klar unter den Extremwerten der Energiepreiskrise infolge des Kriegsausbruchs in der Ukraine im Jahr 2022.

Für Deutschland sind diese Entwicklungen besonders relevant, da die Energieversorgung trotz Diversifizierung weiterhin stark importabhängig ist. Ein erheblicher Teil der global gehandelten Öl- und LNG-Mengen reagiert sensibel auf Produktions- und Lieferstörungen in den Golfstaaten.

Vor diesem Hintergrund wurde ein Szenario analysiert, das die makroökonomischen Auswirkungen abbildet – unter der Annahme, dass die Energiepreise für die Dauer von zwei Quartalen

um circa 50 Prozent erhöht sind. Für die Analyse wurde ein für die deutsche Wirtschaft kalibriertes neukeynesianisches Modell mit sogenannten heterogenen Agenten herangezogen.¹ Im Negativszenario zeigen die Modellergebnisse zunächst deutliche Effekte auf die Inflationsentwicklung. Im laufenden Jahr fällt die Inflation um 1,2 Prozentpunkte höher aus als im Basisszenario (3,6 statt 2,4 Prozent), während sie im darauffolgenden Jahr um 0,5 Prozentpunkte niedriger liegt (1,8 statt 2,3 Prozent). Für die wirtschaftliche Aktivität ergibt sich im aktuellen Jahr ein Abschlag von rund 0,5 Prozentpunkten gegenüber dem Basisszenario. Das Wachstum liegt damit bei 0,5 statt 1,0 Prozent. Dieser Rückgang wird im weiteren Verlauf nicht vollständig aufgeholt; selbst am Ende des Prognosehorizonts liegt das reale BIP noch um etwa 0,18 Prozent unter dem Niveau, das ohne den Energiepreisschock erreicht worden wäre. Eine vollständige Szenarioanalyse wird in Kürze veröffentlicht.²

¹ Christian Bayer et al. (2026): Redistribution within and across borders: The fiscal response to an energy shock. *Journal of Political Economy Macroeconomics*.

² Christian Bayer et al. (2026): Szenarioanalyse zu Energiepreisschocks und makroökonomische Effekte des Iran-Kriegs. DIW Politikberatung kompakt (im Erscheinen).

Zollpolitik. Sollte anstelle des für diese Prognose angenommenen Basiszollsatzes von zehn Prozent ein höherer Zollsatz eingesetzt werden, würde dies den Welthandel erneut eintrüben. Gleichzeitig könnte eine parlamentarische Ablehnung nach 150 Tagen oder eine gerichtliche Aufhebung des aktuellen Zollregimes eine Verbesserung der Handelsbedingungen nach sich ziehen und die globalen Handelsströme stärken.

Darüber hinaus bestehen enorme geopolitische Risiken. Zu den bereits seit längerem anhaltenden Unwägbarkeiten durch die Kriege in der Ukraine und dem Gaza-Streifen kommt nun der Iran-Krieg hinzu. Sollten die Handels- und Produktionseinschränkungen dort länger bestehen und für stärkere Preisanstiege sorgen, würde dies die Wirtschaftsleistung hierzulande und weltweit stärker dämpfen als in dieser Prognose errechnet (Kasten 5). In einem solchen Szenario würden die Zentralbanken aufgrund des zusätzlichen Preisdrucks voraussichtlich vorsichtiger agieren: Zinssenkungen könnten verschoben oder in kleinerem Umfang umgesetzt oder Zinsen gar angehoben werden, um ein Wiederaufflammen der Inflation zu verhindern. Dies würde restriktivere Finanzierungsbedingungen nach sich ziehen und die konjunkturelle Erholung bremsen.

Gleichzeitig könnte eine rasche Einigung zwischen den Konfliktparteien zu schnelleren Rückgängen der Energiepreise führen – in diesem Fall wäre von einem kräftigeren Wirtschaftswachstum auszugehen. Mit sinkendem Preisdruck erhielte die Geldpolitik größeren Handlungsspielraum für frühere oder kräftigere Zinssenkungen, was über niedrigere Finanzierungskosten Investitionen stimulieren und die wirtschaftliche Erholung zusätzlich unterstützen würde.

Ein weiteres Abwärtsrisiko ergibt sich aus dem Investitionsboom in KI-Technologien in Deutschland. Die gestiegene Volatilität an den US-Aktienmärkten und sektorale Umschichtungen hin zu weniger KI-exponierten Branchen deuten auf eine wachsende Anfälligkeit für Bewertungsrisiken hin. Eine Neubewertung der hohen Gewinnerwartungen könnte die Investitionstätigkeit hierzulande spürbar dämpfen. Zugleich bestehen Aufwärtsrisiken: Breitet sich der Einsatz leistungsfähiger KI schneller aus und führt früher zu Produktivitätsgewinnen, könnte dies Investitionen anregen. Auch klarere regulatorische Rahmenbedingungen könnten die Investitionsdynamik stärken und das Wachstumspotenzial erhöhen.

Zwischen US-Zöllen und Iran-Krieg: Weltwirtschaft bleibt widerstandsfähig

Zum Jahreswechsel erwies sich die Weltwirtschaft trotz der protektionistischen US-Handelspolitik weiterhin als widerstandsfähig. Eine vielerorts robuste Binnenkonjunktur, fiskalische Impulse und anhaltend hohe Investitionen in Künstliche Intelligenz (KI) stützen die Konjunktur in vielen Ländern. Der jüngst begonnene Iran-Krieg belastet jedoch das weltwirtschaftliche Umfeld und hat bereits zu massiven Störungen bei Öl- und Gaslieferungen geführt, da Iran den strategisch zentralen Seeweg durch die Straße von Hormus teilweise lahmgelegt hat. Rund ein Fünftel des globalen Öl- und Flüssigerdgashandels sind betroffen, wodurch die Preise deutlich anzogen (Abbildung 4).

Im vierten Quartal hat die Weltwirtschaft zwar etwas an Dynamik eingebüßt, wuchs aber weiterhin solide: Nach 1,0 Prozent im Vorquartal legte das globale Bruttoinlandsprodukt (BIP) noch um 0,7 Prozent zu (Abbildung 5). Gedämpft wurde das Expansionstempo vor allem durch eine schwächere Entwicklung in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften – mit Ausnahme des Euroraums. In den USA verlangsamte sich das Wachstum im vierten Quartal auf 0,4 Prozent, nachdem die Wirtschaftsleistung im dritten Quartal noch um kräftige 1,1 Prozent zugenommen hatte. Neben einer leichten Abschwächung des zuvor sehr kräftigen Konsums wirkte zum Jahresende auch der Regierungsstillstand (Shutdown) durch den Streit über das Haushaltsgesetz dämpfend. Die daraus resultierenden Belastungen dürften jedoch nur vorübergehend gewesen sein und die gesamtwirtschaftliche Entwicklung kaum nachhaltig beeinträchtigen.

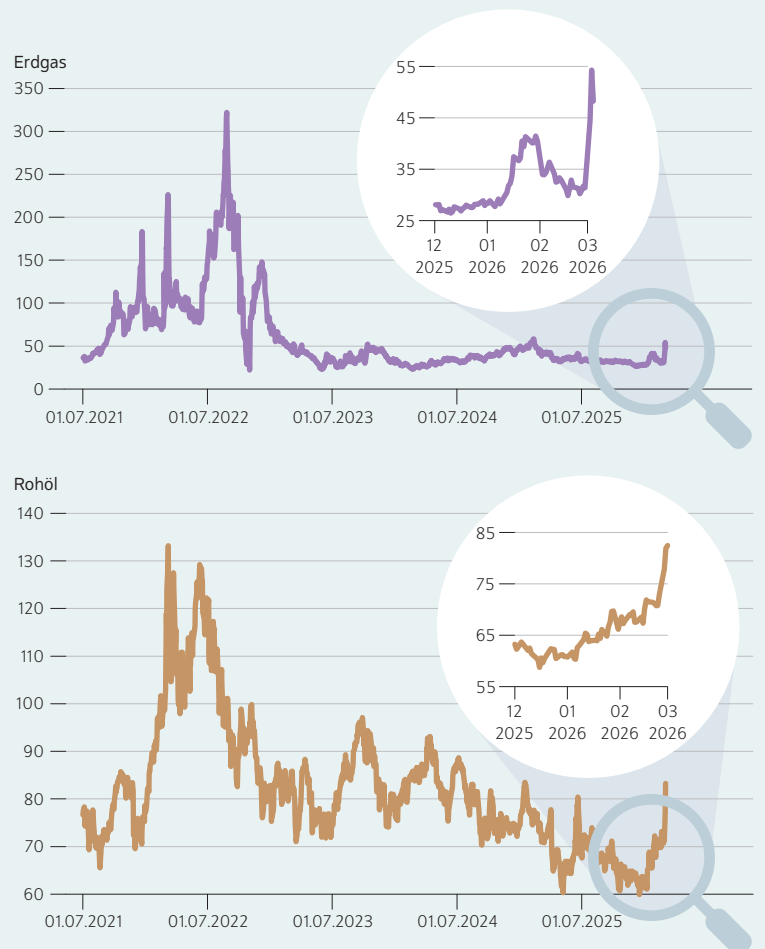
In Japan drehte das Wachstum nach einem Rückgang der Wirtschaftsleistung um 0,7 Prozent im Vorquartal wieder leicht ins Plus (0,1 Prozent). Die Konjunktur im Vereinigten Königreich blieb ähnlich verhalten.

Demgegenüber behauptete sich der Euroraum mit einem Quartalsplus von 0,3 Prozent wie schon im dritten Quartal recht robust. Getragen wurde das Wachstum vor allem von der Binnennachfrage: Steigende Löhne stützten den privaten Konsum; die privaten Investitionen legten in den meisten großen Mitgliedsländern nochmals zu. Spanien expandierte mit einem Quartalsplus von 0,8 Prozent spürbar, Frankreich verlor mit 0,2 Prozent etwas Schwung, und Italien wuchs um 0,3 Prozent.

In den Schwellenländern ließ die Dynamik zuletzt leicht nach. Dazu trug vor allem Indien bei: Das Wachstum schwächte sich ab, blieb mit einem Quartalswachstum von 1,4 Prozent aber kräftig und wurde vor allem von einer soliden Binnennachfrage getragen. Auch in den EU-Staaten Mittel- und Südosteuropas verlangsamte sich das Tempo insgesamt etwas. Rumänien verharrte nach zwei negativen Quartalen in Folge in einer technischen Rezession, Polen hingegen wuchs robust.

Abbildung 4

Preise für Erdgas und Rohöl In US-Dollar



Anmerkungen: Letzte Beobachtungen: 4. März 2026 (TTF-Erdgaspreis), 3. März 2026 (Brent-Rohölpreis).

Quellen: Intercontinental Exchange (ICE); Energy Information Administration (EIA).

© CC BY 4.0

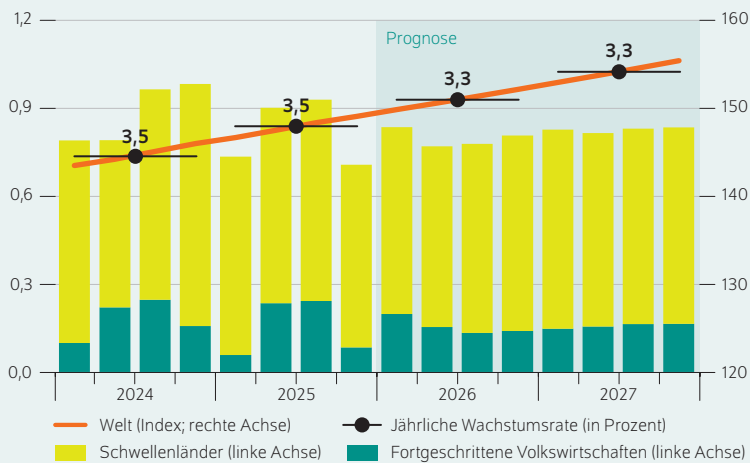
Mit Beginn des Iran-Kriegs sind die Öl- und Gaspreise sprunghaft gestiegen, lagen aber zunächst noch weit von ihren Ständen während der Energiepreiskrise entfernt.

In China entschleunigte sich das Wachstum im Jahresvergleich. Gegenüber dem Vorquartal beschleunigte sich die Dynamik hingegen leicht auf 1,2 Prozent, nach 1,1 Prozent im dritten Quartal. Trotz geringerer Ausfuhren in die USA stützten die Exporte die Konjunktur, da China seine Absatzmärkte diversifizieren konnte; insbesondere die Exporte in die ASEAN- und EU-Länder legten zu. Die Binnenwirtschaft expandierte hingegen verhalten. In Brasilien zog das Wachstum nach einem schwachen dritten Quartal wieder etwas an.

Abbildung 5

Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts

In Prozent zum Vorquartal (linke Achse);
Index 1. Quartal 2015 = 100 (rechte Achse)



Quellen: Nationale statistische Ämter; DIW-Konjunkturprognose Frühjahr 2026.

© CC BY 4.0

Trotz vieler Unsicherheiten entwickelt sich die Weltwirtschaft solide.

In Mexiko folgte auf den Rückgang im dritten Quartal eine Expansion von 0,8 Prozent.

Trotz der protektionistischen US-Zollpolitik expandierte der Welthandel im vierten Quartal mit einem Quartalsplus von 0,6 Prozent kräftig. Insbesondere die entwickelten Volkswirtschaften Asiens (ohne Japan) wie Korea und Taiwan profitierten von einem regen innerasiatischen Handel und einer anhaltend hohen Nachfrage nach technologieintensiven Gütern, vor allem nach Halbleitern. Diese Faktoren dürften die zollbedingten Belastungen zumindest teilweise ausgeglichen haben.

Wirtschaftliche Auswirkungen des Iran-Kriegs bleiben im ersten Quartal begrenzt

Für das erste Quartal 2026 deutet sich zwar eine weiterhin moderate Expansion der Weltwirtschaft an. Allerdings dürften sich hier die Effekte der Turbulenzen um die US-Handelspolitik und des Beginns des Iran-Kriegs Ende Februar noch nicht niedergeschlagen haben.

Ohne diese Belastungen deuten die Frühindikatoren auf eine robuste globale Wirtschaftsentwicklung hin. Die globalen Einkaufsmanagerindizes liegen sowohl im Dienstleistungssektor (53,4 Punkte) als auch im Verarbeitenden Gewerbe (51,9 Punkte) oberhalb der Expansionsschwelle von 50 Punkten. In mehreren fortgeschrittenen Volkswirtschaften, darunter im Vereinigten Königreich und in Japan, hat sich die Stimmung insbesondere im Verarbeitenden Gewerbe zuletzt deutlich aufgehellt. Ausschlaggebend dürften steigende Aufträge im Investitionsgüterbereich sein, die sich unter anderem aus höheren Verteidigungs- und industriepolitischen Ausgaben speisen.

Im Euroraum wird ein Quartalswachstum von 0,3 Prozent erwartet. Gestützt wird es insbesondere durch steigende Reallöhne. Dämpfend dürften hingegen die Exporte wirken, da US-Zölle und der starke Euro die preisliche Wettbewerbsfähigkeit europäischer Güter schmälern. Seit dem Amtsantritt Trumps hat der Dollar gegenüber dem Euro um rund zwölf Prozent nachgegeben. Das verbilligt zwar die Importe spürbar, verteuert jedoch die europäischen Exporte. In den USA dürfte die Konjunktur im ersten Quartal 2026 mit einem erwarteten Plus von 0,7 Prozent wieder Fahrt aufnehmen. Neben Nachholeffekten nach dem vorangegangenen Shutdown dürften hohe Steuerrückzahlungen die verfügbaren Einkommen erhöhen und den privaten Konsum beleben.

Mit dem Beginn des Iran-Kriegs Ende Februar haben sich die Vorzeichen geändert. Die Energiepreise stiegen sprunghaft und auch die Finanzmärkte reagierten auf die Entwicklungen im Iran. Weltweit gaben die Aktienkurse nach (Abbildung 6). Parallel kam es zu deutlichen Bewegungen an den Staatsanleihemärkten. Die Sorge ist hoch, dass stark steigende Energiepreise die Inflation erneut antreiben könnten.

Wie sich die geopolitische Lage in der Region weiter entwickelt und welche zusätzlichen Preissteigerungen oder Lieferengpässe daraus entstehen könnten, bleibt mit erheblicher Unsicherheit behaftet. Die vorliegende Prognose stützt sich auf die erwartete künftige Preisentwicklung für Erdöl und Erdgas, wie sie aus den aktuellen Termingeschäften abgeleitet wird (Kasten 2, Stand 4. März 2026). Diese signalisieren für die kommenden Quartale zunächst weitere moderate Preisanstiege, gefolgt von graduellen Rückgängen. Für den Prognosezeitraum wird daher ein Ölpreis von rund 74 US-Dollar je Barrel im Jahr 2026 und von 68 US-Dollar je Barrel im Jahr 2027 angenommen. Vor Beginn des Iran-Kriegs stand der Preis bei 71 US-Dollar. Für den Gaspreis wird ein Preis von 46 Euro je Megawattstunde im Jahr 2026 unterstellt und von 32 Euro je Megawattstunde im Jahr 2027 (Januar 2026: 32 US-Dollar). Dass die Preisanstiege trotz der angespannten geopolitischen Lage als moderat eingeschätzt werden, deutet darauf hin, dass die Märkte eine weitere Eskalation oder länger anhaltende Versorgungsengpässe derzeit als eher unwahrscheinlich ansehen. Zudem erklären unter anderem bestehende Überkapazitäten am Ölmarkt und zuletzt ausgeweitete Angebotsmengen die vergleichsweise gedämpften Preiserwartungen.

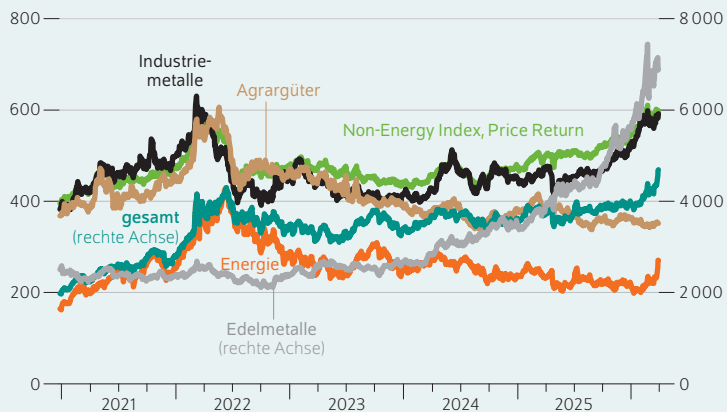
Ein weiterer Unsicherheitsfaktor ist die künftige US-Handelspolitik. Im Februar erklärte ein Urteil des Obersten Gerichtshofs die länderspezifischen Zölle nach der Notstandsverordnung IEEPA (International Emergency Economic Powers Act) für unzulässig. Dies erhöhte zwar kurzfristig die handelspolitische Unsicherheit. Allerdings hat dieses Urteil gleichzeitig die bisherige Zollpraxis in den USA deutlich eingeschränkt. Somit dürfte die US-Handelspolitik weiterhin häufig auf Zölle setzen, künftig allerdings stärker eingebettet in formale Untersuchungs- und Prüfverfahren. Für die Handelspartner bedeutet dies voraussichtlich zwar keine Rückkehr zum Freihandel, wohl aber eine bessere Planbarkeit.

Abbildung 6

Indikatoren zum weltwirtschaftlichen Umfeld

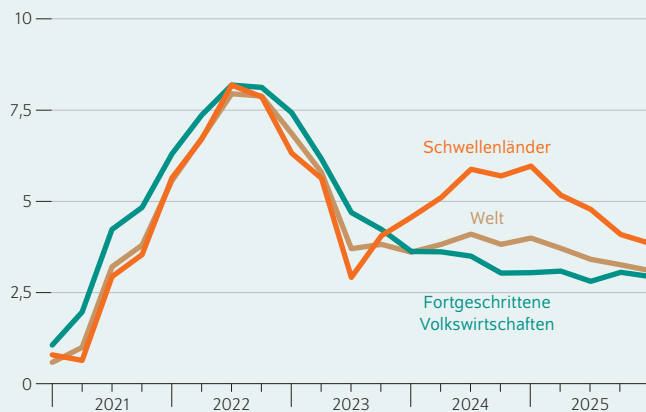
1. Rohstoffe

S&P Goldman Sachs Commodity Index, total return, US-Dollar

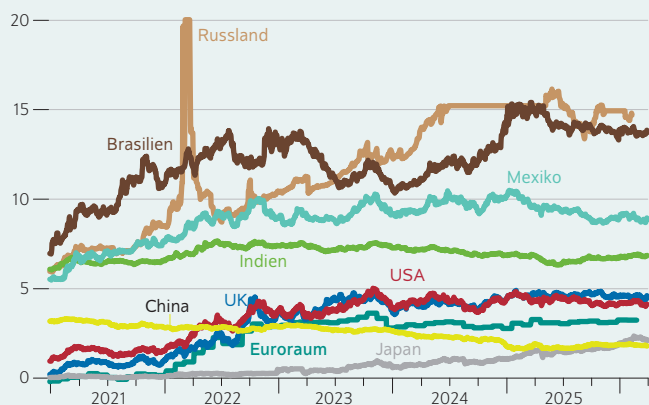


2. Verbraucherpreisinflation global und nach Ländergruppen

In Prozent (Vorjahresvergleich)

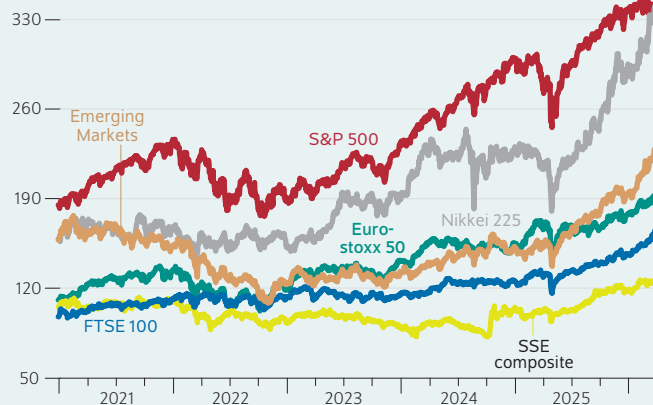


3. Rendite von zehnjährigen Staatsanleihen in den größten Volkswirtschaften (in Prozent)



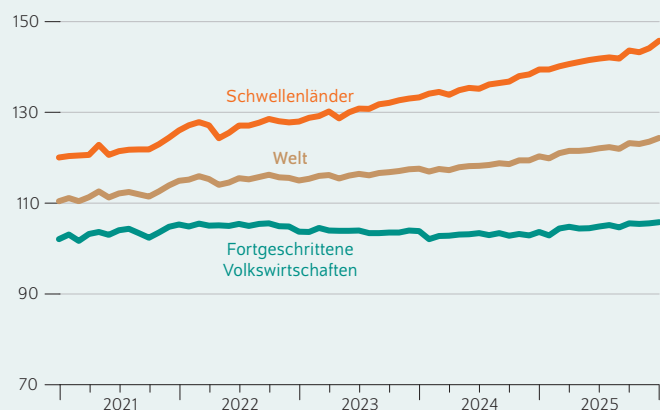
4. Aktienkurse in großen Volkswirtschaften

Index (2015 = 100)



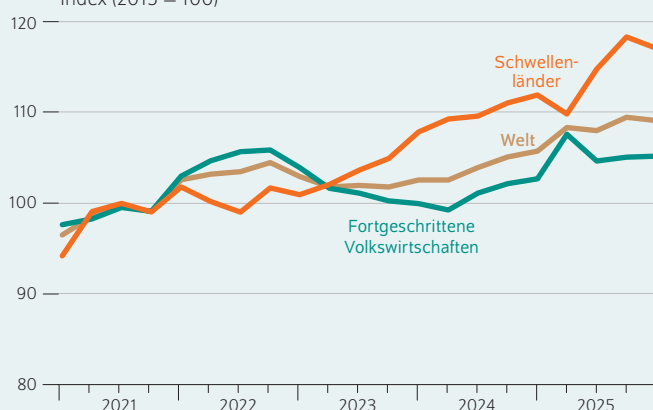
5. Industrieproduktion global und nach Ländergruppen

Index (2015 = 100)



6. Güterimportvolumen

Index (2015 = 100)



Anmerkungen: Letzte Beobachtungen: 4. März 2026 (Abbildungsteil 1); 31. Dezember 2025 (Abbildungsteil 2); 4. März 2026 (Euroraum: 31. Januar 2026) (Abbildungsteil 3); 4. März 2026 (Abbildungsteil 4); 1. Dezember 2025 (Abbildungsteil 5); 31. Dezember 2025 (Abbildungsteil 6).

Quellen: S&P Dow Jones Indices; Deutsche Börse; CBOE; EZB; PboC; Federal Reserve; BoE; BOJ; Central Bank of Brazil; Bureau of Labor Statistics; IHS Markit; CPB Word Trade Monitor.

Die vorliegende Prognose geht davon aus, dass der allgemeine Basiszollsatz von zehn Prozent über den Prognosehorizont hinweg bestehen bleibt und bilaterale Handelsabkommen – darunter auch mit der Europäischen Union – fortgeführt werden. Zugleich wird unterstellt, dass sektorale Zölle, etwa auf Autos, Stahl und Aluminium, unverändert in Kraft bleiben (Kasten 1).

Finanzpolitik dürfte Konjunktur vielerorts stützen – Geldpolitik neutral ausgerichtet

Über den Prognosehorizont wird eine insgesamt leicht expansive Finanzpolitik die Konjunktur vielerorts stützen. In den USA dürfte das Haushaltsdefizit hoch bleiben, unter anderem wegen Steuerentlastungen aus dem „One Big Beautiful Bill Act“. Eine mögliche Rückzahlung der als rechtswidrig eingestuften IEEPA-Zölle an Unternehmen würde das Defizit zusätzlich erhöhen. Auch in Japan dürfte mit der Abkehr der neuen Regierung von der bisherigen Sparpolitik das Staatsdefizit weiter steigen. Insbesondere dürften hier öffentliche Investitionen und temporäre steuerliche Entlastungen die Nachfrage stützen. Im Euroraum ist die Finanzpolitik insgesamt wohl neutral ausgerichtet. Während in Italien ein neues Energiepaket Unternehmen und private Haushalte entlastet, signalisiert in Frankreich der neue Haushalt einen eher restriktiven Kurs. Dem entgegen wirken in Frankreich ebenso wie in den Niederlanden die langfristige Ausweitung der Militärausgaben. Im Vereinigten Königreich verschafft ein zuletzt höherer Haushaltsüberschuss aufgrund einmaliger Steuereinnahmen zwar kurzfristig neuen finanzpolitischen Spielraum. Angesichts eines weiterhin schwächelnden Wirtschaftswachstums dürfte dieser Spielraum jedoch begrenzt und nur von kurzer Dauer sein.

Die Geldpolitik wird im Prognosezeitraum kaum Impulse setzen. Der Einlagesatz im Euroraum liegt weiterhin bei zwei Prozent und bleibt damit im neutralen Bereich. Weitere Zinsschritte sind vorerst nicht zu erwarten. Auch in den USA dürfte die Notenbank Federal Reserve angesichts fortbestehender Inflationsrisiken zunächst abwarten. Mit einem Zinskorridor von 3,50 bis 3,75 Prozent wird wohl damit die Geldpolitik weitgehend im neutralen Bereich liegen. Im Vereinigten Königreich dürfte die Zentralbank ihren Zinssenkungszyklus fortsetzen, aber dennoch leicht restriktiv bleiben.

Im Zuge des Iran-Kriegs sind die Öl- und Gaspreise deutlich gestiegen. Während sich die Verbraucherpreise im laufenden Quartal noch in der Nähe der Zwei-Prozent-Marke bewegen, dürften die höheren Energiepreise ab dem zweiten Quartal stärker auf die Gesamtinflation durchschlagen. Für das laufende Jahr rechnet das DIW Berlin daher mit einem Jahresdurchschnitt von 2,5 Prozent und hebt seine Inflationsprognose für den Euroraum um 0,5 Prozentpunkte an. Im kommenden Jahr dürften die Effekte der Energiepreisteigerungen allmählich auslaufen, sodass sich die Inflationsraten wieder abschwächen und im Jahresmittel bei etwa 2,1 Prozent liegen.

Globale Wirtschaft dürfte sich 2026 und 2027 solide entwickeln

Die weltweite Konjunktur dürfte im Prognosezeitraum bis Ende 2027 weiterhin moderat expandieren. Während eine vielerorts leicht expansive Finanzpolitik die Nachfrage stützt, belasten die protektionistische US-Handelspolitik und der Iran-Krieg die konjunkturelle Dynamik, vor allem ab dem zweiten Quartal. Die Auswirkungen dürften dabei unterschiedlich ausfallen, je nachdem wie stark die Regionen von Energieimporten abhängen.

Da die Bedeutung der Region für den globalen Handel erheblich ist, ist auch der Welthandel vom Iran-Krieg betroffen: Über die Seewege der Region werden schätzungsweise rund zehn bis 15 Prozent des weltweiten Warenhandels abgewickelt.⁹ Die angespannte Sicherheitslage hat bereits zu Umleitungen im internationalen Seeverkehr geführt. Viele Reedereien meiden derzeit die gesamte Region, einschließlich des Roten Meeres, und sehen sich zugleich mit deutlich erhöhten Versicherungsprämien konfrontiert. Dadurch verlängern sich Transportzeiten und die Frachtkosten steigen, was die globalen Lieferketten belastet und die Dynamik des Welthandels abschwächen dürfte. Neben den geopolitischen Spannungen trägt dazu bei, dass die kräftige Expansion im vergangenen Jahr mit einem Wachstum von 4,2 Prozent teilweise auf Vorzieheffekte infolge der US-Zölle zurückging. Insgesamt dürfte der Welthandel in diesem Jahr um 1,6 Prozent und im Jahr 2027 um 1,7 Prozent zulegen, was ungefähr dem langfristigen Durchschnitt entspricht.

In den USA bleibt das Wachstum im laufenden Jahr wohl maßgeblich von Investitionen im KI-Bereich gestützt. Die stark gestiegenen Energiepreise infolge des Iran-Kriegs dürften die US-Wirtschaft nur wenig belasten, da das Land über eine hohe eigene Energieproduktion verfügt und damit weniger stark von Energieimporten abhängig ist. Zugleich profitieren Teile des Energiesektors von höheren Gaspreisen, da die USA zu den weltweit größten Exporteuren von Flüssigerdgas zählen. Die Fußball-Weltmeisterschaft der Männer wird im Sommer zwar voraussichtlich für zusätzliche Tourismuseinnahmen sorgen und den privaten Konsum vorübergehend beleben, dürfte das gesamtwirtschaftliche Wachstum aber nicht nennenswert beeinflussen. Im weiteren Jahresverlauf wird sich das Wachstum wohl etwas abschwächen, unter anderem da die konjunkturellen Impulse aus den zu Jahresbeginn erfolgten Steuerrückzahlungen auslaufen. Insgesamt dürfte die US-Wirtschaft in diesem Jahr um 2,5 Prozent zulegen und sich das Wachstum im Jahr 2027 mit 2,0 Prozent etwas verlangsamen.

Im Euroraum wird in diesem Jahr ein Wachstum von 1,1 Prozent erwartet, das vor allem vom privaten Konsum und Investitionen getragen wird – unter anderem in Infrastruktur und Verteidigung. Belastend wirken hingegen die US-Zölle,

⁹ United Nations Conference on Trade and Development (UNCTAD) (2024): Navigating troubled waters: Impact to global trade of disruption of shipping routes in the Red Sea, Black Sea and Panama Canal. Genf (online verfügbar).

Tabelle 5

Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in der Weltwirtschaft

In Prozent

	Bruttoinlandsprodukt				Verbraucherpreise				Arbeitslosenquote in Prozent			
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent											
	2024	2025	2026	2027	2024	2025	2026	2027	2024	2025	2026	2027
Europa												
Europäische Union	1,0	1,6	1,4	1,8	2,6	2,5	2,8	2,4	6,0	6,0	5,8	5,6
Euroraum	0,9	1,5	1,1	1,4	2,4	2,1	2,5	2,1	6,4	6,4	6,1	6,0
... ohne Deutschland	1,1	2,2	1,2	1,3	2,3	2,0	2,1	2,0	7,5	7,3	7,0	7,0
Frankreich	1,1	0,9	1,0	0,9	2,3	0,9	1,5	1,5	7,4	7,6	7,5	7,4
Italien	0,5	0,7	0,9	0,7	1,1	1,6	1,6	2,1	6,6	6,0	5,8	6,0
Spanien	3,5	2,8	2,4	1,6	2,9	2,7	2,6	2,1	11,4	10,5	9,7	9,5
Niederlande	1,1	1,9	1,4	1,2	3,2	3,0	3,3	2,6	3,7	3,9	3,8	3,6
Vereinigtes Königreich	1,1	1,3	0,9	1,5	2,5	3,4	2,4	2,0	4,3	4,7	5,0	4,7
Schweiz	1,4	1,3	1,0	1,5	1,1	0,2	0,5	1,0	4,0	4,3	4,7	4,5
Mittel- und Südosteuropa	2,0	2,4	2,3	2,9	4,0	4,1	3,7	3,3	3,7	3,9	3,9	3,7
Türkei	3,5	4,1	3,5	3,8	58,5	35,7	29,0	24,9	8,7	8,4	8,5	8,4
Russland ¹	4,3	0,8	0,9	1,1	8,5	8,7	5,9	5,3	2,5	2,2	2,3	2,5
Amerika												
USA	2,8	2,2	2,5	2,0	3,0	2,7	2,5	2,1	4,0	4,3	4,5	4,7
Mexiko	1,1	0,6	1,5	1,9	4,7	3,8	3,8	3,7	2,7	2,6	2,8	2,8
Brasilien	3,0	2,7	1,7	2,2	4,4	5,0	3,9	3,6	6,9	6,0	6,0	6,1
Asien												
Japan	-0,2	1,1	0,5	0,6	2,7	3,2	2,6	2,2	2,5	2,5	2,4	2,3
Südkorea	2,0	0,9	1,7	1,6	2,3	2,1	2,4	2,3	2,8	2,8	2,9	2,6
China	5,0	5,0	4,4	4,4	0,0	-0,3	0,7	0,7	5,1	5,2	5,0	4,9
Indien	6,8	7,5	6,6	6,6	5,0	2,2	3,7	3,7	8,0	7,2	7,0	7,0
Total												
Fortgeschrittene Volkswirtschaften	1,8	1,8	1,8	1,7	3,3	3,0	2,7	2,3	4,5	4,6	4,6	4,6
Schwellenländer	5,1	5,1	4,6	4,8	5,6	4,4	4,7	4,6	6,0	5,7	5,6	5,5
Welt	3,5	3,5	3,3	3,3	3,9	3,4	3,3	3,1	5,7	5,4	5,4	5,3
Nachrichtlich:												
Exportgewicht ²	2,3	2,2	2,2	2,1								
BIP in USD gewichtet ³	3,0	2,9	2,8	2,8								

1 Die für Russland prognostizierten Daten sind mit großen Unsicherheiten behaftet. Russland hat nur geringes Gewicht in der Gesamtprognose.

2 Gewichtung der Welt mit den Anteilen an der deutschen Ausfuhr im Jahr 2024.

3 Gewichtung der Welt mit dem Bruttoinlandsprodukt in US-Dollar von 2024 bis 2027.

Anmerkungen: Die schwarzen Zahlen sind abgerechnete Zahlen. Die Werte der Ländergruppen sind ein gewichteter Durchschnitt, wobei für die Gewichtung des Bruttoinlandsprodukts und der Verbraucherpreise das jeweilige Bruttoinlandsprodukt in Kaufkraftparitäten aus dem IMF World Economic Outlook für die Jahre 2024 bis 2027 verwendet wird. Für die Gewichtung der Arbeitslosenzahlen in den Ländergruppen wird die Erwerbsbevölkerung (15 bis 64 Jahre) des jeweiligen Landes für das Jahr 2023 verwendet. Zu den mittel- und südosteuropäischen Staaten zählen Polen, Rumänien, Tschechien und Ungarn.

Quellen: Nationale statistische Ämter; DIW-Konjunkturprognose Frühjahr 2026.

© CC BY 4.0

die die Exporte bremsen. Zudem dürften die gestiegenen Energiekosten die Kaufkraft und den privaten Konsum etwas dämpfen. Im Jahr 2027 ist mit einem etwas höheren, wenn auch weiterhin moderaten Expansionstempo von rund 1,4 Prozent zu rechnen. Dazu dürfte auch eine leichte Erholung der Güterexporte beitragen.

In China wird sich die Binnenkonjunktur angesichts der anhaltenden Schwäche im Immobiliensektor wohl weiterhin verhalten entwickeln. Auch die gestiegenen Energiepreise dürften die chinesische Wirtschaft vergleichsweise stark treffen, weil das Land in hohem Maße von Energieimporten abhängig ist. Da ein großer Teil dieser Importe aus dem Nahen Osten stammt, belastet akut insbesondere die Sperrung der Straße von Hormus die Energielieferungen.

Unabhängig davon dürfte auch die Exportdynamik nachlassen, da positive Basiseffekte auslaufen. Zudem könnten die zuletzt kräftigeren Ausfuhren in die EU- und in die ASEAN-Länder vermehrt handelspolitische Gegenmaßnahmen auslösen. Damit dürften die Exporte künftig weniger zum Wachstum beitragen als bislang. Insgesamt wird erwartet, dass die chinesische Wirtschaft in diesem und nächsten Jahr mit jeweils 4,4 Prozent zulegt. Das Wachstum bliebe damit knapp unter dem von der chinesischen Regierung angepeilten Ziel von 4,5 bis 5,0 Prozent.

Insgesamt wird für dieses Jahr ein Wirtschaftswachstum von 1,8 Prozent in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften und von 4,6 Prozent in den Schwellenländern erwartet. Die globale Wirtschaft dürfte in diesem und auch nächsten Jahr

um jeweils 3,3 Prozent zulegen (Tabelle 5). Die Prognose fällt damit trotz der Belastungen durch den Iran-Krieg für das laufende Jahr um 0,3 Prozentpunkte höher als die Winterprognose aus. Ausschlaggebend sind die überraschend hohen Wachstumsraten für die USA im dritten Quartal 2025 und eine robustere Entwicklung in China im vierten Quartal, wodurch das Ausgangsniveau höher ist. Hinzu kommen temporäre Sondereffekte im ersten Quartal 2026 in den USA, da zuvor durch den Shutdown zurückgestellte Staatsausgaben nachgeholt werden und sich im BIP niederschlagen. Die zugrunde liegende Wachstumsdynamik im Jahresverlauf besteht jedoch weitgehend unverändert fort. Für 2027 bleibt die Prognose nahezu unverändert zur Winterprognose.

Mögliche Eskalation des Iran-Kriegs ist größtes Risiko

Der Ausblick für die Weltwirtschaft bleibt mit erheblichen Risiken behaftet. Ein wesentliches Abwärtsrisiko für die Weltwirtschaft besteht in einer möglichen Eskalation des Iran-Kriegs. Sollte sich der Konflikt ausweiten und andauern, könnte dies den Welthandel erheblich beeinträchtigen, etwa durch längerfristige Unterbrechungen der Energieexporte und Einschränkungen des Schiffsverkehrs im Nahen Osten. Die Folge wären stark steigende Energiepreise, Lieferengpässe und eine höhere Teuerung von Gütern des privaten Verbrauchs und der Produktion, was die globale Konjunktur deutlich belasten würde.

Ein weiteres Abwärtsrisiko liegt im derzeitigen Investitionsboom in KI-Technologien. Die zuletzt gestiegene Volatilität an den US-Aktienmärkten und sektorale Umschichtungen von technologie- in kapitalintensive, weniger KI-exponierte

Branchen deuten auf eine zunehmende Sensitivität gegenüber Bewertungsrisiken hin. Eine Neubewertung könnte die Investitionsdynamik spürbar dämpfen.

In den USA ist derzeit schwer abzusehen, welche weiteren wirtschafts-, handels- oder geopolitischen Schritte die Regierung ergreifen wird. Entsprechend hoch ist die Unsicherheit über den weiteren Kurs der Politik. Ein konkretes Risiko für die USA ergibt sich aus der möglichen Rückerstattung der auf Grundlage des IEEPA erhobenen Zölle infolge des Urteils des Obersten Gerichtshofs. Diese Rückzahlungen stellen sowohl ein Aufwärts- als auch ein Abwärtsrisiko dar. Die bisherigen Zolleinnahmen der US-Regierung belaufen sich schätzungsweise auf bis zu 175 Milliarden US-Dollar. Eine Rückzahlung – zuzüglich Zinsen – an Unternehmen könnte einen kräftigen Liquiditätsimpuls auslösen, die Unternehmensgewinne kurzfristig deutlich erhöhen und Investitionen sowie Beschäftigung stützen. Damit würde sich ein konjunktureller Impuls ergeben.

Gleichzeitig würde eine umfassende Rückerstattung die ohnehin angespannte Haushaltslage der USA langfristig verschärfen. Die zusätzlichen fiskalischen Belastungen könnten Zweifel an der Tragfähigkeit der Staatsfinanzen verstärken und die Risikoprämien an den Kapitalmärkten erhöhen. Hinzu kommt, dass die rechtlichen Auseinandersetzungen über Umfang und Modalitäten der Rückzahlungen sowie über die künftige Anwendung alternativer Zollinstrumente – etwa sektorale Zölle – die handelspolitische Unsicherheit hoch halten. Damit stünde einem möglichen kurzfristigen Nachfrageimpuls ein erhebliches strukturelles Risiko gegenüber.

Geraldine Dany-Knedlik ist Leiterin des Bereichs Prognose und Konjunkturpolitik in der Abteilung Makroökonomie im DIW Berlin | gdanyknedlik@diw.de

Guido Baldi ist Gastwissenschaftler in der Abteilung Makroökonomie im DIW Berlin | gbaldi@diw.de

Nina Maria Brehl ist Expertin für den Euroraum und Verbraucherpreise in Deutschland und Doktorandin in der Abteilung Makroökonomie im DIW Berlin | nbrehl@diw.de

Angelina Hackmann ist Expertin für den deutschen Arbeitsmarkt und Wissenschaftlerin in der Abteilung Makroökonomie im DIW Berlin | ahackmann@diw.de

Konstantin A. Kholodilin ist Experte für die Potenzialschätzung und Wissenschaftler in der Abteilung Makroökonomie im DIW Berlin | kkholodilin@diw.de

Laura Pagenhardt ist Expertin für Investitionen und Wissenschaftlerin in der Abteilung Makroökonomie im DIW Berlin | lpagenhardt@diw.de

Jan-Christopher Scherer ist Koordinator der Prognose für die deutsche Wirtschaft und Wissenschaftler in der Abteilung Makroökonomie im DIW Berlin | jscherer@diw.de

Teresa Schildmann ist Expertin für die deutsche Finanzpolitik und Wissenschaftlerin in der Abteilung Makroökonomie im DIW Berlin | tschildmann@diw.de

Hannah Magdalena Seidl ist Koordinatorin der Prognose für die Weltwirtschaft und Wissenschaftlerin in der Abteilung Makroökonomie im DIW Berlin | hseidl@diw.de

Ruben Staffa ist Experte für die USA und den deutschen Außenhandel und Wissenschaftler in der Abteilung Makroökonomie im DIW Berlin | rstaffa@diw.de

Kristin Trautmann ist Expertin für das Vereinigte Königreich und die europäische Geldpolitik und Wissenschaftlerin in der Abteilung Makroökonomie im DIW Berlin | ktrautmann@diw.de

Jana Wittich ist Expertin für den deutschen Außenhandel und Doktorandin in der Abteilung Makroökonomie im DIW Berlin | jwittich@diw.de

JEL: E32, E66, F01

Keywords: Business cycle forecast, economic outlook

© 2026 Der Artikel ist gemäß der Creative-Commons-Lizenz CC BY 4.0 nutzbar: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

This report is also available in an English version as DIW Weekly Report 11/2026:

www.diw.de/diw_weekly



INTERVIEW



Geraldine Dany-Knedlik, Leiterin des Bereichs
Prognose und Konjunkturpolitik im DIW Berlin

„Aufschwung der deutschen Wirtschaft lässt sich von Iran-Krieg nicht aufhalten“

1. **Frau Dany-Knedlik, macht der Ende Februar ausgebrochene Iran-Krieg jede Hoffnung auf eine Erholung der deutschen Wirtschaft zunichte?** Es gibt zurzeit große Unsicherheiten darüber, welchen Effekt der Iran-Krieg mit sich bringt, gerade für die deutsche Wirtschaft. Wir erwarten, dass der Öl- und Gaspreis in den kommenden Monaten auf einem höheren Niveau liegt, aber danach graduell wieder sinkt. Insgesamt dürfte die Inflation damit um ungefähr 0,4 Prozentpunkte höher liegen, als es ohne den Krieg der Fall gewesen wäre. Für das deutsche Bruttoinlandsprodukt bedeutet das eine Dämpfung des Wachstums um ungefähr 0,1 bis 0,2 Prozentpunkte. Insgesamt wird sich der Aufschwung vom Iran-Krieg aber nicht aufhalten lassen. Die Effekte des Iran-Kriegs eingeschlossen liegen wir für das Jahr 2026 bei rund einem Prozent Wirtschaftswachstum. Für das kommende Jahr prognostizieren wir ein Wachstum von 1,4 Prozent – also jeweils etwas weniger als noch im Winter erwartet.
2. **Wodurch wird diese leichte Erholung gestützt?** Gestützt wird diese leichte Erholung vor allen Dingen durch die Binnenwirtschaft. Der private Verbrauch hat sich gerade zum Abschluss des vergangenen Jahres besonders kräftig gezeigt. Das dürfte sich weiter fortsetzen, wenn auch mit einer etwas geringeren Dynamik. Der Arbeitsmarkt sieht robust aus. Zusätzlich werden jetzt langsam Investitionsimpulse sichtbar. Insbesondere die Bauinvestitionen dürften sich im Laufe des Jahres recht kräftig entwickeln. Wir rechnen aber auch damit, dass sich die Ausrüstungsinvestitionen in diesem Jahr allmählich erholen werden.
3. **Welche Rolle spielen die öffentlichen Investitionen?** Die öffentlichen Investitionen spielen eine besonders große Rolle, denn sie werden gestützt durch Ausgaben aus dem Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität, aber auch aus dem Sondervermögen Bundeswehr. Der bisherige Impuls scheint mehr von der Verteidigung zu kommen als von den Infrastrukturinvestitionen. Das war erwartbar, denn Infrastrukturinvestitionen brauchen einen längeren

Planungszeitraum. Deshalb rechnen wir damit, dass ab dem kommenden Quartal allmählich auch die Impulse aus dem Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität wirken dürften.

4. **Wie ist die Lage der Industrie?** Die deutsche Industrie ist immer noch in einer schwierigen Lage. Insbesondere verteidigungsnahe Wirtschaftszweige entwickeln sich jetzt aber relativ positiv. Insgesamt konnte sich die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen, vor allem im Verarbeitenden Gewerbe, im vergangenen halben Jahr jedoch nicht deutlich verbessern. Die Rahmenbedingungen sind außenwirtschaftlich durch die US-Handelspolitik und binnenwirtschaftlich durch relativ hohe Produktionskosten beeinträchtigt. Die Exporte werden sich dementsprechend relativ schwach entwickeln, weil sich an der grundlegenden Auslandsnachfrage und an der grundlegenden Wettbewerbssituation bislang noch nicht so viel getan hat.

5. **Wie schätzen Sie die Inflationsentwicklung ein?** Die Inflation prognostizieren wir im laufenden Jahr mit einer jährlichen Zuwachsrate von 2,4 Prozent und im kommenden Jahr mit einer jährlichen Zuwachsrate von 2,3 Prozent. Das ist etwas höher, als wir das noch in der Winterprognose unterstellt haben. Vor allen Dingen die Dienstleistungspreise entwickeln sich weiterhin sehr stark und damit auch die Kerninflation. Nicht absehbar waren die jetzt stark steigenden Energiepreise, die ein Plus von 0,4 Prozentpunkten ausmachen.

Das Gespräch führte Erich Wittenberg.

© © Der Artikel ist gemäß der Creative-Commons-Lizenz CC BY 4.0 nachnutzbar:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>



Das vollständige Interview zum Anhören finden Sie auf
www.diw.de/interview

HAUPTAGGREGATE DER SEKTOREN

Jahresergebnisse 2025

Milliarden Euro

	Gegenstand der Nachweisung	Gesamte Volkswirtschaft	Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o. E.	Übrige Welt
3	Bruttowertschöpfung	4 044,8	2 741,1	502,1	801,7	–
4	– Abschreibungen	918,2	499,9	125,6	292,7	–
5	= Nettowertschöpfung ¹	3 126,6	2 241,2	376,4	509,0	–105,3
6	– Geleistete Arbeitnehmerentgelte	2 471,0	1 780,9	384,3	305,8	21,0
7	– Geleistete sonstige Produktionsabgaben	41,0	29,9	0,4	10,7	–
8	+ Empfangene sonstige Subventionen	58,3	55,9	0,2	2,1	–
9	= Betriebsüberschuss/Selbstständigeineinkommen	672,9	486,3	–8,0	194,6	–126,3
10	+ Empfangene Arbeitnehmerentgelte	2 477,1	–	–	2 477,1	14,9
11	– Geleistete Subventionen	53,9	–	53,9	–	4,4
12	+ Empfangene Produktions- und Importabgaben	460,1	–	460,1	–	5,9
13	– Geleistete Vermögenseinkommen	1 134,1	1 038,2	49,5	46,4	405,2
14	+ Empfangene Vermögenseinkommen	1 291,3	737,6	30,8	522,9	248,0
15	= Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	3 713,5	185,7	379,6	3 148,2	–267,2
16	– Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	557,9	124,5	–	433,4	14,3
17	+ Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	571,4	–	571,4	–	0,8
18	– Geleistete Sozialbeiträge ²	992,2	–	–	992,2	4,0
19	+ Empfangene Sozialbeiträge ²	990,9	167,2	822,9	0,8	5,3
20	– Geleistete monetäre Sozialleistungen	844,0	93,7	749,5	0,8	0,7
21	+ Empfangene monetäre Sozialleistungen	834,9	–	–	834,9	9,8
22	– Geleistete sonstige laufende Transfers	474,8	269,2	95,3	110,3	107,2
23	+ Empfangene sonstige laufende Transfers	414,1	242,1	30,1	142,0	167,9
24	= Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 655,9	107,5	959,3	2 589,1	–209,5
25	– Konsumausgaben	3 384,2	–	1 006,4	2 377,9	–
26	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–61,2	–	61,2	–
27	= Sparen	271,6	46,3	–47,1	272,4	–209,5
28	– Geleistete Vermögenstransfers	109,6	10,2	78,4	21,1	6,6
29	+ Empfangene Vermögenstransfers	90,7	50,9	24,9	14,9	25,6
30	– Bruttoinvestitionen	980,3	555,5	144,8	280,0	–
31	+ Abschreibungen	918,2	499,9	125,6	292,7	–
32	– Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	19,7	20,0	–0,6	0,3	–19,7
33	= Finanzierungssaldo	170,9	11,4	–119,1	278,6	–170,9
	Nachrichtlich:					
34	Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 655,9	107,5	959,3	2 589,1	–209,5
35	– Geleistete soziale Sachtransfers	629,1	–	629,1	–	–
36	+ Empfangene soziale Sachtransfers	629,1	–	–	629,1	–
37	= Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	3 655,9	107,5	330,2	3 218,2	–209,5
38	– Konsum ³	3 384,2	–	377,3	3 006,9	–
39	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–61,2	–	61,2	–
40	= Sparen	271,6	46,3	–47,1	272,4	–209,5

1 Für den Sektor übrige Welt Importe abzüglich Exporte aus der beziehungsweise an die übrige Welt.

2 Einschließlich Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.

3 Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen ohne Erwerbszweck Individualkonsum (einschließlich Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, also einschließlich sozialer Sachleistungen).

HAUPTAGGREGATE DER SEKTOREN

Jahresergebnisse 2026

Milliarden Euro

	Gegenstand der Nachweisung	Gesamte Volkswirtschaft	Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o. E.	Übrige Welt
3	Bruttowertschöpfung	4 180,0	2 830,8	528,3	820,9	–
4	– Abschreibungen	951,7	521,8	130,4	299,5	–
5	= Nettowertschöpfung ¹	3 228,3	2 309,0	397,9	521,4	–62,2
6	– Geleistete Arbeitnehmerentgelte	2 559,1	1 842,0	402,3	314,8	21,4
7	– Geleistete sonstige Produktionsabgaben	47,6	36,2	0,4	11,0	–
8	+ Empfangene sonstige Subventionen	57,8	55,6	0,2	2,0	–
9	= Betriebsüberschuss/Selbstständigeineinkommen	679,4	486,3	–4,5	197,6	–83,6
10	+ Empfangene Arbeitnehmerentgelte	2 565,2	–	–	2 565,2	15,3
11	– Geleistete Subventionen	59,8	–	59,8	–	4,4
12	+ Empfangene Produktions- und Importabgaben	475,7	–	475,7	–	6,2
13	– Geleistete Vermögenseinkommen	1 149,7	1 050,0	53,0	46,7	412,3
14	+ Empfangene Vermögenseinkommen	1 314,7	743,7	31,6	539,4	249,6
15	= Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	3 825,5	179,9	390,0	3 255,5	–229,2
16	– Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	578,5	127,5	–	450,9	14,6
17	+ Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	592,3	–	592,3	–	0,8
18	– Geleistete Sozialbeiträge ²	1 036,5	–	–	1 036,5	4,2
19	+ Empfangene Sozialbeiträge ²	1 035,1	171,0	863,3	0,8	5,6
20	– Geleistete monetäre Sozialleistungen	879,9	96,8	782,2	0,9	0,7
21	+ Empfangene monetäre Sozialleistungen	870,5	–	–	870,5	10,0
22	– Geleistete sonstige laufende Transfers	493,7	279,7	105,2	108,8	112,0
23	+ Empfangene sonstige laufende Transfers	435,6	250,3	30,6	154,7	170,2
24	= Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 770,4	97,1	988,8	2 684,5	–174,1
25	– Konsumausgaben	3 522,4	–	1 059,9	2 462,5	–
26	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–61,5	–	61,5	–
27	= Sparen	248,0	35,7	–71,1	283,4	–174,1
28	– Geleistete Vermögenstransfers	115,9	10,6	83,9	21,4	6,4
29	+ Empfangene Vermögenstransfers	95,7	58,7	21,7	15,3	26,6
30	– Bruttoinvestitionen	1 025,6	576,5	155,7	293,4	–
31	+ Abschreibungen	951,7	521,8	130,4	299,5	–
32	– Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	20,6	20,9	–0,6	0,3	–20,6
33	= Finanzierungssaldo	133,3	8,1	–157,9	283,2	–133,3
	Nachrichtlich:					
34	Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 770,4	97,1	988,8	2 684,5	–174,1
35	– Geleistete soziale Sachtransfers	655,4	–	655,4	–	–
36	+ Empfangene soziale Sachtransfers	655,4	–	–	655,4	–
37	= Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	3 770,4	97,1	333,4	3 339,9	–174,1
38	– Konsum ³	3 522,4	–	404,5	3 117,9	–
39	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–61,5	–	61,5	–
40	= Sparen	248,0	35,7	–71,1	283,4	–174,1

1 Für den Sektor übrige Welt Importe abzüglich Exporte aus der beziehungsweise an die übrige Welt.

2 Einschließlich Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.

3 Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen ohne Erwerbszweck Individualkonsum (einschließlich Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, also einschließlich sozialer Sachleistungen).

HAUPTAGGREGATE DER SEKTOREN

Jahresergebnisse 2027

Milliarden Euro

	Gegenstand der Nachweisung	Gesamte Volkswirtschaft	Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o. E.	Übrige Welt
3	Bruttowertschöpfung	4 340,1	2 939,1	548,8	852,3	–
4	– Abschreibungen	991,4	548,1	135,5	307,9	–
5	= Nettowertschöpfung ¹	3 348,7	2 391,0	413,3	544,4	–46,3
6	– Geleistete Arbeitnehmerentgelte	2 660,6	1 916,9	416,9	326,8	21,8
7	– Geleistete sonstige Produktionsabgaben	47,8	36,2	0,4	11,1	–
8	+ Empfangene sonstige Subventionen	58,3	56,1	0,2	2,0	–
9	= Betriebsüberschuss/Selbstständigeinkommen	698,7	494,0	–3,7	208,5	–68,1
10	+ Empfangene Arbeitnehmerentgelte	2 666,7	–	–	2 666,7	15,7
11	– Geleistete Subventionen	60,3	–	60,3	–	4,4
12	+ Empfangene Produktions- und Importabgaben	493,0	–	493,0	–	6,6
13	– Geleistete Vermögenseinkommen	1 175,0	1 070,1	57,1	47,8	425,9
14	+ Empfangene Vermögenseinkommen	1 344,3	754,5	32,6	557,2	256,6
15	= Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	3 967,3	178,4	404,4	3 384,6	–219,4
16	– Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	600,7	130,7	–	470,0	15,0
17	+ Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	614,8	–	614,8	–	0,9
18	– Geleistete Sozialbeiträge ²	1 085,2	–	–	1 085,2	4,4
19	+ Empfangene Sozialbeiträge ²	1 083,9	175,0	908,1	0,8	5,8
20	– Geleistete monetäre Sozialleistungen	912,7	100,2	811,6	0,9	0,7
21	+ Empfangene monetäre Sozialleistungen	903,1	–	–	903,1	10,3
22	– Geleistete sonstige laufende Transfers	515,7	290,7	108,0	117,1	118,5
23	+ Empfangene sonstige laufende Transfers	451,1	261,2	31,2	158,8	183,1
24	= Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 905,9	93,0	1 038,8	2 774,1	–158,0
25	– Konsumausgaben	3 649,6	–	1 106,4	2 543,3	–
26	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–61,8	–	61,8	–
27	= Sparen	256,2	31,2	–67,6	292,6	–158,0
28	– Geleistete Vermögenstransfers	120,8	8,3	89,4	23,1	6,2
29	+ Empfangene Vermögenstransfers	101,6	63,9	22,0	15,7	25,4
30	– Bruttoinvestitionen	1 089,7	604,0	171,4	314,3	–
31	+ Abschreibungen	991,4	548,1	135,5	307,9	–
32	– Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	21,5	21,9	–0,7	0,3	–21,5
33	= Finanzierungssaldo	117,3	9,1	–170,4	278,5	–117,3
	Nachrichtlich:					
34	Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 905,9	93,0	1 038,8	2 774,1	–158,0
35	– Geleistete soziale Sachtransfers	681,9	–	681,9	–	–
36	+ Empfangene soziale Sachtransfers	681,9	–	–	681,9	–
37	= Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	3 905,9	93,0	356,9	3 456,0	–158,0
38	– Konsum ³	3 649,6	–	424,5	3 225,1	–
39	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–61,8	–	61,8	–
40	= Sparen	256,2	31,2	–67,6	292,6	–158,0

1 Für den Sektor übrige Welt Importe abzüglich Exporte aus der beziehungsweise an die übrige Welt.

2 Einschließlich Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.

3 Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen ohne Erwerbszweck Individualkonsum (einschließlich Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, also einschließlich sozialer Sachleistungen).

VGR-TABELLEN

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2026 bis 2027

	2025	2026	2027	2025		2026		2027	
				1. Halbjahr	2. Halbjahr	1. Halbjahr	2. Halbjahr	1. Halbjahr	2. Halbjahr
1. Entstehung des Inlandsprodukts									
Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr									
Erwerbstätige	0,0	0,0	0,4	0,1	−0,1	−0,2	0,1	0,4	0,4
Arbeitszeit, arbeitstäglich	−0,2	0,9	0,3	−0,4	0,1	0,6	1,1	−0,3	0,0
Arbeitstage	−0,3	1,0	0,5	−1,1	0,6	0,0	1,9	0,8	0,2
Arbeitsvolumen, kalendermonatlich	−0,2	0,8	0,7	−0,4	0,0	0,4	1,3	0,8	0,6
Produktivität¹	0,4	0,2	0,7	0,5	0,4	0,1	0,2	0,6	0,7
Reales Bruttoinlandsprodukt	0,2	1,0	1,4	0,0	0,5	0,5	1,5	1,5	1,2
2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen									
a) Milliarden Euro									
Konsumausgaben	3 384,2	3 522,4	3 649,6	1 646,7	1 737,5	1 714,0	1 808,4	1 777,5	1 872,1
Private Haushalte²	2 377,9	2 462,5	2 543,3	1 159,0	1 218,8	1 198,7	1 263,8	1 240,5	1 302,7
Staat	1 006,4	1 059,9	1 106,4	487,7	518,7	515,3	544,6	537,0	569,4
Anlageinvestitionen	908,0	948,6	1 012,7	438,2	469,8	451,9	496,7	485,3	527,4
Ausrüstungen	267,2	274,0	293,2	126,5	140,7	127,9	146,1	137,5	155,7
Bauten	461,8	483,9	516,2	226,1	235,7	232,8	251,1	250,6	265,6
Sonstige Anlageinvestitionen	179,0	190,8	203,4	85,6	93,4	91,2	99,6	97,3	106,1
Vorratsveränderung³	72,4	77,0	77,0	41,3	31,1	49,6	27,3	50,4	26,6
Inländische Verwendung	4 364,6	4 548,0	4 739,4	2 126,2	2 238,3	2 215,6	2 332,4	2 313,2	2 426,1
Außenbeitrag	105,3	62,2	46,3	70,6	34,7	44,8	17,4	33,8	12,4
Exporte	1 807,4	1 861,0	1 953,3	905,3	902,1	909,5	951,5	963,3	990,0
Importe	1 702,1	1 798,8	1 907,0	834,7	867,4	864,7	934,0	929,5	977,5
Bruttoinlandsprodukt	4 469,9	4 610,2	4 785,6	2 196,9	2 273,1	2 260,4	2 349,8	2 347,1	2 438,6
b) Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr									
Konsumausgaben	4,6	4,1	3,6	4,6	4,7	4,1	4,1	3,7	3,5
Private Haushalte²	4,2	3,6	3,3	4,0	4,3	3,4	3,7	3,5	3,1
Staat	5,7	5,3	4,4	6,0	5,4	5,7	5,0	4,2	4,6
Anlageinvestitionen	2,5	4,5	6,8	1,4	3,6	3,1	5,7	7,4	6,2
Ausrüstungen	0,0	2,6	7,0	−2,2	2,2	1,1	3,8	7,4	6,6
Bauten	2,5	4,8	6,7	1,6	3,3	3,0	6,5	7,6	5,8
Sonstige Anlageinvestitionen	6,6	6,6	6,6	6,6	6,5	6,5	6,6	6,7	6,6
Inländische Verwendung	4,8	4,2	4,2	4,8	4,8	4,2	4,2	4,4	4,0
Exporte	0,8	3,0	5,0	0,2	1,3	0,5	5,5	5,9	4,0
Importe	4,4	5,7	6,0	4,8	4,1	3,6	7,7	7,5	4,7
Bruttoinlandsprodukt	3,3	3,1	3,8	2,9	3,6	2,9	3,4	3,8	3,8
3. Verwendung des Inlandsprodukts, preisbereinigt									
a) Verkettete Volumina in Milliarden Euro									
Konsumausgaben	2 754,0	2 797,3	2 834,2	1 354,5	1 399,3	1 375,7	1 421,5	1 394,2	1 440,1
Private Haushalte²	1 926,8	1 948,5	1 969,1	945,7	981,1	955,6	992,9	966,2	1 002,9
Staat	827,5	849,0	865,5	409,1	418,3	420,3	428,7	428,2	437,3
Anlageinvestitionen	700,8	712,4	738,4	339,1	361,6	341,1	371,3	355,1	383,3
Ausrüstungen	224,1	224,7	233,6	106,1	118,0	105,3	119,5	109,9	123,7
Bauten	322,6	327,5	338,5	158,8	163,9	158,9	168,6	165,2	173,4
Sonstige Anlageinvestitionen	158,3	164,7	171,3	75,7	82,5	78,8	86,0	81,9	89,3
Inländische Verwendung	3 520,2	3 576,8	3 638,8	1 728,2	1 792,2	1 755,5	1 821,3	1 788,1	1 850,7
Exporte	1 485,3	1 490,2	1 511,3	743,5	741,8	737,3	753,0	748,6	762,7
Importe	1 393,6	1 419,5	1 453,0	681,7	712,0	693,6	725,9	711,0	741,9
Bruttoinlandsprodukt	3 609,5	3 645,5	3 695,1	1 788,7	1 820,7	1 798,0	1 847,4	1 824,6	1 870,5
b) Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr									
Konsumausgaben	1,5	1,6	1,3	1,5	1,5	1,6	1,6	1,3	1,3
Private Haushalte²	1,6	1,1	1,1	1,4	1,7	1,0	1,2	1,1	1,0
Staat	1,3	2,6	1,9	1,7	1,0	2,7	2,5	1,9	2,0
Anlageinvestitionen	−0,2	1,7	3,6	−1,3	0,9	0,6	2,7	4,1	3,2
Ausrüstungen	−1,9	0,3	3,9	−4,2	0,2	−0,8	1,3	4,4	3,5
Bauten	−0,6	1,5	3,4	−1,5	0,2	0,1	2,9	4,0	2,8
Sonstige Anlageinvestitionen	3,8	4,1	4,0	3,9	3,8	4,0	4,2	4,0	3,9
Inländische Verwendung	1,8	1,6	1,7	2,0	1,7	1,6	1,6	1,9	1,6
Exporte	−0,4	0,3	1,4	−1,5	0,6	−0,8	1,5	1,5	1,3
Importe	3,6	1,9	2,4	3,2	4,0	1,7	2,0	2,5	2,2
Bruttoinlandsprodukt	0,2	1,0	1,4	0,0	0,5	0,5	1,5	1,5	1,2

VGR-TABELLEN

Noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2026 bis 2027

	2025	2026	2027	2025		2026		2027	
				1. Halbjahr	2. Halbjahr	1. Halbjahr	2. Halbjahr	1. Halbjahr	2. Halbjahr
4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2020 = 100)									
Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr									
Private Konsumausgaben²	2,6	2,4	2,2	2,5	2,6	2,4	2,4	2,3	2,1
Konsumausgaben des Staates	4,4	2,6	2,4	4,3	4,5	2,8	2,5	2,3	2,5
Anlageinvestitionen	2,7	2,8	3,0	2,7	2,7	2,5	3,0	3,2	2,9
Ausrüstungen	2,0	2,3	3,0	2,0	1,9	1,9	2,5	2,9	3,0
Bauten	3,1	3,2	3,2	3,2	3,1	2,9	3,5	3,5	2,9
Exporte	1,2	2,6	3,5	1,7	0,7	1,3	3,9	4,3	2,7
Importe	0,8	3,8	3,6	1,6	0,1	1,8	5,6	4,8	2,4
Bruttoinlandsprodukt	3,0	2,1	2,4	2,9	3,2	2,4	1,9	2,3	2,5
5. Einkommensentstehung und -verteilung									
a) Milliarden Euro									
Primäreinkommen der privaten Haushalte²	3 148,2	3 255,5	3 384,6	1 536,7	1 611,5	1 589,0	1 666,6	1 651,9	1 732,7
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	439,9	459,8	481,2	212,8	227,1	223,2	236,6	233,2	248,1
Bruttolöhne und -gehälter	2 037,2	2 105,4	2 185,5	972,8	1 064,4	1 009,2	1 096,2	1 046,5	1 139,0
Übrige Primäreinkommen⁴	671,1	690,3	717,9	351,1	320,0	356,5	333,7	372,2	345,6
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	565,3	570,0	582,8	271,6	293,8	269,5	300,4	275,8	307,0
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	3 713,5	3 825,5	3 967,3	1 808,3	1 905,2	1 858,5	1 967,0	1 927,6	2 039,7
Abschreibungen	918,2	951,7	991,4	456,8	461,4	472,1	479,6	492,2	499,2
Bruttonationaleinkommen	4 631,7	4 777,2	4 958,8	2 265,1	2 366,6	2 330,6	2 446,6	2 419,8	2 538,9
Nachrichtlich:									
Volkseinkommen	3 307,2	3 409,6	3 534,7	1 600,6	1 706,6	1 646,2	1 763,4	1 706,3	1 828,4
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	830,1	844,3	868,0	415,0	415,1	413,8	430,6	426,6	441,4
Arbeitnehmerentgelt	2 477,1	2 565,2	2 666,7	1 185,6	1 291,5	1 232,4	1 332,8	1 279,7	1 387,1
b) Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr									
Primäreinkommen der privaten Haushalte²	4,1	3,4	4,0	4,0	4,3	3,4	3,4	4,0	4,0
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	7,1	4,5	4,7	7,2	7,0	4,9	4,2	4,5	4,8
Bruttolöhne und -gehälter	4,6	3,3	3,8	4,6	4,6	3,7	3,0	3,7	3,9
Übrige Primäreinkommen⁴	0,9	2,9	4,0	0,5	1,3	1,6	4,3	4,4	3,6
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	-0,3	0,8	2,2	-2,7	2,1	-0,7	2,3	2,3	2,2
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	3,4	3,0	3,7	2,9	3,9	2,8	3,2	3,7	3,7
Abschreibungen	3,4	3,6	4,2	3,4	3,3	3,3	3,9	4,3	4,1
Bruttonationaleinkommen	3,4	3,1	3,8	3,0	3,8	2,9	3,4	3,8	3,8
Nachrichtlich:									
Volkseinkommen	3,3	3,1	3,7	2,2	4,4	2,8	3,3	3,6	3,7
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	-1,4	1,7	2,8	-5,1	2,5	-0,3	3,7	3,1	2,5
Arbeitnehmerentgelt	5,1	3,6	4,0	5,1	5,0	3,9	3,2	3,8	4,1
6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte									
a) Milliarden Euro									
Masseneinkommen	2 054,9	2 124,7	2 198,3	988,8	1 066,1	1 028,2	1 096,6	1 064,9	1 133,5
Nettolöhne- und -gehälter	1 407,4	1 447,8	1 496,3	666,3	741,1	689,3	758,5	712,9	783,3
Monetäre Sozialleistungen	834,9	870,5	903,1	414,3	420,6	433,6	437,0	450,1	453,0
abzgl. Abgaben auf soziale Leistungen⁵	187,4	193,6	201,0	91,8	95,6	94,7	98,9	98,2	102,8
Übrige Primäreinkommen⁴	671,1	690,3	717,9	351,1	320,0	356,5	333,7	372,2	345,6
Sonstige Transfers (Saldo)⁶	-136,9	-130,5	-142,1	-65,1	-71,8	-62,8	-67,7	-68,4	-73,7
Verfügbares Einkommen	2 589,1	2 684,5	2 774,1	1 274,8	1 314,3	1 321,9	1 362,6	1 368,7	1 405,4
Nachrichtlich:									
Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	61,2	61,5	61,8	29,6	31,5	29,8	31,7	29,9	31,8
Konsumausgaben	2 377,9	2 462,5	2 543,3	1 159,0	1 218,8	1 198,7	1 263,8	1 240,5	1 302,7
Sparen	272,4	283,4	292,6	145,4	127,0	152,9	130,5	158,1	134,5
Sparquote in Prozent⁷	10,3	10,3	10,3	11,1	9,4	11,3	9,4	11,3	9,4
b) Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr									
Masseneinkommen	3,9	3,4	3,5	4,2	3,8	4,0	2,9	3,6	3,4
Nettolöhne- und -gehälter	3,8	2,9	3,3	3,8	3,9	3,5	2,3	3,4	3,3
Monetäre Sozialleistungen	5,4	4,3	3,7	5,9	4,9	4,6	3,9	3,8	3,7
abzgl. Abgaben auf soziale Leistungen⁵	9,6	3,3	3,9	9,5	9,8	3,1	3,5	3,7	4,0
Übrige Primäreinkommen⁴	0,9	2,9	4,0	0,5	1,3	1,6	4,3	4,4	3,6
Verfügbares Einkommen	3,1	3,7	3,3	2,9	3,3	3,7	3,7	3,5	3,1
Konsumausgaben	4,2	3,6	3,3	4,0	4,3	3,4	3,7	3,5	3,1
Sparen	-5,9	4,0	3,2	-5,6	-6,2	5,2	2,7	3,4	3,1

VGR-TABELLEN

Noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2026 bis 2027

	2025	2026	2027	2025		2026		2027	
				1. Halbjahr	2. Halbjahr	1. Halbjahr	2. Halbjahr	1. Halbjahr	2. Halbjahr
7. Einnahmen und Ausgaben des Staates ⁸									
a) Milliarden Euro									
Einnahmen									
Steuern	1031,5	1068,0	1107,8	511,8	519,7	530,4	537,6	549,6	558,2
direkte Steuern	571,4	592,3	614,8	282,3	289,1	294,0	298,3	304,1	310,7
indirekte Steuern	460,1	475,7	493,0	229,5	230,7	236,5	239,2	245,5	247,5
Nettsozialbeiträge	822,9	863,3	908,1	398,3	424,6	418,8	444,4	439,7	468,4
Vermögenseinkommen	30,8	31,6	32,6	15,5	15,3	15,8	15,8	16,3	16,3
Laufende Übertragungen	30,1	30,6	31,2	13,7	16,4	13,9	16,7	14,2	17,0
Vermögenstransfers	24,9	21,7	22,0	12,5	12,5	10,4	11,3	10,0	11,9
Verkäufe	199,7	214,7	227,9	92,6	107,1	98,4	116,3	105,4	122,5
Sonstige Subventionen	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Insgesamt	2140,2	2230,1	2329,7	1044,4	1095,7	1088,0	1142,2	1135,4	1194,3
Ausgaben									
Vorleistungen	289,1	308,4	328,0	132,1	157,0	140,1	168,3	149,0	178,9
Arbeitnehmerentgelte	384,3	402,3	416,9	185,4	198,9	194,9	207,4	201,6	215,3
Soziale Sachleistungen	414,9	437,9	457,5	203,7	211,1	217,6	220,2	228,2	229,3
Vermögenseinkommen (Zinsen)	49,5	53,0	57,1	24,6	24,9	26,3	26,7	28,3	28,9
Subventionen	53,9	59,8	60,3	21,8	32,1	24,1	35,7	24,1	36,2
Monetäre Sozialleistungen	749,5	782,2	811,6	371,7	377,8	389,5	392,7	404,5	407,1
Sonstige laufende Transfers	95,3	105,2	108,0	45,7	49,6	51,2	54,1	52,5	55,5
Bruttoinvestitionen	144,8	155,7	171,4	60,7	84,1	66,9	88,8	73,9	97,5
Vermögenstransfers	78,4	83,9	89,4	29,2	49,2	31,3	52,6	33,4	56,0
Nettozugang an nichtproduzierten Vermögensgegenständen	−0,6	−0,6	−0,7	−0,3	−0,4	−0,3	−0,4	−0,3	−0,4
Sonstige Produktionsabgaben	0,4	0,4	0,4	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2
Insgesamt	2259,3	2388,1	2500,1	1074,9	1184,4	1141,8	1246,3	1195,5	1304,6
Finanzierungssaldo	−119,1	−157,9	−170,4	−30,5	−88,7	−53,9	−104,1	−60,1	−110,3
b) Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr									
Einnahmen									
Steuern	3,5	3,5	3,7	5,2	1,9	3,6	3,4	3,6	3,8
direkte Steuern	3,4	3,7	3,8	4,8	2,0	4,1	3,2	3,5	4,1
indirekte Steuern	3,7	3,4	3,6	5,7	1,7	3,0	3,7	3,8	3,4
Nettsozialbeiträge	8,8	4,9	5,2	8,9	8,7	5,2	4,7	5,0	5,4
Vermögenseinkommen	−9,6	2,6	3,2	−11,5	−7,7	2,2	3,0	3,2	3,2
Laufende Übertragungen	−4,0	1,7	1,8	−1,4	−6,1	1,7	1,7	1,8	1,7
Vermögenstransfers	22,9	−13,0	1,3	35,3	12,6	−16,6	−9,4	−3,5	5,8
Verkäufe	7,8	7,5	6,1	8,3	7,4	6,3	8,6	7,1	5,3
Sonstige Subventionen	−2,1	0,0	0,0	−6,1	0,7	0,0	0,0	0,0	0,0
Insgesamt	5,7	4,2	4,5	6,7	4,8	4,2	4,2	4,4	4,6
Ausgaben									
Vorleistungen	3,1	6,7	6,3	3,5	2,8	6,0	7,2	6,4	6,3
Arbeitnehmerentgelte	7,5	4,7	3,6	8,1	7,0	5,1	4,3	3,4	3,8
Soziale Sachleistungen	7,3	5,5	4,5	7,2	7,4	6,8	4,3	4,9	4,1
Vermögenseinkommen (Zinsen)	8,1	7,0	7,8	7,4	8,9	6,7	7,3	7,7	7,9
Subventionen	−0,6	11,0	0,9	−15,9	13,4	10,7	11,2	0,0	1,6
Monetäre Sozialleistungen	5,6	4,4	3,8	6,2	5,1	4,8	4,0	3,9	3,7
Sonstige laufende Transfers ⁹	5,7	10,4	2,6	4,3	6,9	12,0	9,0	2,6	2,6
Bruttoinvestitionen	10,3	7,5	10,1	5,6	13,9	10,2	5,5	10,4	9,9
Vermögenstransfers ⁹	−6,7	7,0	6,6	−21,5	5,0	7,3	6,9	6,7	6,5
Nettozugang an nichtproduzierten Vermögensgegenständen ⁹	−1167,8	1,5	1,8	135,7	−314,0	1,4	1,5	1,7	1,8
Sonstige Produktionsabgaben ⁹	12,7	1,4	5,1	14,7	10,8	1,9	0,8	4,4	5,6
Insgesamt	5,6	5,7	4,7	4,7	6,4	6,2	5,2	4,7	4,7

1 Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde.

2 Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

3 Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.

4 Selbstständigeneinkommen/Betriebsüberschuss sowie empfangene abzüglich geleistete Vermögenseinkommen.

5 Einschließlich verbrauchsnahe Steuern.

6 Empfangene abzüglich geleistete Transfers.

7 Sparen in Prozent des verfügbaren Einkommens.

8 Gebietskörperschaften und Sozialversicherung.

9 Absolute Änderung gegenüber dem Vorjahr in Milliarden Euro.

Quellen: Statistisches Bundesamt (Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen); DIW-Konjunkturprognose Frühjahr 2026.

Kommunale Investitionen: Potenzial und Grenzen des Sondervermögens Infrastruktur und Klimaneutralität

Von Geraldine Dany-Knedlik, Martin Gornig, Angelina Hackmann und Teresa Schildmann

ABSTRACT

Kommunen tragen maßgeblich die öffentliche Daseinsvorsorge, doch trotz steigender Bruttoinvestitionen blieben die realen Zuwächse unzureichend und die seit Jahren negativen Nettoinvestitionen weisen auf erheblichen Substanzverzehr hin. Das Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität (SVIK) kann zur Stärkung der kommunalen Investitionstätigkeit beitragen und regionale Unterschiede verringern. Auf Basis einer Szenarioanalyse auf Kreisebene wird gezeigt, dass die Wirkung des SVIK entscheidend von der Verwendung der Mittel für zusätzliche Investitionen und der kreisspezifischen Investitionsquote abhängt. Während eine vollständige Verwendung für Zusatzinvestitionen deutliche Impulse und einen gewissen Aufholprozess investitionsschwacher Kreise bewirken würde, blieben die Effekte bei nur teilweisen Zusatzinvestitionen moderat und die regionalen Disparitäten gingen kaum zurück. Für eine vollständige Zusätzlichkeit der Investitionen sind jedoch eine bessere Finanzausstattung der Kommunen, verlässliche Förderstrukturen sowie ein Kapazitätsaufbau in Planung und Vergabe notwendig.

Kommunen sind das Rückgrat der öffentlichen Daseinsvorsorge, doch trotz zuletzt steigender Bruttoinvestitionen deuten die seit den 2000er Jahren negativen Nettoinvestitionen der Kommunen auf einen fortgesetzten Substanzverzehr bei der kommunalen Infrastruktur hin. Insbesondere finanzschwache Gemeinden gaben in den letzten Jahren weniger Geld pro Einwohner*in für Sachinvestitionen aus als finanzkräftigere. Vor diesem Hintergrund untersucht der Bericht, welchen investiven Impuls das Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität (SVIK) für die kommunale Ebene entfalten kann, wenn die aus dem SVIK resultierenden Zuwendungen (a) vollständig zusätzlich investiert werden (Szenario „vollständige Zusatzinvestitionen“) oder (b) nur in dem Umfang zusätzlich in Investitionen fließen, in dem öffentliche Zuwendungen auch schon in den vergangenen Jahren für Investitionen verwendet wurden (Szenario „teilweise Zusatzinvestitionen“). Zudem wird die Entwicklung der regionalen Disparitäten auf Kreisebene, gemessen an der Verteilung der Pro-Kopf-Investitionen, und der Einfluss unterschiedlicher länderspezifischer Verteilungsregeln untersucht.

Der Bericht adressiert damit zentrale Streitfragen der deutschen Finanz- und Infrastrukturpolitik: die Wirksamkeit von Sondervermögen, die Ausstattung der kommunalen Ebene und die Frage, wie föderale Verteilmechanismen (länderspezifische Schlüssel) Investitionsungleichheiten beeinflussen. Damit liefert die Analyse evidenzbasierte Anknüpfungspunkte für Reformen bedarfsgerechter Verteilungskriterien, für Notwendigkeiten in der Finanzausstattung der Kommunen und für den erforderlichen Kapazitätsaufbau in Planung und Vergabe.

Entwicklung der Investitionstätigkeit der Kommunen weiterhin unzureichend

Die gesamten staatlichen Ausgaben für Investitionen sind in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen. Im Jahr 2024 wurden mehr als 130 Milliarden Euro für öffentliche Investitionen ausgegeben, rund 40 Prozent mehr als vor der Coronakrise.¹ Gleichzeitig haben sich die Preise

¹ Statistisches Bundesamt (2025): Statistischer Bericht – VGR Investitionen. EVAS-Nummer 81000.

für Investitionsgüter, insbesondere Bauleistungen, stark erhöht. Real ergibt sich daher lediglich ein Zuwachs von knapp zwölf Prozent. Die relative Bedeutung öffentlicher Investitionen gemessen am Bruttoinlandsprodukt stieg für alle Gebietskörperschaften während der Pandemie sprunghaft (Abbildung 1).

Auf kommunaler Ebene stieg das Verhältnis von realen kommunalen Investitionen zum Bruttoinlandsprodukt zwischen 2018 und 2024 um rund 20 Prozent. Die hohe Investitionstätigkeit aus der Zeit nach der Wiedervereinigung konnte damit jedoch nicht wieder erreicht werden. Preisbereinigt lag der Anteil kommunaler Investitionen damals mehr als 60 Prozent höher als 2024. Da rund 80 Prozent der kommunalen Investitionen auf Bauleistungen entfallen und knapp die Hälfte aller staatlichen Bauleistungen von Kommunen ausgeführt wird, zeigen sich die Folgen der kommunalen Investitionszurückhaltung insbesondere im Zustand der lokalen Infrastruktur.

Ein wertmäßiger Indikator hierfür sind die Nettoinvestitionen, also Investitionen abzüglich des Werteverzehrs des Kapitalstocks (Abschreibungen).² Während Bund und Länder bei Bauleistungen überwiegend positive Nettoinvestitionen verzeichneten, sind diese bei den Kommunen seit 2002 durchgehend negativ (Abbildung 2). Die Kommunen investieren seit über zwei Jahrzehnten weniger, als zum reinen Erhalt des öffentlichen Kapitalstocks notwendig wäre.³ Umfragen bei den Kommunen durch das Deutsche Institut für Urbanistik (DIfU) im Rahmen des KfW-Kommunalpanels beziffern den kumulierten Investitionsbedarf 2024 auf über 215 Milliarden Euro.⁴ Darin enthalten sind aber auch Investitionen außerhalb des Baubereichs sowie Bedarfe für den Infrastrukturausbau über den Nachholbedarf hinaus.

Als wichtigste Ursache für die langfristig unzulängliche Investitionstätigkeit nennen Kommunen ihre strukturell unzureichende Finanzausstattung.⁵ Besonders die stark steigenden Sozialausgaben, die maßgeblich durch bundespolitische Regelungen bestimmt werden, schränken investive Spielräume ein. Eine kurzfristige Lösung ist derzeit nicht absehbar.⁶

Investitionsschwache Regionen holen leicht auf

Neben der gesamtwirtschaftlichen Betrachtung der kommunalen Investitionstätigkeit ist insbesondere die regionale Verteilung der Investitionen von hoher gesellschaftspolitischer

² Martin Gornig, Claus Michelsen und Kristina van Deuverden (2015): Kommunale Infrastruktur fährt auf Verschleiß. DIW Wochenbericht Nr. 43, 1023–1030 (online verfügbar, abgerufen am 24. Februar 2026). Dies gilt für alle Onlinequellen in diesem Bericht, sofern nicht anders vermerkt.

³ Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose: Geopolitischer Umbruch verschärft Krise – Struktureformen noch dringlicher, Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2025, Kapitel 4 (online verfügbar).

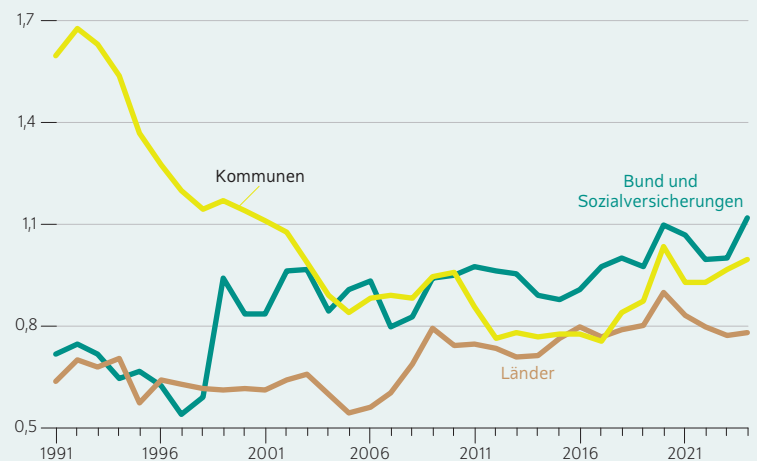
⁴ Christian Raffer, Henrik Scheller und Frida von Zahn (2025): KfW-Kommunalpanel 2025. KfW Bankengruppe, Frankfurt am Main (online verfügbar).

⁵ Deutscher Städtetag (2026): Städtetag Aktuell, Ausgabe 1 (2026). Berlin/Köln (online verfügbar).

⁶ Ronny Freier et al. (2025): Kommunaler Finanzreport 2025. Bertelsmann Stiftung, Gütersloh (online verfügbar).

Abbildung 1

Preisbereinigte öffentliche Investitionen bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt In Prozent



Anmerkungen: Zunächst werden die nominalen Unteraggregate (Bauinvestitionen, Ausrüstungsinvestitionen, Sonstige Anlagen) mit ihrem jeweiligen Deflator preisbereinigt. Danach werden die preisbereinigten Unteraggregate zu einem Volumenindex aufaddiert und ins Verhältnis zum preisbereinigten Bruttoinlandsprodukt gesetzt (Preisbasis für alle Reihen: 2020).

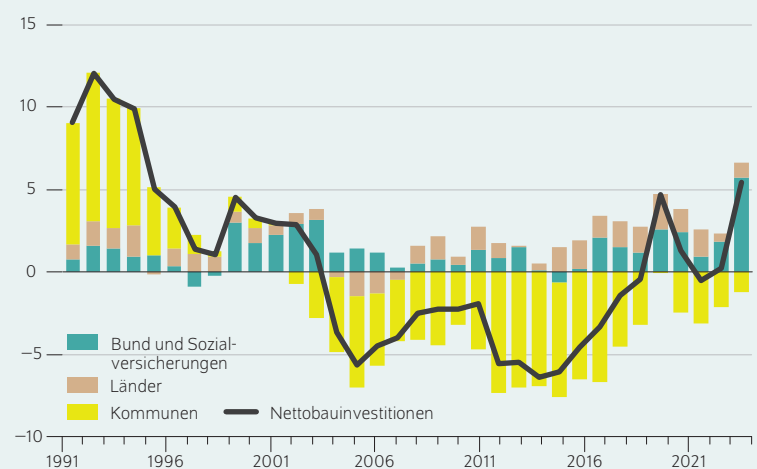
Quelle: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

© CC BY 4.0

Die relative Bedeutung öffentlicher Investitionen an der Wirtschaftsleistung steigt nur schleppend.

Abbildung 2

Nettobauinvestitionen der staatlichen Ebenen In Milliarden Euro



Quelle: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

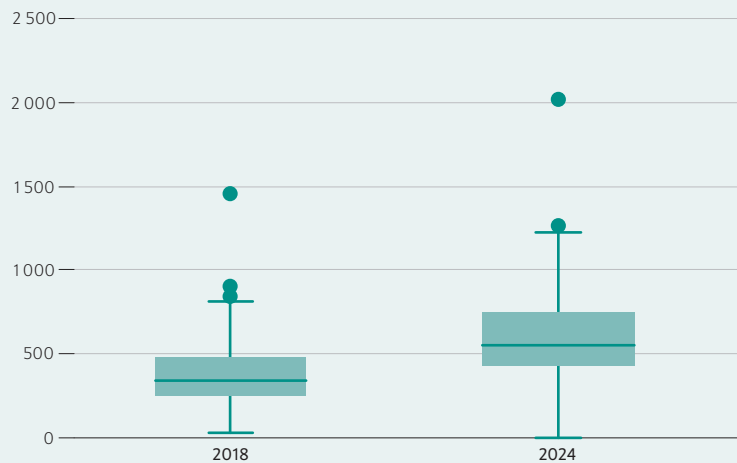
© CC BY 4.0

Kommunen verzeichnen seit Jahren negative Nettobauinvestitionen.

Abbildung 3

Verteilung der Pro-Kopf-Sachinvestitionen auf Kreisebene in den Jahren 2018 und 2024

In Euro



Anmerkungen: Die Kästen zeigen den Interquartilsabstand (mittlere 50 Prozent der Werte), die Linien darin den Median, die „Whisker“ die Spannweite ohne Ausreißer und die Kreise darüber hinausgehende Extremwerte.

Quelle: Rechnungsstatistik der kommunalen Kernhaushalte, Regionaldatenbank der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder; eigene Berechnungen.

© CC BY 4.0

Die Streuung der Investitionen nimmt zu.

Bedeutung. Wenn als erste Annäherung davon ausgegangen werden kann, dass der Investitionsbedarf eines Kreises mit seiner Bevölkerungszahl zusammenhängt, können sehr unterschiedliche Ausprägungen der Investitionen pro Einwohner*in Hinweis auf eine Divergenz der Lebensverhältnisse sein.

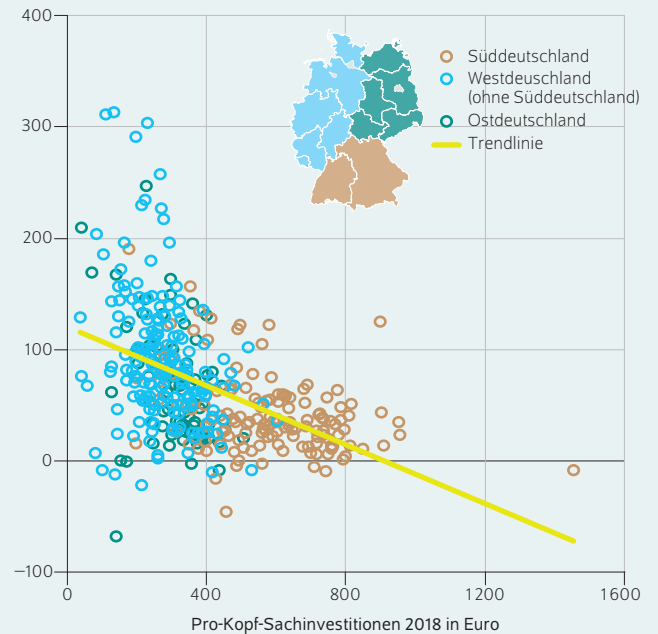
Zwar sind die kommunalen Pro-Kopf-Ausgaben für Sachinvestitionen zwischen 2018 und 2024 im Durchschnitt gestiegen, doch zeigt sich nach wie vor eine ausgeprägte regionale Streuung (Abbildung 3).⁷ Im Jahr 2018 reichten die Werte von 37 Euro in der kreisfreien Stadt Wilhelmshaven bis zu 1456 Euro im Landkreis Dingolfing-Landau. Bis 2024 nahm diese Streuung weiter zu, ebenso die Zahl der besonders investitionsstarken Kreise. Der Spitzenwert lag nun bei 2016 Euro im Landkreis Tirschenreuth. Auffällig ist zudem die starke räumliche Konzentration hoher Investitionen: 24 der investitionsstärksten Kreise liegen, mit Ausnahme des Landkreises Fulda (Hessen), in Bayern.

⁷ Sachinvestitionen auf kommunaler Ebene umfassen zum Großteil Bauinvestitionen und zu einem geringen Teil Investitionen in Ausrüstung, wie zum Beispiel Fahrzeuge. Erfasst werden die nach doppischem Gemeindehaushaltsrecht verbuchten Auszahlungen aus Investitionstätigkeit für Sachinvestitionen. (vgl. Regionaldatenbank der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder). Die Daten in diesem und den folgenden Abschnitten beruhen auf den Rechnungsergebnissen der kommunalen Kernhaushalte, die für die Jahre 2018 bis 2024 auf Ebene der Kreise und kreisfreien Städte vorliegen. Stadtstaaten sind von der Analyse ausgenommen.

Abbildung 4

Wachstum und Pro-Kopf-Sachinvestitionen auf Kreisebene

Prozentuales Wachstum zwischen 2018 und 2024



Quelle: Rechnungsstatistik der kommunalen Kernhaushalte, Regionaldatenbank der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder; eigene Berechnungen.

© CC BY 4.0

Investitionsschwache Landkreise holen auf.

Trotz der zunehmenden Streuung holten investitionsschwache Kreise in den vergangenen Jahren tendenziell stärker auf. Zwischen 2018 und 2024 zeigt sich ein klar negativer Zusammenhang zwischen den anfänglichen Pro-Kopf-Sachinvestitionen und dem anschließenden Wachstum (Abbildung 4). Kreise mit niedrigen Ausgangswerten verzeichneten überdurchschnittliche Zuwächse, während investitionsstarke Kreise, insbesondere in Bayern, geringere Wachstumsraten aufwiesen. Räumlich sind die stärksten Aufholbewegungen vor allem in Ostdeutschland sowie in Teilen der alten Bundesländer außerhalb Süddeutschlands zu beobachten.

Dieser Aufholprozess dürfte durch das Kommunalinvestitionsförderungsgesetz (KInvFG) begünstigt worden sein. Das Programm, das seit 2015 in zwei Tranchen umgesetzt wurde, zielte ausdrücklich darauf ab, finanzschwache Kommunen bei Investitionen in zentrale Infrastrukturbereiche zu unterstützen und regionale Unterschiede zu verringern. Eine vorläufige Evaluation des Bundesministeriums der Finanzen bestätigt diese Wirkung.⁸ Geförderte Kommunen steigerten ihre Sachinvestitionen zwischen 2015 und 2023 um rund

⁸ Bundesministerium der Finanzen (2025): Evaluierung des Infrastrukturprogramms nach dem Kommunalinvestitionsförderungsgesetz (Kapitel 1) – vorläufige Bilanz (online verfügbar).

Tabelle 1

Verteilung des SVIK auf Länderebene

Bundesland	Zuweisung laut Königsteiner Schlüssel (in Milliarden Euro)	Anteil Zuweisung an Kommunen (in Prozent)	Zuweisung an Kommunen insgesamt (in Milliarden Euro)
Baden-Württemberg	13,1	66,7	8,8
Bayern (*)	15,7	65,0	10,2
Brandenburg	3,0	50,0	1,5
Hessen	7,4	63,0	4,7
Mecklenburg-Vorpommern	1,9	60,5	1,2
Niedersachsen (*)	9,4	60,0	5,7
Nordrhein-Westfalen	21,1	60,2	12,7
Rheinland-Pfalz	4,8	60,0	2,9
Saarland	1,2	52,9	0,7
Sachsen	4,8	58,5	2,8
Sachsen-Anhalt	2,6	60,0	1,6
Schleswig-Holstein	3,4	62,5	2,1
Thüringen (*)	2,5	59,9	1,5
Summe	91,2		56,4

Anmerkung: (*) bedeutet, dass keine Informationen über das Zuweisungsschema vorliegen und daher die 80/20-Regel angewandt wird.

Quelle: Eigene Zusammenstellung auf Basis von Pressemitteilungen und Veröffentlichungen der Landesregierungen.

© CC BY 4.0

77 Prozent, während nicht geförderte Kommunen lediglich ein Wachstum von 48 Prozent verzeichneten.⁹

Vor diesem Hintergrund ergibt sich die Frage, ob das Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität (SVIK) mit wesentlich höheren Gesamtmitteln und einem bis 2036 reichenden Investitionshorizont (aber ohne eindeutige Fokussierung auf finanzschwache Kommunen) ähnliche oder sogar stärkere regionale Ausgleichseffekte erzielen kann.

Verteilung der Mittel aus dem SVIK größtenteils nach Bevölkerung

Das Länder- und Kommunal-Infrastrukturfinanzierungsgesetz (LuKIFG) legt die rechtlichen Grundlagen für die Nutzung der vom Bund bereitgestellten Mittel aus dem SVIK fest. Gemäß § 1 LuKIFG stehen 100 Milliarden Euro für öffentliche Infrastrukturinvestitionen auf Ebene von Ländern und Kommunen bis 2036 zur Verfügung.¹⁰

Die Verteilung der 100 Milliarden Euro auf die Länder erfolgt anhand des Königsteiner Schlüssels, der zu zwei Dritteln auf dem Steueraufkommen nach Länderfinanzausgleich und zu einem Drittel auf der Einwohnerzahl basiert (Tabelle 1).¹¹

Wie hoch der jeweilige kommunale Anteil innerhalb eines Landes ausfällt und wie die Mittel anschließend auf Kreise, kreisfreie Städte und Gemeinden verteilt werden, legt dagegen jedes Land selbst fest. In der Analyse der Szenarien werden lediglich die Flächenländer betrachtet. Diese erhalten laut Königsteiner Schlüssel in der Summe 91 Milliarden Euro und geben im Durchschnitt rund 60 Prozent der Mittel an ihre Kommunen weiter. Am höchsten ist der Anteil in Baden-Württemberg mit knapp zwei Dritteln, Schlusslicht ist Brandenburg mit 50 Prozent. Auch die Verteilungsschlüssel an die Gemeinden bergen erhebliche Variation.¹² So hat Thüringen entschieden, den kommunalen Anteil zu 90 Prozent nach Einwohnerzahl und zu zehn Prozent nach Finanzschwäche zu verteilen, während Brandenburg einen 50:50-Mix aus Einwohnerzahl und finanzkraftabhängigen Schlüsselzuweisungen nutzt.¹³ Für die Länder, die ihren Verteilungsschlüssel noch nicht veröffentlicht haben, wird im Folgenden angenommen, dass 80 Prozent der Zuwendungen nach Einwohnerzahl und 20 Prozent auf Basis der inversen Finanzkraft vergeben werden.¹⁴ Die Finanzkraft

⁹ Es liegt keine öffentlich zugängliche Aufstellung der abgerufenen Gelder auf kommunaler oder Kreisebene vor, so dass der Anteil der in Abbildung 4 dargestellten Veränderungen, der durch das KlnvFG erklärt wird, nicht bestimmt werden kann.

¹⁰ Investitionen sind bis zum 31. Dezember 2042 förderfähig, sofern sie bis zum 31. Dezember 2036 bewilligt wurden (§ 4 LuKIFG).

¹¹ Effektiv spielt die Finanzkraft allerdings kaum eine Rolle, vgl. Marco Schmand, Constantin Tielkes und Felix Weinhardt (2023): Königsteiner Schlüssel verteilt Gelder und Aufgaben zwischen Bundesländern kaum nach Wirtschaftskraft. DIW Wochenbericht Nr. 18, 204–209 (online verfügbar).

¹² Die Autor*innen danken der wissenschaftlichen Hilfskraft Marlon Böhmer für seine Unterstützung bei der Untersuchung der Verteilungsregeln des Sondervermögens auf Länderebene und der Aufbereitung der Regionaldaten.

¹³ Das Zuwendungsschema wurde teilweise vereinfacht: Oftmals wird der Großteil der Gelder nach einem festen Schema verteilt, ein kleinerer Teil der Gelder wird allerdings zur Aufstockung von Investitionsförderungsprogrammen genutzt, deren Verteilung auf die Kreise nicht vorhersehbar ist. Es wird daher angenommen, dass auch diese Gelder nach dem angesetzten festen Schema verteilt werden. Dies kann zu einer Unterschätzung der Verteilung der Finanzmittel an finanzstarke Kreise führen, da diese oftmals mehr Ressourcen haben, um sich auf Förderprogramme zu bewerben und programmfähige Projekte zu initiieren, vgl. Raffner et al. (2025), a. a. O.

¹⁴ Die inverse Finanzkraft ist an dieser Stelle definiert als der Kehrwert des Verhältnisses der Pro-Kopf-Steuerereinnahmen eines Kreises zu den Steuerereinnahmen aller Kreise des übergeordneten Bundeslandes des Jahres. Je geringer (höher) die eigenen Steuerereinnahmen im Vergleich zum Bundesland-Durchschnitt sind, umso höher (geringer) ist der Anteil der Zuwendungen aus den SVIK-Mitteln.

Kasten

Berechnung der kreisspezifischen Investitionsquote

Im Szenario „teilweise Zusatzinvestitionen“ errechnet sich die kreisspezifische Höhe zusätzlicher Investitionen anhand einer geschätzten Investitionsquote. In einem ersten Schritt wird dazu der Zusammenhang zwischen der Investitionsquote und dem Pro-Kopf-Finanzierungssaldo mittels einer gepoolten Kleinst-Quadrat-Regression über die Kreise hinweg geschätzt. Die Investitionsquote $\left(iq_{it} = \frac{I_{it}}{E_{it}^{Zuw}}\right)$ ist dabei definiert als das Verhältnis von Sachinvestitionsausgaben (I_{it}) eines Kreises zu erhaltenen Zuwendungen (E_{it}^{Zuw}). Der Finanzierungssaldo pro Kopf $\left(\frac{F_{it}}{Pop_{it}} = f_{it}\right)$ ist bereinigt um die Elemente, die die Investitionsquote bilden (einnahmenseitig um Zuwendungen, ausgabenseitig um Investitionen). Der Schätzzeitraum beträgt 2018 bis 2024.

$$iq_{it} = \beta_0 + \beta f_{it} + \varepsilon_{it}$$

Die Standardfehler sind auf Ebene der Kreise geclustert, insbesondere um für serielle Korrelation zu kontrollieren. In weiteren Spezifikationen werden zudem Zeitdummies für die Covid- (2020–2021) und die Postcovid (2022–2024)-Perioden (Regression (2)) sowie zusätzlich die Interaktion des Finanzierungssaldos mit diesen Dummies (Regression (3)) inkludiert. Die drei Spezifikationen ergeben einen robusten positiven Zusammenhang zwischen Investitionsquote und Finanzierungssaldo (Tabelle). Die höchste Schätzgüte, gemessen am Bestimmtheitsmaß, ergibt sich

dabei bei Regression (3). Sie zeigt auf, dass ein um einen Euro höherer Pro-Kopf-Finanzierungssaldo in der Post-Covid-Phase (2022–2024) mit einer knapp 0,03 Prozentpunkte höheren Investitionsquote einherging; vor Covid lag der Zusammenhang mit gut 0,04 Prozentpunkten etwas höher. Bei einem ausgeglichenen Finanzierungssaldo (=0) lag die erwartete Investitionsquote eines Kreises in den Jahren 2022 bis 2024 bei etwa 65,5 Prozent.

Die im Weiteren verwendete kreisspezifische Investitionsquote, die als Proxy für die Zusätzlichkeit angesetzt wird, entspricht dem geschätzten Wert aus der obigen Regression (3) für das Jahr 2024 ($\widehat{iq}_{i,2024}$).¹ Mit der geschätzten Investitionsquote lassen sich die kreisspezifischen zusätzlichen Investitionen, die sich aus den Zuwendungen aus dem Sondervermögen ergeben, wie folgt berechnen: $\Delta I_{it} = \widehat{iq}_{i,2024} \Delta E_{it}^{Zuw}$.

¹ Dieses Vorgehen impliziert, dass der Finanzierungssaldo (bereinigt um Investitionen und Zuwendungen), der im Durchschnitt seit einigen Jahren negativer wird, nicht weiter sinkt, sondern auf dem Niveau des Jahres 2024 verbleibt. Diese Annahme erscheint eher konservativ, gemessen daran, dass sich für das Jahr 2025 ein Rekorddefizit der kommunalen Haushalte abzeichnet, vgl. Pressemitteilung des Deutschen Landkreistags vom 8. Januar 2026: Schlimmer geht immer: Aktuelle Zahlen bestätigen dramatische Schieflage in den Kommunalfinanzen (online verfügbar).

Tabelle

Schätzung der Investitionsquote

	(1)	(2)	(3)
Konstante	62,4806***	58,2078***	65,9304***
bereinigter Finanzierungssaldo pro Kopf (kurz: Fin)	0,0288***	0,0318***	0,0437***
Dummy Covid (2020–21)		4,5721***	–2,9611
Dummy Post-Covid (2022–2024)		13,0984***	0,4151
Fin x Dummy Covid			–0,0117***
Fin x Dummy Post-Covid			–0,0166***
Anzahl Observationen	2775	2775	2775
Bestimmtheitsmaß	0,506	0,563	0,586

Anmerkungen: *** gibt die Signifikanz auf dem Ein-Prozent-Niveau an. Das Bestimmtheitsmaß gibt an, wie gut die Varianz der abhängigen Variable durch die Regression erklärt wird. Der Wert liegt zwischen 0 und 1; je höher der Wert, desto höher ist der Erklärungsgehalt.

Quellen: Eigene Berechnungen; Rechnungsstatistik der kommunalen Kernhaushalte. Schätzzeitraum: 2018–2024.

beeinflusst die Verteilung in unterschiedliche Richtungen: Nach dem Königsteiner Schlüssel profitieren finanzstärkere Länder, innerhalb der Länder erhalten jedoch finanzschwächere Kreise zumeist etwas höhere Anteile.

Ein zentraler Punkt des LuKIFG betrifft die Frage der Zusätzlichkeit. Der Referentenentwurf zum LuKIFG enthielt noch einen Passus, der sicherstellen sollte, dass die Länder und Kommunen die Mittel tatsächlich zusätzlich zu bereits geplanten Investitionen einsetzen. Diese Vorschrift wurde

jedoch in der verabschiedeten Fassung gestrichen.¹⁵ Damit ist offen, ob das Sondervermögen wirklich neue Investitionen anstößt oder ob es teilweise Projekte finanziert, die ohnehin durchgeführt worden wären. Der Gesamteffekt

¹⁵ Der Referentenentwurf enthielt folgenden Paragraphen: „Die nach § 1 gewährten Mittel sind für zusätzliche Investitionsmaßnahmen zu verwenden. Die Zusätzlichkeit der Investitionen muss in Bezug auf die dynamisierte Summe der konsolidierten Investitionsausgaben des jeweiligen Landes einschließlich seiner Kommunen gegeben sein.“ Vgl. Bundesministerium der Finanzen (2025): Entwurf eines Gesetzes zur Finanzierung von Infrastrukturinvestitionen von Ländern und Kommunen (online verfügbar).

Abbildung 5

Zusammenhang zwischen Finanzierungssaldo und Investitionsquote (2018–2024)

Investitionsquote in Prozent



Anmerkungen: Die Investitionsquote ist definiert als Verhältnis von Auszahlungen für Sachinvestitionen zu Einzahlungen aus Zuwendungen und allgemeinen Umlagen. Der bereinigte Finanzierungssaldo ist die Differenz aus Einzahlungen insgesamt ohne Zuwendungen und allgemeine Umlagen und Auszahlungen insgesamt ohne Sachinvestitionen.

Quelle: Rechnungsstatistik der kommunalen Kernhaushalte, Regionaldatenbank der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder; eigene Berechnungen.

© CC BY 4.0

Finanzschwache Kreise investieren aus Zuwendungen einen geringeren Anteil.

wäre dann in Teilen ein „Verschiebepark“, der die Investitionen im Vergleich zum Status quo ohne Sondervermögen nicht wesentlich erhöht, sondern den Kommunen nur Spielräume an anderer Stelle, zum Beispiel für konsumtive Ausgaben schafft. Zudem könnten Kapazitätsengpässe in der Bauwirtschaft sowie Bauplanung und -verwaltung verhindern, dass neue Projekte angestoßen werden.¹⁶ Vor diesem Hintergrund werden im Folgenden zwei alternative Szenarien betrachtet, um die möglichen Investitionswirkungen des SVIK abzubilden:

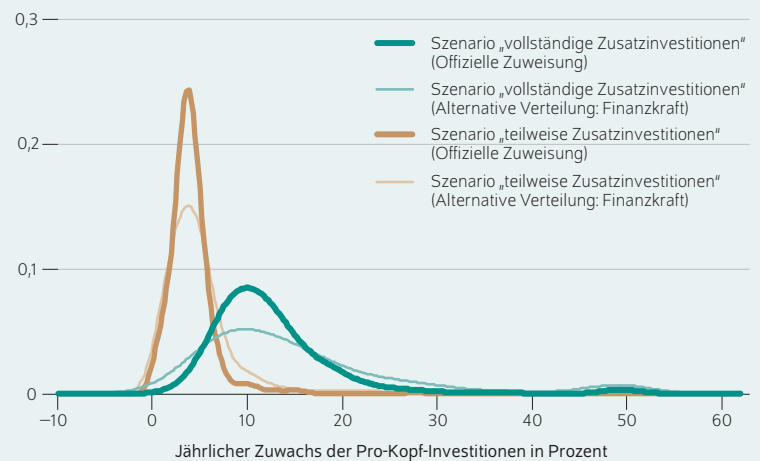
Szenario „vollständige Zusatzinvestitionen“: Alle Zuwendungen fließen vollständig in zusätzliche Sachinvestitionen und im Status quo wären die Investitionen auf dem Niveau von 2024 verblieben – dies bildet den oberen Wirkungsrand ab.

Szenario „teilweise Zusatzinvestitionen“: Nur ein Teil der Zuwendungen materialisiert sich in zusätzlichen (ebenfalls

Abbildung 6

Dichtefunktion der Investitionszuwächse (Szenario „vollständige Zusatzinvestitionen“ vs. Szenario „teilweise Zusatzinvestitionen“)

Dichte



Anmerkung: Höhere Zuwachsraten als 50 wurden zur besseren Sichtbarkeit auf den Wert 50 gesetzt.

Quelle: Eigene Berechnungen.

© CC BY 4.0

Bei vollständigen Zusatzinvestitionen wachsen die Investitionen der Kreise stärker und haben eine größere Variation.

im Vergleich zum Jahr 2024) Investitionen. Die geschätzte Investitionsneigung ergibt sich dabei aus dem historisch beobachteten Zusammenhang zwischen Investitionen und Zuwendungen unter Berücksichtigung des jeweiligen Pro-Kopf-Finanzierungssaldos eines Kreises (Kasten). Der Fokus auf den Finanzierungssaldo als wesentlicher Bestimmungsfaktor der Investitionsneigung ist motiviert durch den deutlich positiven Zusammenhang mit der Investitionsquote eines Kreises in der Vergangenheit (Abbildung 5). Er bildet damit einen realistischen Bezugspunkt für die Frage, wie viele der SVIK-Mittel angesichts der Finanz- und Kapazitätsbeschränkungen der kommunalen Verwaltungen tatsächlich in Sachinvestitionen umgesetzt werden können. Dieses Szenario ist keine kausale Reaktionsschätzung, sondern eine projektionstreue Abbildung historischer Umsetzungsmuster unter fiskalischen Restriktionen.

SVIK erhöht Investitionen und kann Ungleichheit verringern

Die Wirkungen des Sondervermögens hängen stark davon ab, welcher Anteil der Zuwendungen tatsächlich als zusätzliche Sachinvestitionen umgesetzt wird. Im Szenario „teilweise Zusatzinvestitionen“ verringert die kreisspezifische Investitionsquote die Investitionszuwächse (Abbildung 6). Diese sind im Vergleich zum Szenario „vollständige Zusatzinvestitionen“ zudem deutlich konzentrierter. Wird neben der offiziellen Verteilung der Mittel eine alternative Verteilung nach

¹⁶ Martin Gornig und Claus Michelsen (2017): Kommunale Investitionsschwäche: Engpässe bei Planungs- und Baukapazitäten bremsen Städte und Gemeinden aus. DIW Wochenbericht Nr. 11, 211–219 (online verfügbar).

Tabelle 2

Änderung der Verteilungsstruktur der jährlichen Pro-Kopf-Sachinvestitionen zwischen dem Jahr 2024 und verschiedenen Szenarien

2024 (Niveau)		Insgesamt	P10	P90
		in Milliarden Euro	Pro-Kopf in Euro	
		45,4	336,79	935,12
Veränderung zu 2024:		in Milliarden Euro	in Prozent	in Prozent
Szenario „vollständige Zusatzinvestitionen“	offizielle Verteilung	4,7 (Summe über 12 Jahre: 56,4)	17,95	7,5
	alternative Verteilung: inverse Finanzkraft	4,7 (Summe über 12 Jahre: 56,4)	21,67	9,25
Szenario „teilweise Zusatzinvestitionen“	offizielle Verteilung	1,48 (Summe über 12 Jahre: 17,8)	4,29	3,25
	alternative Verteilung: inverse Finanzkraft	1,43 (Summe über 12 Jahre: 17,1)	5,62	4,28

Anmerkungen: P10 und P90 geben die Werte an, unter denen 10 beziehungsweise 90 Prozent der Kreise liegen. 90 Prozent beziehungsweise 10 Prozent liegen über den entsprechenden Werten.

Lesehilfe: Im Vergleich zum Jahr 2024 steigt der Wert der Pro-Kopf-Sachinvestitionen, über dem 90 Prozent der Kreise liegen, im Szenario „vollständige Zusatzinvestitionen“ und offizielle Verteilung um 17,95 Prozent.

Quelle: Eigene Berechnungen.

© CC BY 4.0

der inversen Finanzkraft der Kommunen betrachtet, ergibt sich in beiden Szenarien eine etwas heterogenere Verteilung und ein stärkerer oberer Rand der Verteilung.¹⁷

Der Unterschied zwischen den äußeren Rändern der Verteilung wird durch das Sondervermögen im Vergleich zum Jahr 2024 in beiden Szenarien reduziert (Tabelle 2). Der Wert der jährlichen Pro-Kopf-Sachinvestitionen, den 90 Prozent der Kreise überschreiten, steigt im Szenario „vollständige Zusatzinvestitionen“ um knapp 18 Prozent. Der Wert, über dem zehn Prozent der Kreise liegen, erhöht sich hingegen nur um 7,5 Prozent. Im Szenario „teilweise Zusatzinvestitionen“ fallen die Effekte deutlich geringer aus. Zwar steigen auch hier beide Werte, aber in geringerem Maß und das Verhältnis zwischen ihnen ändert sich kaum. Ähnliches gilt für eine Verteilung nach inverser Finanzkraft: Die Ungleichheit der Pro-Kopf-Sachinvestitionen an den äußeren Rändern der Verteilung ändert sich nur geringfügig.

In Summe betragen die zusätzlichen Sachinvestitionen der hier betrachteten Flächenländer aus dem SVIK im Szenario „vollständige Zusatzinvestitionen“ 56,4 Milliarden Euro. Wird das Szenario „teilweise Zusatzinvestitionen“ unterstellt, so sind die zusätzlichen Investitionen deutlich geringer. Sie betragen 17,8 Milliarden Euro bei offiziellem Verteilungsschlüssel und 17,1 Milliarden Euro, wenn die alternative Verteilung der Mittel nach inverser Finanzkraft angenommen wird. Da finanzschwächere Kreise niedrigere Investitionsquoten haben, geht die Verringerung der Ungleichheit durch die explizite Zuwendung von Geldern an diese Regionen mit einem um etwa 700 Millionen Euro geringeren Gesamtimpuls auf die Investitionen einher.

Insgesamt wird sowohl die Höhe als auch die regionale Verteilung der Investitionen weniger durch die Verteilungsregel

als vielmehr durch die Annahme an die Zusätzlichkeit der Investitionen bestimmt.

Regional unterschiedliche Effekte aufgrund heterogener Investitionsquoten

Die geschätzten Investitionsquoten weisen für das Jahr 2024 eine ausgeprägte regionale Streuung auf. Im Landkreis Tirschenreuth (Bayern) beträgt die Investitionsquote 94,4 Prozent, während sie in der Uckermark (Brandenburg) bei –13,7 Prozent liegt.¹⁸

Diese regionale Heterogenität der Investitionsquote führt dazu, dass sich die Effekte des Sondervermögens zwischen dem Szenario „vollständige Zusatzinvestitionen“ und dem Szenario „teilweise Zusatzinvestitionen“ regional deutlich unterscheiden (Abbildung 7).¹⁹ In Bayern, wo die Investitionsquote im Durchschnitt hoch ist, sind die Unterschiede zwischen beiden Szenarien am geringsten. Ähnliches gilt für viele Kreise in Baden-Württemberg sowie in Norddeutschland. Die größten Unterschiede zwischen diesen beiden Szenarien ergeben sich für Regionen in Ost- und Mitteldeutschland, im Ruhrgebiet sowie im Südwesten Deutschlands. Würden die Mittel des Sondervermögens tatsächlich vollständig zusätzlich investiert werden, gehörten die Kreise Wilhelmshaven, Flensburg und Jena zu den größten Gewinnern. In Jena lägen die Investitionszuwächse 97 Prozentpunkte höher als im Szenario mit einer auf dem Finanzierungssaldo beruhenden Investitionsquote.²⁰

¹⁸ Eine negative geschätzte Investitionsneigung ist möglich, wenn der Finanzierungssaldo (ohne Auszahlungen für Investitionen und Einzahlungen aus Zuwendungen) im Jahr 2024 stark negativ war. Außer dem Landkreis Uckermark betrifft dies vier weitere Kreise (Essen, Baden-Baden, Stuttgart und Ostprignitz-Ruppin). In der Szenarioanalyse wurden die Investitionsquoten dieser Kreise auf null gesetzt.

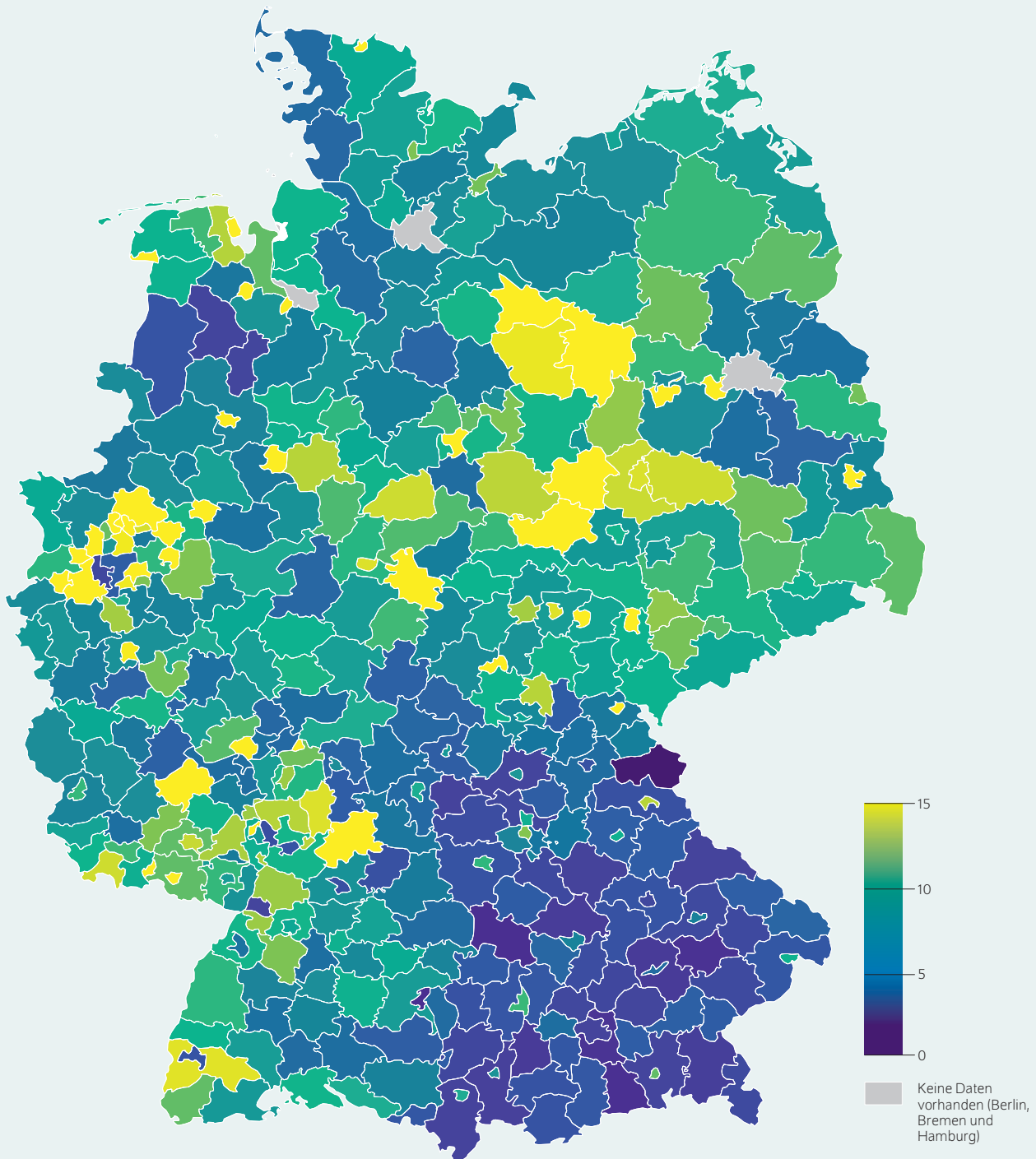
¹⁹ Hier und im Folgenden wird der offizielle Verteilungsschlüssel angenommen.

²⁰ Bei der Interpretation individueller Kreisergebnisse ist zu berücksichtigen, dass die Berechnungen auf dem Finanzierungssaldo des Jahres 2024 basieren, wodurch Sondereffekte in der Haushaltsentwicklung in diesem Jahr die Investitionsquote beeinflussen beziehungsweise verzerren können.

¹⁷ Ein weiteres alternatives Verteilungsszenario, das allein auf dem Bevölkerungsanteil eines Kreises in Relation zur Bevölkerung des Bundeslandes basiert, führt zu einer sehr ähnlichen Verteilung der Zuwachsraten wie der offizielle Zuwendungsschlüssel.

Abbildung 7

Differenz des prozentualen Anstiegs der Pro-Kopf-Sachinvestitionen Szenario „vollständige Zusatzinvestitionen“ vs. Szenario „teilweise Zusatzinvestitionen“
In Prozentpunkten



Anmerkungen: Die Werte sind zur besseren Lesbarkeit bei 15 Prozentpunkten gekappt. Bei den Zusätzlichkeitsszenarien wird die Verteilung der SVIK-Mittel nach offiziellem Schlüssel unterstellt.

Quelle: Regionaldatenbank der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder; eigene Berechnungen.

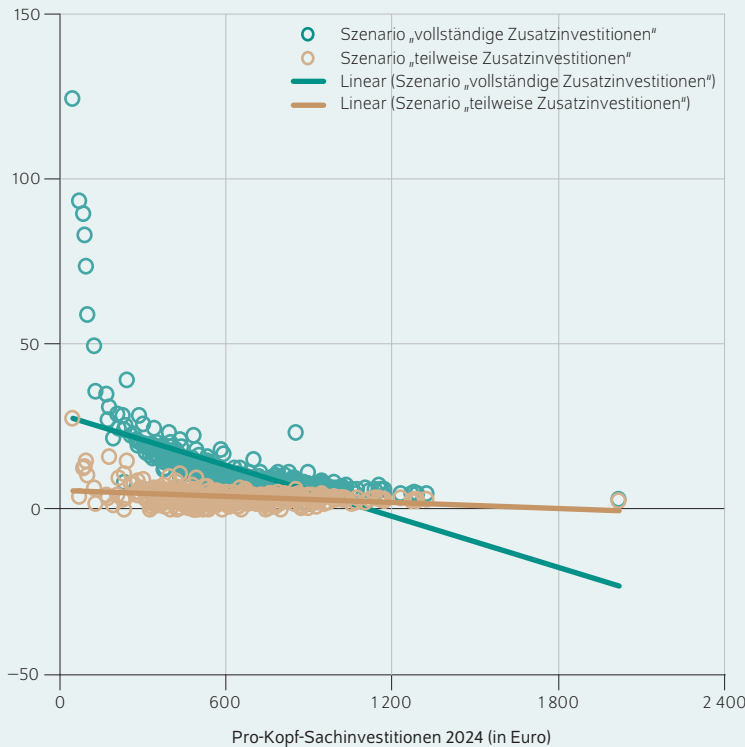
© CC BY 4.0

Außerhalb Bayerns wirken sich die Szenarien sehr unterschiedlich auf die Investitionstätigkeit aus.

Abbildung 8

Szenarienabhängiges Wachstum und Pro-Kopf-Sachinvestitionen 2024

Zuwachs der Pro-Kopf-Sachinvestitionen in Prozent



Anmerkungen: Bei den Zusätzlichkeitsszenarien wird die Verteilung der SVIK-Mittel nach offiziellem Schlüssel unterstellt.

Quelle: Regionaldatenbank der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder; eigene Berechnungen.

© CC BY 4.0

Bei vollständigen Zusatzinvestitionen profitieren vor allem investitionsschwache Kreise.

Schließlich zeigt sich, dass die Kreise, die im Fall vollständiger Zusätzlichkeit die größten Investitionszuwächse haben, vor allem solche sind, die 2024 vergleichsweise niedrige Pro-Kopf-Sachinvestitionen aufwiesen – ein Muster, das auf einen Aufholprozess hindeutet (Abbildung 8). Dies unterstellt allerdings, dass bisher investitionsschwache Kommunen über ausreichende Kapazitäten in der kommunalen Verwaltung verfügen oder diese in ausreichendem Maße erhöhen können, um ihre Investitionsquote deutlich zu erhöhen. Im Szenario „teilweise Zusatzinvestitionen“ dagegen sind die Investitionszuwächse über die Kreise hinweg deutlich gleichmäßiger verteilt und weitgehend unabhängig vom Investitionsniveau 2024. Die Umverteilungswirkungen sind hier eher gering und es gibt weniger Anforderungen an den Kapazitätsausbau kommunaler Verwaltungen.

Fazit: Flankierende Maßnahmen insbesondere für finanzschwache Kommunen notwendig

Über das Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität werden die Flächenländer ihren Kommunen für die

nächsten zwölf Jahre insgesamt rund 56 Milliarden Euro für Investitionen zur Verfügung stellen. Dies entspricht etwa 4,7 Milliarden Euro pro Jahr und damit rund zehn Prozent der heutigen kommunalen Sachinvestitionen von knapp 46 Milliarden Euro. Obwohl der Investitionsstau, der mit dem Sondervermögen angegangen werden soll, vor allem die kommunale Infrastruktur betrifft, stehen den Kommunen (und den Stadtstaaten) damit letztendlich lediglich etwa 13 Prozent des Sondervermögens zur Verfügung.

Wie aus der Szenariorechnung hervorgeht, würden diese Mittel einen ebenso großen Anstieg in der Investitionstätigkeit nach sich ziehen und die Ungleichheit zwischen Regionen etwas mindern, wenn sie vollständig in zusätzliche Investitionen fließen. Angesichts des über die Jahre aufgebauten Investitionsstaus wäre jedoch selbst hier mehr nötig, um den kommunalen Kapitalstock nachhaltig zu stärken. Das realistischere Szenario besteht allerdings darin, dass die Investitionsneigung der Kommunen aus den Zuwendungen des Sondervermögens weniger als 100 Prozent beträgt. In diesem Szenario werden finanzschwache Kreise wie in der Vergangenheit einen geringeren Anteil ihrer Zuwendungen investieren. Entsprechend reduziert sich der Gesamtimpuls deutlich um etwa zwei Drittel und die regionale Ungleichheit sinkt nur geringfügig. Bei der Interpretation der Ergebnisse ist zu berücksichtigen, dass die geschätzte Investitionsquote das tatsächliche Investitionsverhalten im Angesicht des Sondervermögens unterschätzen kann. Angesichts bestehender Investitionsrückstände und der explizit investiven Natur der Zuwendungen ist es plausibel, dass die Investitionsneigung künftig höher ausfällt, als die historische Beziehung nahelegt. Während das Szenario „vollständige Zusatzinvestitionen“ die obere Grenze des Effekts markiert, ist das Szenario „teilweise Zusatzinvestitionen“ somit als untere Grenze zu verstehen.

Zugleich verdeutlichen die Ergebnisse die praktische Umsetzungsdimension: Wenn alle Gelder in zusätzlichen Investitionen mündeten, läge in gut acht Prozent der Stadt- und Landkreise der Investitionszuwachs gegenüber 2024 bei mehr als 20 Prozent. Einzelne Kreise würden ihre Investitionen sogar nahezu verdoppeln, darunter Städte wie Jena, Flensburg, Wilhelmshaven oder Salzgitter. Damit diese Investitionssteigerungen umgesetzt werden können, müssten die Kommunen über ausreichende Kapazitäten in der Vergabe und Planung von Investitionsprojekten verfügen. Diese Kapazitäten dürften insbesondere in den finanzschwachen Kreisen, die in der Vergangenheit wenig investiert haben, nicht in ausreichendem Maße bestehen. Soll das Sondervermögen tatsächlich zu deutlich höheren Investitionen und zu einer regional ausgeglicheneren Investitionstätigkeit führen, sind flankierende Maßnahmen notwendig: Zunächst eine bessere Finanzausstattung der Kommunen, sodann verlässliche Förderstrukturen sowie ein Kapazitätsaufbau in Planung und Vergabe. Ohne diese Ergänzungen bleibt das Sondervermögen ein wichtiger, aber begrenzter Beitrag zur Stabilisierung und Modernisierung der kommunalen Infrastruktur.

KOMMUNALE INVESTITIONEN

Geraldine Dany-Knedlik ist stellvertretende Leiterin der Abteilung Makroökonomie im DIW Berlin | gdanyknedlik@diw.de

Martin Gornig ist Forschungsdirektor Industriepolitik in der Abteilung Unternehmen und Märkte im DIW Berlin | mgornig@diw.de

Angelina Hackmann ist Wissenschaftlerin in der Abteilung Makroökonomie im DIW Berlin | ahackmann@diw.de

Teresa Schildmann ist Wissenschaftlerin in der Abteilung Makroökonomie im DIW Berlin | tschildmann@diw.de

JEL: H72, H54, H77, R51, R58

Keywords: Municipal investment, local public finance, infrastructure investment, fiscal federalism, investment backlog, special funds, additionality, regional disparities

©  Der Artikel ist gemäß der Creative-Commons-Lizenz CC BY 4.0 nachnutzbar: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

SOEP Papers Nr. 1235

2025 | Kausik Chaudhuri, Alan Piper



Order Out of Chaos: A Specification Curve Analysis of Age and Wellbeing

The empirical literature on the relationship between age and well-being is characterised by an unusually persistent series of disagreements over data, method, and interpretation. Previous attempts to advance the discussion have involved different scholars' specific prescriptions, which were often in near total contradiction to other scholars' attempts to do the same. Instead, we use specification curve analysis to provide a structured and transparent resolution to these disputes. This also helps to illuminate the sensitivity of findings to key analytical decisions. With twenty-five years of panel data from the UK and Germany, we

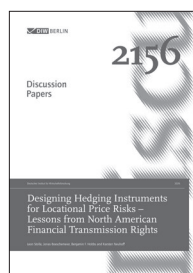
show that most of the specifications are consistent with a turning point for wellbeing in midlife, with a decline to that point and increase thereafter. The consistency of the finding renders some of the previous debate moot. Furthermore, this robust result is supportive of much theoretical discussion from different disciplines and areas of enquiry.

www.diw.de/publikationen/soeppapers



Discussion Papers Nr. 2156

2026 | Leon Stolle, Jonas Boeschemeier, Benjamin F. Hobbs, Karsten Neuhoﬀ



Designing Hedging Instruments for Locational Price Risks – Lessons from North American Financial Transmission Rights

Locational marginal pricing (LMP) provides efficient locational dispatch and investment signals but requires a complementary congestion hedging instrument to function effectively. This paper investigates how exposure to locational price differences is managed in North American nodal electricity markets through the implementation of financial transmission rights (FTRs). Drawing on insights from 15 industry experts directly involved across all major North American electricity markets, we consolidate first-hand perspectives that reveal the practical complexities of FTR design and implementation. While most

interviewees view FTRs positively, their experiences uncover multiple nuanced challenges to successfully design locational hedging instruments, which are often overlooked in the academic literature. As FTR design depends on market characteristics, we apply the findings to the European electricity market and discuss implications for a possible implementation of LMP in Europe.

www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere



SOEP Papers Nr. 1236

2026 | Alan Piper, Min Zou, Ying Zhou



Personality, Ageing, and the Midlife Low: Longitudinal Evidence from Australia, Germany, and the UK

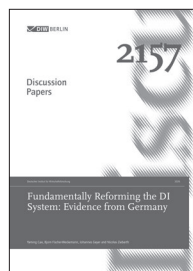
Using long running panel data spanning at least 15 years from Australia, Germany and the UK, this study investigates longitudinal age–wellbeing trajectories by the Big Five personality traits. We estimate within person (fixed effects) models separately for each country and for low/high trait subgroups, producing 30 distinct trajectories. Across all subgroups, we found the same ageing pattern: a decline in wellbeing into midlife, a clear midlife low and a subsequent recovery. However, the shape of this trajectory differs systematically across personality. Individuals high in conscientiousness, agreeableness, and emotional stability experience a steeper decline into midlife compared to those lower on these traits. In contrast, highly extraverted individuals show a more gradual early decline and a shallower midlife low, followed by a stronger recovery. These patterns are broadly consistent across the three countries. Openness, by comparison, is only weakly associated with well-being trajectories and exhibits inconsistent, country-specific patterns.

www.diw.de/publikationen/soeppapers



Discussion Papers Nr. 2157

2026 | Yaming Cao, Björn Fischer-Weckemann, Johannes Geyer, Nicolas Ziebarth



Fundamentally Reforming the DI System: Evidence from Germany

In 2001, Germany abolished public occupational disability insurance (ODI)—the second tier of its public DI system—for cohorts born after 1960. Using administrative data, we first document that, in the long run, overall DI inflows declined by roughly one-third. Second, using representative survey data, we document at best modest ODI insurance take-up responses in the private individual, risk-rated market, which lacks guaranteed issue. Third, an equilibrium model incorporating interactions between the public safety net, the first-tier public DI, and the private market reveals that coverage denials and weak insurance demand, driven by complementary social insurance, can explain the modest private ODI take-up response. Coverage gradients by income and health are thus substantial. Finally, counterfactual simulations highlight the limited scope of incremental reforms.

www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere





TOMASO DUSO UND MARTIN PEITZ

Die alte Leier der Telekomriesen und die Fakten

Tomaso Duso ist Leiter der Abteilung Unternehmen und Märkte im DIW Berlin und Vorsitzender der Monopolkommission.

Martin Peitz ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Mannheim und Co-Direktor des Mannheim Centre for Competition and Innovation.

Der Kommentar gibt die Meinung der Autoren wieder.

Wenn Santiago Argelich Hesse, Deutschlandchef von Telefónica, in der FAZ für mehr Konsolidierung im europäischen Telekommunikationsmarkt wirbt und sich über einen „ruinösen Wettbewerb“ beschwert, ist das eigentlich keine Nachricht. Es ist lediglich die alte Leier, die die großen europäischen Netzbetreiber seit Jahren spielen – mit bemerkenswert konsistenter Choreografie.

Deren zentrale These lautet, dass europäische Telekommunikationsunternehmen zu klein und zu fragmentiert seien, um Investitionen in 5G und Netze stemmen zu können. Konsolidierung sei daher der Schlüssel zur digitalen Wettbewerbsfähigkeit Europas. Diese These klingt plausibel und wird entsprechend oft wiederholt. Doch die empirische Evidenz spricht dagegen.

Eine Analyse von 29 OECD-Ländern zeigt: Die Existenz eines zusätzlichen Mobilfunkanbieters auf dem Markt geht im Schnitt mit höheren Gesamtinvestitionen einher, nicht mit niedrigeren. Wettbewerb fördert also eher Investitionen.

Gleichzeitig führen Fusionen zu höheren Preisen. Dieselbe Studie zeigt: Ein Anbieter weniger auf dem Markt ist mit sieben Prozent höheren Durchschnittspreisen verbunden, in Europa sogar mit neun Prozent. Telekommunikation ist eine Schlüsselinfrastruktur, die überall täglich genutzt wird. Höhere Telekommunikationspreise belasten daher die gesamte Volkswirtschaft und schwächen damit die Wettbewerbsfähigkeit. Auch aus Gründen der Resilienz spricht wenig für mehr Konzentration: Alternative Netze erhöhen tendenziell die Ausfallsicherheit.

Ein weitere Behauptung ist, dass europäische Telekommunikationsunternehmen keine ausreichende Rendite auf ihr Kapital erzielen und daher nicht investieren können. Eine aktuelle Analyse der EU-Kommission kommt zu einem anderen Ergebnis: Im Durchschnitt deckten die Unternehmen ihre Kapitalkosten oft sogar deutlich. Zugleich weist der Sektor seit zwei Jahrzehnten eine der höchsten Dividendenausschüttungsquoten aller Branchen in Europa auf. Wer seine Aktionär*innen so großzügig belohnt, dem fehlen offensichtlich nicht grundsätzlich die Mittel.

Das bedeutet nicht, dass es keine Unternehmen mit echten Finanzierungsproblemen gibt. Wettbewerb erfordert, dass weniger effiziente Unternehmen den Markt verlassen und möglicherweise durch effizientere ersetzt werden. Ein sektorweites Investitionsproblem ist nicht zu erkennen. Der pauschale Ruf nach Konsolidierung als Lösung für ein nicht bestehendes Problem ist im Interesse der etablierten Telekomunternehmen, schadet aber Verbraucher*innen und Wirtschaft.

Der europäische Telekommunikationsmarkt steht gleichwohl vor echten Herausforderungen. Ein europäischer Binnenmarkt für Telekommunikation existiert bislang nicht. Verbraucher*innen können keine grenzüberschreitenden Verträge abschließen, Frequenzlizenzen werden national vergeben und der Markteintritt über Ländergrenzen hinweg bleibt schwierig. Hier liegt echter Handlungsbedarf, zum Beispiel durch Harmonisierung der Frequenzvergabe, bessere Bedingungen für grenzüberschreitenden Markteintritt und konsequente Stärkung des Roaming-Regimes.

Gefährlich ist der Vorschlag im Draghi-Bericht, nationale Märkte auf EU-Ebene künstlich umzudefinieren, um Fusionen zwischen direkten Wettbewerbern wettbewerbsrechtlich leichter durchzusetzen. Wenn Märkte faktisch national sind, schützt eine andere Marktdefinition auf dem Papier die Verbraucher*innen nicht. Sie öffnet nur die Tür zu höheren Preisen und geringeren Investitionen. Das ist mit deutschem und europäischem Wettbewerbsrecht nicht vereinbar.

Dabei hindert Telefónica und andere nichts daran, mehr in den Glasfaserausbau und die Mobilnetze zu investieren. Auch grenzüberschreitende Fusionen sind möglich – solange die beteiligten Unternehmen keine direkten Wettbewerber sind. Am Ende wird wieder die alte Leier der Telekomriesen gespielt. Doch auch durch ständiges Wiederholen überzeugt sie nicht.

Der Beitrag ist in einer längeren Fassung am 5. März 2026 in der FAZ erschienen.

© © Der Artikel ist gemäß der Creative-Commons-Lizenz CC BY 4.0 nachnutzbar: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>